neue

Gert Meyer · Zur chinesischen Kulturrevolution
Elmar Altvater · Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders: „Stabilisierte Wirtschaft", „Formierte Gesellschaft" / Gerd Elvers · Die westdeutsche Konjunkturentwicklung / Anfang und Ende einer sozialistischen Deutschlandpolitik — das Seminar von FDJ und SDS / Rainer Langhans Was hier in Berlin los war — für Zeitungsleser

kritik

40

Februar 1967

Inhaltsverzeichnis

Gerd Elvers	3	Soforthilfen
Gert Meyer	4	Zur chinesischen Kulturrevolution
Elmar Altvater . . .	13	Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders: „Stabilisierte Wirtschaft", „Formierte Gesellschaft" II
Gerd Elvers	28	Die westdeutsche Konjunkturentwicklung
	37	Ende und Anfang einer sozialistischen Deutschlandpolitik – das Seminar von FDJ und SDS
Rainer Langhans . .	48	Was hier in Berlin los war – für Zeitungsleser
Rainer Roth	52	Notstandsgesetze als ethische Aufgabe
Gert Meyer	55	Bericht aus einem chinesischen Dorf
Franz J. T. Lee . . .	56	Rede vor dem Sonderausschuß der UNO über Apartheid

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 40, februar 1967, 8. Jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)
neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen.
namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.
redaktion: reiner diederich, claus rolshausen (verantwortlich), gunter wegeleben
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik
vertrieb und anzeigen: manfred p. buddeberg
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt, wilhelm-hauff-str. 5, tel. 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember.
preis dieses heftes 3,- dm. bezug über den verlag.
postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank.
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh.
umschlagentwurf: eberhard fiebig.

Soforthilfen

Die beiden neoklassischen Brüder waren sich rasch einig geworden. Die Krise im Nacken, mußte gemeinsam gehandelt werden, weil „Prof. Schiller und ich gewissermaßen zum Erfolg oder Mißerfolg gemeinsam verurteilt sind" (Strauß in der SZ vom 25. Januar 1967). Zuerst versucht man durch Streichungen in den Einzeletats den Bundeshaushalt auszugleichen. Zwar hat das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung das nominale Wachstum des Sozialprodukts für das Jahr 1967 mit +1 / —1 angegeben, im Haushaltsplan wird aber kühn mit erwarteten Steuereinnahmen bei einem nominalen Sozialproduktzuwachs von fünf Prozent kalkuliert. Stellt sich das Sozialprodukt nur um ein Prozent niedriger als kalkuliert ein, muß mit einem Einnahmeausfall an Steuern in Höhe von 800 Mill. DM gerechnet werden. Nach dem scheinbaren Haushaltsausgleich kommt die Bundesbank an die Reihe. Dem Druck der Großen Koalition ausgesetzt, senkt sie die Diskontrate um 0,5 Prozent und setzt die Mindestreserven herab, was schätzungsweise 600 bis 700 Mill. DM im sowieso schon liquiden Bankapparat freisetzt, der nächste Schritt sind Sonderabschreibungen und Investitionshilfen. Am 26. Januar verabschiedet die Bundesregierung einen Verordnungsentwurf, in dem für alle absetzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens Sonderabschreibungen bis zu zehn Prozent gestattet sind. Schiller greift seine Lieblingsidee eines Eventualhaushaltes für Investitionszwecke auf: außerhalb des ordentlichen Haushaltes sollen Mittel bis zu einer Höchstgrenze von 2,5 Mrd DM, finanziert über die Bundesbank, für direkte Investitionsaufträge an die Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Zwar verzögern haushaltsrechtliche Schwierigkeiten eine sofortige Realisierung, doch man weiß sich zu helfen. Noch Ende Januar wird aus den 2,5 Mrd ein Teilbetrag von 750 Mill. herausgezogen und zugunsten der Bundesbahn, der Bundespost und der „Deutschen Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten AG" (Öffa) verplant. In der richtigen Erkenntnis, daß die Großunternehmen die Konjunktur bestimmen, geht man bei der Verteilung der Mittel nach dem Motto vor: nicht kleckern, sondern klotzen. Die ansonsten vielgeschmähten öffentlichen Unternehmen werden zu den Transmissionsriemen eines neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Die einseitige Vergabe der Investitionsmittel an Großunternehmen behagt jedoch den Mittelständlern nicht. Nachdem Rehwinkel mit der NPD gedroht hat, werden aus dem Ausgabenblock des „Sofortprogramms" noch rasch 100 Millionen für die Landwirtschaft herausgelöst. In die Konjunkturmaßnahmen werden auch die Steuersätze einbezogen. Nach einem am 3. Februar gefaßten Beschluß der Bundesregierung soll — im Rahmen des erst später zu verwirklichenden Stabilisierungsgesetzes — die Bundesregierung die Ermächtigung erhalten, die Sätze der Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe bis zu zehn Prozent konjunkturgerecht variieren zu können: in der Baisse sollen die Sätze gesenkt, in der Hochkonjunktur erhöht werden.

Wird das Sofortprogramm Erfolg haben? Das Ifo-Institut ist angesichts der objektiven Größenordnungen pessimistisch. Das Maximalprogramm des Eventualhaushalts für Investitionszwecke von 2,5 Mrd DM macht nur etwa zwei Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen aus. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 8. Februar sind auch die bisherigen Erfahrungen mit den Sonderabschreibungen wenig ermutigend. Der Aktivismus soll aber zugleich einen psychologischen Zweck erfüllen und durch die konzertierte Seelenmassage das empfindsame Unternehmergemüt wieder aufrichten. Die Bundesregierung hat alles getan, daß die Pferde wieder saufen können — sagt Schiller. „Wir sind noch nicht am Tiefpunkt" — meint Abs. Wer von beiden ist wohl dem Ohr des Unternehmers näher?

Gerd Elvers

Gert Meyer

Zur chinesischen Kulturrevolution

Daß die Öffentlichkeit in den kapitalistischen Staaten die jüngsten Ereignisse in der Volksrepublik China als Bestätigung ihrer Doktrin von der „Gelben Gefahr" auffaßte und erneut das „Gespenst asiatischer Horden, das wie zu Zeiten Dschingis-Khans" die Welt bedrohe („Spiegel" vom 21. November 1966), an die Wand malte, kann nicht weiter wundernehmen; erstaunlich ist jedoch, daß diese „Interpretationen" häufig auch von sozialistischer Seite übernommen wurden. Die „Marxistischen Blätter" etwa schrieben, daß „es die reaktionäre Presse diesmal nicht nötig hatte (bei ihrer Berichterstattung) die geringste Einzelheit hinzuzuerfinden"[1]). In der Sowjetunion erklärte man die Kulturrevolution für „unvereinbar mit dem Marxismus" und deutete sie – dies zeigt die ganze Verlegenheit gegenüber diesem Phänomen – zugleich als Erscheinungsform des „Trotzkismus" und als späten Nachfahren des von der Partei damals mißbilligten „Proletkults" – ungeachtet der Tatsache, daß sich gerade Trotzkij nach der Russischen Revolution entschieden gegen diese Bewegung gerichtet hatte.
Dabei bildet die Kulturrevolution, worauf noch das sowjetische Parteiprogramm von 1961 nachdrücklich hinweist, einen entscheidenden Bestandteil auch der russischen Gesellschaftsentwicklung nach 1917. Dies soll im folgenden kurz skizziert werden (I); weiter zeigt sich, daß in China die Parteiführung bereits lange vor dem Sieg der Revolution eine detaillierte Konzeption einer kulturellen Revolution besaß (II), die dann nach 1949 im Zusammenhang mit der „sozialistischen Akkumulation" durchgeführt wurde (III).

I.

Gegenüber den zuweilen recht pauschal vorgebrachten sowjetischen Vorwürfen ist zunächst festzuhalten, daß sich die Notwendigkeit einer „proletarischen Kulturrevolution" sehr wohl aus der marxistischen Tradition ableiten läßt. Der Prozeß der sozialistischen Revolution kann sich nicht auf Politik und Ökonomie beschränken, sondern muß sich notwendig auch auf das Reich der „herrschenden Ideen" erstrecken, die als „Ideen der herrschenden Klassen" eine zentrale Rolle bei der Selbstreproduktion der alten Gesellschaft spielen. Die Ideologiekritik ist eine unbedingte Voraussetzung jeder revolutionären Bewegung; sie wird im Verlauf der Revolution praktisch. Die politische Machteroberung des Proletariats wird so durch die kulturelle Revolution vorbereitet und weitergeführt.
Nach 1917 sah in Sowjetrußland besonders die Proletkultbewegung in dieser Fortsetzung der Revolution ihre Aufgabe: Es galt nun, „die Bourgeoisie nicht nur materiell, sondern auch geistig zu besiegen, um rascher das neue Gebäude der künftigen sozialistischen Gesellschaft zu errichten . . . Die kulturelle Aufklärungsbewegung unter dem Proletariat soll einen selbständigen Platz neben der politischen und wirtschaftlichen Bewegung einnehmen"[2]). Tatsächlich hat der Proletkult, der 1920 über 200 000 Arbeiter umfaßte, auf vielen Gebieten der Kultur neuartige Ansätze einer „proletarischen Kunst" geliefert[3]) und sich um die Verallgemeinerung von Bildung verdient gemacht, die bisher immer nur privilegierten Schichten zugute gekommen war: „Der fette Bourgeois, der Kapitalist, der Millionär hat genossen, der Intellektuelle hat wirklich geschaffen und der Arbeiter, der Paria der Kultur, hatte als blindes Werkzeug in tiefer gesellschaftlicher Unterdrückung die Befehle von oben auszuführen, wobei ihm nicht einmal der Genuß der Kultur zuteil wurde . . . hier, wie in der Wirtschaft, das gleiche Gesetz der kapitalistischen Ordnung: Überfluß auf einer, Mangel auf der anderen Seite."[4])
Es zeigte sich indes, daß in Rußland für den Aufbau einer eigenen „proletarischen Kultur" und die „sozialistische Revolutionierung des Alltagslebens" zunächst die elemen-

tarsten Vorbedingungen geschaffen werden mußten; die Revolution hatte in einem der ärmsten und rückständigsten Länder Europas gesiegt, dessen Bevölkerung noch zu drei Vierteln aus Analphabeten bestand[5]). Die sozialistische Aufbauperiode hatte mit der allgemeinen Volkserziehung noch wichtige Aufgaben der bürgerlichen Geschichtsetappe mitzuübernehmen, und so mußte der Proletkult zunächst für die Hebung des allgemeinen Kulturniveaus, die Überwindung des Illiteratentums und der noch (besonders auf dem Land) weithin herrschenden abergläubischen Vorstellungen, die Einführung hygienischer Lebensgewohnheiten usw. Sorge tragen.
Auf diese Aufgaben wollte Lenin die Ziele der Proletkultbewegung beschränkt sehen; sie schienen ihm wichtiger, „als sich eine eigene besondere Kultur auszuklügeln": „Während wir über proletarische Kultur und über ihr Verhältnis zur bürgerlichen Kultur geschwatzt haben, . . . zeigen uns die Tatsachen, daß es bei uns sogar um die bürgerliche Kultur schlecht bestellt ist!
Bei uns ist die politische und soziale Umwälzung jener kulturellen Umwälzung, jener Kulturrevolution ('kul'turnaja revoljucija') vorausgegangen, . . . der wir jetzt gegenüberstehen."[6])
Akut wurde dieses Problem der Kulturrevolution gegen Ende der NEP, als die beschleunigte Industrialisierung auch vermehrte Anstrengungen auf dem Bildungssektor notwendig machte; die hochgesteckten Ziele der Fünfjahrpläne waren nicht zu erfüllen, solange noch die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung nicht lesen und schreiben konnte. Auf dem XV. Parteitag (Dezember 1927) erklärte Rykov, daß „man die wirtschaftliche Revolution nicht von der kulturellen trennen darf. Ein Mißverhältnis auf diesem Gebiet kann uns sehr teuer zu stehen kommen . . . An der kulturellen Front zurückzubleiben, ist kaum weniger gefährlich, als im Aufbau des einen oder anderen Zweiges unserer Wirtschaft zurückzubleiben"[7]).
Damals fand ein Buch L. Averbachs, „Auf den Wegen der Kulturrevolution"[8]), weite Verbreitung, das neben den objektiv-wirtschaftlichen – Aufbringung und Einsatz der Sachmittel – nun besonders die subjektiven Voraussetzungen des Industrieaufbaus diskutierte und auf die Notwendigkeit der Entwicklung eines qualifizierten und disziplinierten industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials, der Aneignung technischer Kenntnisse und Fertigkeiten von seiten der in die Städte einziehenden Agrarbevölkerung sowie der Beseitigung der traditionellen Trägheit und Initiativelosigkeit („Oblomovschtschina") der russischen Bauern hinwies.
Dieser t e c h n i s c h e Aspekt der Kulturrevolution hat sich in der Entwicklung Sowjetrußlands immer mehr gegenüber den unmittelbar nach der Oktoberrevolution lebendigen Impulsen durchgesetzt, die auf eine „sozialistische Kultur" hinzielten, welche sich q u a l i t a t i v von dem repressiven Charakter der überkommenen kulturellen Ordnung unterscheiden sollte; ein Resultat dieses Prozesses ist es, daß die gegenwärtige sowjetische Polemik gegenüber den Ereignissen in China einen durchaus traditionalen Begriff von Kultur ins Feld führt und auf die sorgsame Pflege der alten kulturellen Hinterlassenschaft, auf die steigenden Besucherzahlen der öffentlichen Museen, Theater und Galerien hinweist: „Getreu dem Geiste Lenins hüten und mehren die sowjetischen Menschen das kulturelle Erbe ihres Landes."[9])

II.

Die beiden Seiten der Kulturrevolution in der Sowjetunion – Überwindung der von der alten Gesellschaft tradierten Vorstellungen durch eine „sozialistische Kultur" und Schaffung eines dem modernen Arbeitsprozeß adäquaten Bewußtseins – lassen sich, mutatis mutandis, auch in der Entwicklung der chinesischen Revolution aufweisen.
Mao Tse-tung datiert die Anfänge der chinesischen Kulturrevolution auf die „Bewegung vom 4. Mai" (1919) zurück: „Die Kulturrevolution der Bewegung des 4. Mai führte einen konsequenten Kampf gegen die imperialistische und feudale Kultur. In seiner ganzen Geschichte hatte China noch keine so große und konsequente Kulturrevolution gekannt. Unter den zwei großen Bannern der Kulturrevolution, dem Kampf gegen die alte Moral und für die neue Moral, dem Kampf gegen die alte Literatur und für die neue Literatur, hat sie sich gewaltige Verdienste erworben."[10])

Die Bewegung vom 4. Mai entsprang aus der Verbitterung der revolutionären akademischen Jugend über die Behandlung Chinas auf der Versailler Friedenskonferenz; obgleich China noch 1917 in den Krieg gegen das Deutsche Reich eingetreten war, erhielt es nicht die deutschen „Rechte" auf der Halbinsel Schantung zurück, die statt dessen Japan übertragen wurden. Wiederum hatten die imperialistischen Mächte durch das System der „ungleichen Verträge" die nationale Unabhängigkeit und Einheit des Landes verhindert. Die Demonstrationen der Intelligenz in Peking (an denen auch Chou En-lai und Mao Tse-tung, damals Bibliotheksangestellter an der Universität, teilnahmen) wurden bald von einem Teil der nationalen Bourgeoisie, die einen Boykott über japanische Waren verhängte, und den Massenstreiks des Schanghaier Fabrikproletariats („3.-Juni-Bewegung") unterstützt. Mit dem Kampf gegen den Imperialismus verband sich bei der revolutionären Intelligenz eine radikale Kritik an den überlieferten Werten der alten chinesischen Kultur; im Namen der westlichen Philosophie (besonders B. Russels und J. Deweys, die damals Gastvorlesungen in Peking hielten) zog sie unter der Losung „Demokratie und Wissenschaft" gegen die konfuzianistische Staatsphilosophie, gegen Religion und Aberglauben sowie die ideologischen Rechtfertigungen der zahllosen Privilegien der Ausländer und einheimischen Oberschichten und die Diskriminierungen der Frauen zu Felde. Auf dem Gebiet der Literatur wurde ein Studium der Volkskunst und eine durchgreifende Schriftreform verlangt. Von den Verfechtern dieser Prinzipien sind besonders Chen Tu-hsiu, bis 1927 Führer der Kommunistischen Partei Chinas, und der Dichter Lu Hsün zu nennen, den auch die gegenwärtige Kampagne in China zu ihren großen Vorläufern zählt[11]). Damals wurde auch die „Gesellschaft zum Studium des Marxismus" in Peking gegründet, die der 1921 ins Leben gerufenen KP den Weg bereitete.

Die Grenzen der „Bewegung vom 4. Mai" lagen darin, daß sich ihr sozialer Träger, die Intelligenz und die ohnehin schwach ausgebildete städtische Bourgeoisie, im Verlauf der schnell anwachsenden Klassenantagonismen rasch polarisierte und sich entweder der Kommunistischen Partei oder der Kuo Min-tang Tschiang Kai-scheks und den japanischen Imperialisten anschloß: „Die alte bürgerlich demokratische Kultur büßte ihre Seele ein und behielt nur die äußere Hülle . . . Sie zersetzte sich in der Epoche des Imperialismus, sie war kraftlos und ihre Niederlage unvermeidlich."[12])

So wuchsen die Aufgaben einer „wissenschaftlichen Massenkultur", die von der Bourgeoisie der rückständigen Länder in der Epoche des Imperialismus nicht mehr gelöst werden konnten, der sozialistischen Bewegung zu, die das Erbe der bürgerlichen Aufklärung zu übernehmen hat[13]). Nach Mao Tse-tung sind drei Prinzipien bei der sozialistischen Kulturrevolution zu berücksichtigen, die für die Partei wie für die Volksmassen einen „langen und quälenden Umerziehungsprozeß" bedeutet:

1. Bei der Auseinandersetzung mit der ausländischen sowie der eigenen traditionellen Kultur ist eine mechanische Übernahme ebenso verfehlt wie die prinzipielle Ablehnung.
2. Die Popularisierung und Verbreitung der Kunst und Kultur muß mit einer Hebung ihres Niveaus einhergehen.
3. Es gilt, ein ausgeglichenes Verhältnis von politischer Aussagekraft und ästhetischem Gehalt bei der Kunst zu bewahren: „Kunstwerke, denen es an künstlerischem Wert mangelt, sind, wie fortschrittlich sie politisch auch sein mögen, dennoch unwirksam. Darum sind wir sowohl gegen die Werke, die falsche politische Ansichten enthalten, als auch gegen die Tendenz des sogenannten ‚Plakat- und Schlagwortstils', der nur in seinen politischen Ansichten richtig, aber künstlerisch sehr schwach ist. Wir müssen in Literatur und Kunst einen Zweifrontenkampf führen."[14])

Jedesmal sind dogmatische Einseitigkeiten zu vermeiden. Es kommt darauf an, Kultur, Literatur und Kunst „wirklich zu einem Bestandteil des allgemeinen Mechanismus der Revolution zu machen, zu einem mächtigen Mittel für den Zusammenschluß und die Erziehung des Volkes".[15])

Es war den chinesischen Parteiführern bereits in der Yenan-Zeit klar, daß die sozialistische kulturelle Revolution noch lange nach der Eroberung der Staatsmacht weiter-

geführt werden müsse; dies würde sie von allen bisherigen bürgerlichen Revolutionen unterscheiden, deren letzter Akt immer nur die politische Absicherung der ökonomischen Vorherrschaft und kulturellen Überlegenheit der Bourgeoisie gewesen sei.
Auch nach dem politischen Sieg der proletarischen Revolution würden sich die Massen nur allmählich von der Zwangsjacke der überlieferten Kultur befreien können, deren Hauptfunktion es über Jahrtausende war, die alte Staats- und Gesellschaftsordnung zu rechtfertigen und zu stützen; für eine gewisse Zeit bliebe das Volk noch den alten Vorstellungen verhaftet, aber „ist es seltsam, wenn ein Mensch, der eben erst aus dem Schlamm gekrochen kommt, noch mit Schmutz bedeckt ist?"[16])

III.

„Um unseren Staat in ein hochentwickeltes sozialistisches Industrieland zu verwandeln, . . . müssen wir die umfassenden Aufgaben der technischen und der Kulturrevolution durchführen."[17])
In den Bewegungen der „3 Antis" (Kampf gegen Korruption, Verschwendung und Bürokratismus bei der Beamtenschaft) und „5 Antis" (gegen Bestechung, Steuerhinterziehung, Betrug und Diebstahl von Staatseigentum und Wirtschaftsinformation bei der Bourgeoisie) von 1951/52 sieht man in China den Beginn der kulturellen Umwälzung nach der Eroberung der politischen Macht und der wirtschaftlichen Konsolidierung der Revolution (PR 26. Juli 1966). Neben dieser Umerziehung der früher herrschenden Klassen hatte jedoch die Kulturrevolution vor allem die Hebung des allgemeinen Lebensniveaus und die Beseitigung des Analphabetentums bei den breiten Massen zu besorgen, was in erstaunlich kurzer Zeit gelang: Innerhalb von zehn Jahren wurde der Prozentsatz der Analphabeten von 80 auf 20 Prozent verringert. Darüber hinaus war vor allem die Erziehung und Mobilisierung der menschlichen Arbeitskraft wichtig; von dieser ursprünglichen Produktivkraft hing in China, das der imperialistischen Exploitation wie kaum ein anderes Land ausgesetzt war[18]), der wirtschaftliche Aufbau in noch größerem Umfang ab als etwa in der Sowjetunion, die – wie folgende Tabelle zeigt – zu Beginn der Planära noch über relativ größere materielle Ressourcen verfügen konnte[19]):

Produktionsvergleich zu Beginn des 1. Fünfjahrplanes	SU 1928	China 1952
Bruttosozialprodukt pro Kopf (in DM)	1000	250
Getreide- und Reisproduktion pro Kopf (kg)	491	270
Kohlenförderung pro Kopf (kg)	273	110
Rohstahlproduktion pro Kopf (kg)	29	2,4

So mußte der subjektive Faktor des Wirtschaftens, der arbeitende Mensch, diese objektive Armut ausgleichen, und die permanenten Kampagnen zur Steigerung der Produktion, zur Weckung des Arbeitsenthusiasmus und zur Masseninitiative an der „Wirtschaftsfront" zeigen, in welchem Ausmaß dies geschah.
Gegen Ende des 1. Fünfjahrplanes verschärfte sich dieses Problem noch, als auf dem VIII. Parteitag – nach sowjetrussischem Vorbild – beschlossen wurde, die Priorität der Entwicklung der Schwerindustrie trotz der inzwischen aufgetretenen Disproportionen in der Volkswirtschaft[20]) auch für die nächsten fünf Jahre beizubehalten. Die einseitige Förderung der vorgeordneten Produktionsstufen[21]) hatte 1957 zu gefährlichen Engpässen in der Versorgung der städtischen Bevölkerung und der gewerblichen Produktion mit Nahrungsmitteln bzw. industriellen Rohstoffen sowie zu Schwierigkeiten im Transportwesen geführt. Wollte man den Vorrang der Schwerindustrie beibehalten, so mußten nun auch g l e i c h z e i t i g die konsumnahen Industriezweige u n d die Landwirtschaft verstärkt gefördert werden. Diese dreifache Aufgabe während des „Großen Sprunges" konnte nur durch einen wiederum verstärkten Rückgriff auf die Aktivität der arbeitenden Massen gelöst werden. In seinem „Bericht über den Vorschlag für den 2. Fünfjahrplan" erklärte Chou En-lai damals[22]), daß, „wenn wir es nur gut verstehen, uns auf die Massen zu stützen und die Aktivität und die Initiative der Massen zu entwickeln, wir eine mächtige Kraft gewinnen können, um alle Schwierigkeiten auf unserem Vormarsch zu überwinden und . . . die Aufgaben des 2. Fünfjahresplanes siegreich zu vollenden".
Die Massenbewegung des Großen Sprunges, in dem „mehr, besser, schneller und wirtschaftlicher" produziert werden sollte, umfaßte folgende wichtige Momente[23]):

1. Die berühmte „Aktion Dorfeisen" vom Herbst 1958, die unmittelbaren Bedarf an Eisenprodukten auf dem Lande decken und die breiten Bevölkerungsmassen mit den Methoden der industriellen Fertigung vertraut machen sollte;
2. die Errichtung der Volkskommunen zur Ausschöpfung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials, zur Einsparung von Verwaltungsaufgaben und zur Durchführung größerer (Wasser-)Bauprojekte;
3. die Kampagnen zur „Förderung von Wissenschaft und Technik" und „Mehr Neues – weniger Altes", die sich gegen Aberglauben, Ahnenverehrung und Religion richteten;
4. eine „Lesekampagne", in deren Verlauf sich die Zahl der Absolventen der Lehrgänge für Lesen und Schreiben von 7,2 Mio (1957) auf über 40 Mio (1958) erhöhte;
5. eine „Anti-Techts-Kampagne", die sich gegen gewinnbringende private Spekulationen der Privatkapitalisten, die Ausweitung des gesellschaftlichen Einflusses und der Privilegien der bürgerlichen Spezialisten und – in der Armee – der Offiziere richtete; vielleicht hängen die damals beginnenden scharfen Attacken gegen die jugoslawischen Revisionisten und deren „Wiedereinführung des Kapitalismus" ebenfalls hiermit zusammen;
6. es begann das Massenstudium der Werke Mao Tse-tungs;
7. all diese Aktionen fanden ihren theoretischen Ausdruck in der Konzeption einer „permanenten Revolution", die, wie es hieß, „in gewisser Weise eine Idee ist, die in Permanenz die Begeisterung der Menschen wachhält"[24]).

Es ging darum, die Begeisterung der Massen zu einer produktiven Kraft zu verwandeln und bei ihnen die bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für die Bewältigung der Probleme zu schaffen, vor die der beschleunigte Industrieaufbau ein Volk stellt, das noch zu großen Teilen seiner agrarischen Vergangenheit verhaftet war.

Bekanntlich konnten die Ziele des Großen Sprunges infolge der Naturkatastrophen 1959–61 und gewisser Desorganisationen im Gefüge der Volkswirtschaft nicht erreicht werden; man schätzt, daß erst nach 1962 wieder der allgemeine Produktionsstand von 1958 erreicht werden konnte – genaue gesamtwirtschaftliche Daten stehen seit 1960 nicht mehr zur Verfügung. Der Anfang 1966 angelaufene dritte Fünfjahrplan soll nun nach dem vorübergehenden wirtschaftlichen Rückzug und der Periode der Konsolidierung (während der besonders eine stabile Agrarproduktion gesichert werden sollte[25]) wieder einen „neuen allseitigen Sprung vorwärts" (PR 8. Okt. 1966) bringen, mit dem die gegenwärtige Etappe der Kulturrevolution, die inhaltlich an die Kampagnen der Jahre 1958–60 anknüpft, aufs engste verbunden scheint. Der Beschluß des ZK der KPCh über die „große proletarische Kulturrevolution" vom 8. Aug. 1966 weist ausdrücklich auf ihre Funktion innerhalb des Produktionsprozesses hin[26]):

„Die Revolution fest in der Hand haben, um die Produktion anzuregen: Das Ziel bei der großen proletarischen Kulturrevolution ist die Revolutionierung der Ideologie der Menschen, damit die Arbeit auf allen Gebieten mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher geleistet wird. Wenn die Massen restlos mobilisiert und entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, ist es möglich, Kulturrevolution und Produktion weiterzuführen ... Die große proletarische Kulturrevolution ist für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte unseres Landes eine gewaltige treibende Kraft."

Der beschlossene Kampf gegen die Vier Alten (Kultur, Ideen, Sitten und Bräuche) ist gegen die Inhalte der überkommenen Vorstellungen gerichtet, die den Anforderungen des modernen Arbeitsprozesses und dem weiteren Fortschritt der Industrialisierung im Wege stehen; die ungeheure Bedeutung dieser Aufklärungskampagnen unter den Massen wird klar, wenn man sie etwa den jüngsten Ereignissen in der Indischen Union gegenüberstellt, wo viele Hunderttausende fanatisierte Hindus in die Hauptstadt zogen und erklärten, daß sie lieber allesamt sterben wollten, als daß den für heilig gehaltenen Kühen durch die Metzger irgendein Leid zugefügt werde.

Auch das breite Studium der Werke Mao Tse-tungs, das gewöhnlich als Vergottung oder Personenkult ausgelegt wird, erfüllt eine wichtige Funktion innerhalb des langwierigen Selbsterziehungsprozesses der Bevölkerung zu rationalem Denken und Han-

deln. Es soll kein Selbstzweck sein, sondern bei der täglichen Arbeit „schöpferische Anwendung" finden (PR 18. Okt. 1966):
„Wir müssen das Studium mit der Praxis verbinden, immer wieder Erziehung vornehmen und Propaganda machen, immer wieder studieren und das Erlernte in der Praxis anwenden."
Die zahlreich berichteten Fälle, daß durch „lebendiges Studieren" der Werke Maos praktische Schwierigkeiten bei der täglichen Arbeit überwunden werden konnten, indem man auf „Widersprüche" hingewiesen wurde, zeigt deren Bedeutung als Lehr- und Schulbuch der breiten Massen, die aus ihrer traditionellen hauswirtschaftlichen Arbeitswelt herausgehoben werden und sich an ständiges Umlernen, an Arbeitsdisziplin und persönliche Initiative gewöhnen müssen. Nur so wird man etwa folgenden Bericht aus einer Volkskommune verstehen können (PR 20. September 1966):
„Viele Funktionäre und Kommunemitglieder haben auf den Feldern Holztafeln errichtet, auf denen Zitate vom Vorsitzenden Mao stehen, oder sie tragen die Werke des Vorsitzenden Mao bei sich, damit sie immer, wenn bei der Arbeit auf dem Felde ein schwieriges Problem auftaucht, diese Werke sofort studieren und das, was sie gelernt haben, sogleich anwenden können. Dadurch sind sie in der Lage, für viele Schwierigkeiten und Probleme bei der Produktion rechtzeitig eine Lösung zu finden."
Bei diesem Erziehungsprozeß kommt auch der Volksbefreiungsarmee eine zentrale Rolle zu; ihrer ganzen bisherigen Tradition gemäß soll sie eng mit der Produktionssphäre verbunden bleiben und kein gesellschaftliches Eigenleben führen, sondern das Bindeglied zwischen Partei und Massen darstellen (vgl. Anm. 23). Solange in der VR China noch eine allgemeine Knappheit der Mittel herrscht, muß die „ideologische Arbeit" auch die materiellen Produktionsanreize ersetzen; es wird erklärt, daß „man davon Abstand nehmen müsse, materielles Wohlergehen als Anreizmittel zu gebrauchen, wie es in der kapitalistischen Gesellschaft praktiziert wird. Wir stützen uns hauptsächlich auf die politische und ideologische Arbeit, indem wir das politische Bewußtsein des Volkes heben und auf diese Weise die geistigen Kräfte in materielle Kräfte verwandeln." [26a]
Was die sowjetische Industrialisierung über eine weitgestaffelte Lohnskala zu erreichen suchte, wird in China in die ideologische Sphäre übertragen; in dem viel ärmeren Land hätten ähnlich große Einkommensdifferenzen wie in der SU leicht eine gegenteilige Wirkung haben und die Volksmassen statt zum Arbeitsenthusiasmus in den Widerstand und die Apathie führen können.
Tatsächlich hat es jedoch auch hier Gruppen von Ökonomen gegeben, die – besonders in der kritischen Zeit nach dem Großen Sprung – den sowjetrussischen Weg als wirtschaftspolitische Alternative einschlagen wollten; diese Anschauungen werden in der gegenwärtigen Kampagne heftig bekämpft[27]). Besonders Sun Yä-fang, der ehemalige Direktor des Wirtschaftsinstitutes an der Akademie der Wissenschaften Chinas, forderte lange Zeit hindurch höhere Einkommen für die leitenden Kader, größere Konzession an die betriebliche Selbstverwaltung, den freien Markt, das „Wertgesetz" und die Rolle des von den Betrieben erwirtschafteten Gewinns – ähnlich, wie es Liberman für die UdSSR gefordert hatte. In den Krisenjahren nach 1959 schlug er sogar vor, die Volkskommunen aufzulösen und zur privaten Wirtschaft auf dem Lande zurückzukehren; gegen diese „hundertprozentige rechtsopportunistische schwarze Linie" wird eingewandt, daß diese Maßnahmen „unumgänglich die sozialistische Planwirtschaft untergraben und eine Anarchie bei der Produktion, die Umwandlung der sozialistischen Wirtschaft in eine kapitalistische Wirtschaft und eine allgemeine konterrevolutionäre Restauration des Kapitalismus herbeiführen würde"[28]).
Der Sowjetunion – „von der Sun Yä-fang die Ladenhüter des Chruschtschow-Revisionismus samt und sonders übernahm" – wird in drastischer Weise vorgeworfen, daß sie mit der Einführung des neuen ökonomischen Systems, der Förderung der Konsumgüterindustrien und der Zulassung marktähnlicher Wirtschaftselemente die „Diktatur des Proletariats durch die Diktatur der Bourgeoisie" ersetzt habe: „Die von der sowjetischen revisionistischen Führungsclique vertretene hochbezahlte privilegierte Gesell-

schaftsschicht bildet eine neue Ausbeuterklasse, welche die sowjetischen breiten Werktätigen mit allen möglichen Mitteln unterdrückt und ausbeutet und sie der Herrschaft eines faschistischen Terrors unterwirft."[29])

Ähnlich wie schon in der Kontroverse von 1964 über das Problem „Diktatur des Proletariats" – „Staat des ganzen Volkes" spiegelt sich in dieser Diskussion die unterschiedliche Rolle, die der öffentlichen Gewalt (dem „Vorrang der Politik") im Wirtschaftsprozeß auf den verschiedenen Stufen der Akkumulation zugeschrieben wird[30]). Auf dem Hintergrund der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung – man schätzt etwa, daß gegenwärtig das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in der VR China nur 1/6 der sowjetrussischen Größe beträgt[31]) – wird auch der puritanische Zug der gegenwärtigen Kulturrevolution (vgl. Anm.[29]) erklärlich, die angesichts der noch zahlreichen ungelösten Wirtschaftsprobleme des Landes allen Luxus und alle ungerechtfertigten Privilegien aus dem öffentlichen Leben verbannt wissen will.

Werke der Kunst und Literatur, die – oft in Anspielung auf Ereignisse aus der chinesischen Geschichte – den offiziellen Parteikurs kritisieren und den einflußreichen Personen im wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Bereich sowie der technischen Intelligenz Vorrechte sichern wollen, werden als „durch und durch bürgerliche schwarze Linie" attackiert, die den „Kapitalismus wiedereinführen" will.

Wahr ist daran, daß die früher herrschenden bürgerlichen Schichten auch nach ihrer Ausschaltung in der Wirtschaft immer noch im kulturellen Bereich eine führende Rolle spielen konnten; ihr Einfluß in den Universitäten, der Presse, dem Theater und der Literatur wird erst jetzt allmählich zurückgedämmt. Besonders die Gruppe um den Schriftsteller Wu Han, die Parteifunktionäre in der Propagandaabteilung Dschou Yang und Deng To, die lange Zeit hindurch vom Pekinger Stadtkomitee und möglicherweise auch von anderen hohen Parteigremien gedeckt wurde, hat immer wieder „unter Verwendung alter Dinge zur Verspottung der Gegenwart" die seitherige Wirtschaftspolitik kritisiert und nach dem Großen Sprung sogar – ähnlich wie Sun Yä-fang – die Rückkehr zur bäuerlichen Privatwirtschaft gefordert[32]). Statt der fortwährenden Massenmobilisierung habe man die Arbeit von der Freizeit zu trennen. Im Bereich der Ästhetik sei eine „Kunst des ganzen Volkes" notwendig, die sich „ewigen Themen der menschlichen Natur" zuwenden und ihre Autonomie vor dem Zugriff praktischer Interessen bewahren müsse. Die Pflege des klassischen konfuzianistischen Erbes und die Rezeption der modernen westlichen literarischen Strömungen sei wichtiger als die Herausstellung des Klassenkampfes in Wissenschaft und Kunst.

Diese Anschauungen sind von der jetzigen Kampagne für eine kulturelle Neuerung heftig angegriffen worden, die gegen die Verselbständigung der kulturellen Sphäre von der Praxis der Revolution gerichtet ist; die Autorität der bürgerlichen Akademiker und Künstler soll durch eine eingreifende Unterrichtsreform gebrochen werden, die die Erziehung mit produktiver Arbeit in Landwirtschaft und Industrie sowie mit politischer und militärischer Ausbildung enger verknüpft. Für den sozialistischen Aufbau soll die überkommene herrschaftliche Kultur, die mit dem Blut so vieler Generationen errichtet wurde, einer gründlichen Revision unterzogen werden. Das klassische Genre der „Peking-Oper" etwa, dessen Stücke immer noch die Macht von Monarchen, Kriegsherren und hohen Beamten anbeteten, dessen „Atmosphäre stickig war von der Betonung des Alten und der Zurückweisung des Zeitgenössischen, von ... der Lobpreisung der Toten und der Mißachtung der Lebenden"[33]) wurde gegen den Widerstand der Traditionalisten revolutioniert und dient nun dazu, den Arbeitern ein adäquateres Bewußtsein von den Problemen des Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung zu vermitteln.

So scheint es die Absicht der Parteiführung zu sein, neben dem unmittelbar wirtschaftlichen Aspekt der Kulturrevolution auch ihren spezifisch sozialistischen nicht zu vernachlässigen und durch eine breite Massenbewegung die kulturellen Produktionen in den lebendigen Prozeß der Revolution einzuholen.

Sicherlich sind nicht alle Erscheinungen der gegenwärtigen Umwälzungen hieraus abzuleiten; den von der bürgerlichen Presse so ausführlich erörterten „Machtkämpfen" mag durchaus ebenfalls eine gewisse Rolle zukommen, nur wird man sie nicht personali-

sieren dürfen, sondern muß sie als Ausdruck objektiver gesellschaftlicher Entwicklungsalternativen ansehen. Das Programm der Opponenten Mao Tse-tungs könnte durchaus auf eine „allgemeine Restauration" hinauslaufen.

Wenn aber das dreifache dynamische Gleichgewicht, das nach der ursprünglichen Konzeption der Partei bei der kulturellen Umwälzung gewahrt bleiben muß (s. S. 5), in der jetzigen Kulturrevolution zuweilen gestört erscheint, so liegt dies nicht zuletzt auch an der prekären außenpolitischen Lage der Volksrepublik. Die fast vollständige Einkreisung durch US-amerikanische Militärbasen, von denen aus einer der barbarischsten Kriege in unmittelbarer Nähe der chinesischen Grenze geführt wird; die fortwährenden Verletzungen des Hoheitsraumes und die zahlreichen Sabotageakte, die mit US-Unterstützung von Taiwan aus unternommen werden[34]); der nördliche Nachbar, dessen Politik sich auch angesichts einer nicht länger verhüllten imperialistischen Aggression weiterhin an der Doktrin einer „friedlichen Koexistenz" zu orientieren scheint – dies alles erweckt in China den Eindruck einer „allgemeinen unheiligen Allianz zwischen Imperialisten und Revisionisten". Hinzu kommt, daß die kapitalistische Öffentlichkeit fortwährend brutalere (z. T. sogar rassistisch verbrämte) Züge gegenüber der Volksrepublik annimmt, ganz als ob es China wäre, das viele Hunderte mit modernsten (und nicht nur konventionellen) Waffen ausgerüstete ausländische Militärstützpunkte auf allen fünf Kontinenten unterhielte, von denen aus jede Befreiungsbewegung sogleich unterdrückt wird. In letzter Zeit wird bereits offen der Angriffskrieg gegen China gefordert[35]).

So ist es klar, daß auch grundlegende Umänderungen in den imperialistischen Staaten nötig sind, um in der VR China die permanente innere Spannung zu vermindern.

Anmerkungen

1) „Marxistische Blätter", Dez. 1966, S. 28; ähnlich G. Polikeit, Wohin geht China?, Offenbach 1966, S. 20 f.
2) Resolution der 1. Allruss. Konferenz der Proletkultorganisationen (Sept. 1918), nach: K. D. Seemann, Der Versuch einer proletarischen Kulturrevolution in Rußland 1917–1922, in: „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas", 1961, S. 179ff.
3) Einzelheiten bei Seemann, aaO.
4) Das Kulturwerk Sowjetrußlands, Wien 1920.
5) Lenin bemerkt in den Gesprächen mit Clara Zetkin, daß dieser Umstand in Rußland die Machteroberung durch das Proletariat begünstigt habe, das gerade wegen seiner Kulturlosigkeit weniger anfällig für die bürgerlichen Ideologien gewesen sei; hierdurch werde jedoch der sozialistische Aufbau ungeheuer erschwert. Siehe C. Zetkin, Erinnerungen an Lenin, Berlin 1961, S. 19.
6) Über Kunst und Literatur, Berlin 1960, S. 442 und 451.
7) Protokoll des XV. Parteitages der KPdSU (b), Hamburg 1928, S. 257.
8) Na putjach kul'turnoj revoljucii, 2. Aufl. Moskau 1928.
9) B. Balasanov, Die Sowjetunion und ihr kulturelles Erbe, in: „Sowjetunion heute" vom 1. Okt. 1966. – Zur sowjetischen Kulturrevolution siehe auch Wilhelm Reich: „In einem Lande der Rückständigkeit und äußersten Knechtschaft wie dem früheren Rußland mußte zunächst daran geschritten werden, die Massen der Arbeiter und Bauern zur Reinlichkeit, zum Zähneputzen, zum Nichtschimpfen und Nichtspucken zu erziehen. Doch es ging nicht allein darum, die Massen auf die Höhe der Kultur in den hochkapitalistischen Ländern zu bringen; das war bloß die allernächste Aufgabe; in weiterer Sicht mußte man beginnen, sich über die Qualität der ‚neuen Kultur', der sozialistischen, der kommunistischen, ins klare zu kommen." Reich verfolgt in seinem Buch „Die sexuelle Revolution" (die er als den „Kern jeder Kulturrevolution" annimmt) den schrittweisen Abbau der so verheißungsvollen Ansätze einer „sozialistischen Kultur" unmittelbar nach 1917 (Die sexuelle Revolution, Frankfurt a. M. 1966, S. 189ff.).
10) Mao Tse-tung, Über Literatur und Kunst, Peking 1961, S. 26f („Die Kultur der Neuen Demokratie" von 1940). Vgl. auch seine Schrift über „Die Bewegung des 4. Mai", aaO, S. 12ff. Eine ausgezeichnete Schilderung dieser Bewegung gibt W. Franke, Chinas kulturelle Revolution: die Bewegung des 4. Mai 1919, München 1957.
11) „Peking Rundschau" (fortan PR) vom 8. November 1966, „Dem Andenken Lu Hsüns, unseres Vorläufers in der Kulturrevolution."
12) Mao Tse-tung, aaO, S. 21.
13) aaO, S. 39.
14) Mao Tse-tung, Fragen der Kultur, des Bildungswesens und der Intelligenz (1945), aaO, S. 156ff.
15) Derselbe, Reden auf der Beratung über Fragen der Literatur und Kunst in Yenan (1942), aaO, S. 91ff. Diese Reden wurden während der gegenwärtigen Kampagne häufig ins Feld geführt; wiederabgedruckt sind sie in der PR vom 12. Juli 1966.
16) Liu Schao-schi, Wie man ein guter Kommunist wird (1939), Peking 1965, S. 49 und 88.
17) Vgl. die Broschüre „Unabhängiger nationaler Aufbau aus eigener Kraft", Peking 1964, S. 1.
18) Reiches Material hierzu bei K. Marx, bes. in den Bänden 12–14 der „Werke".

19) Nach K. Mehnert, Peking und Moskau, München 1964, S. 366.
20) Vgl. M. Biehl. Die chinesischen Volkskommunen im „Großen Sprung" und danach, Hamburg 1965, S. 10f und passim.
21) Zwischen 1952 und 1958 entfielen von den staatlichen Gesamtinvestitionen 51,5 % auf die Industrie und nur 8,6 % auf den Posten Landwirtschaft, Wasserbau und Forstwirtschaft. In der Industrie entfielen auf die Leichtindustrie 14,4 %, auf die Schwerindustrie 85,6 % der industriellen Investitionen. Nach: S. Klein, Kritische Sektoren der Industrialisierung in China, in: „China-Analysen" (Ffm.), Sept. 1962.
22) Der VIII. Parteitag der KP Chinas, Dokumente, Peking 1956, Bd. I, S. 271f.
23) Vgl. Tao Dschu, Volkskommunen auf dem Vormarsch, Peking 1965; Chou En-lai; Bericht über die Berichtigung der hauptsächlichen Planziele des Volkswirtschaftsplanes 1959, Peking 1959. Zu der damaligen Kontroverse über die Rolle und den Aufbau der Armee, die bis zur gegenwärtigen Kulturrevolution fortgedauert hat, siehe Lin Biao, Unter dem roten Banner, der Generallinie der Partei und den militärwiss. Theorien Mao Tse-tungs – Vorwärts!, Peking 1959.
24) S. R. Schram, Die permanente Revolution in China, Dokumente und Kommentar, Ffm. 1966, S. 183. Zu Schrams Schrift siehe auch nk 35 S. 39.
25) Vgl. Tan Hsi, Agriculture – Foundation of the National Economy, in: „China Reconstructs" (Peking), Feb. 1962.
26) PR 16. Aug. 1966; s. auch den Artikel „Die Kulturrevolution bewirkt einen neuen allseitigen Sprung vorwärts in der chinesischen Volkswirtschaft", PR 10. 1. 1967.
a) „China-Analysen" April 1966. Siehe auch die Äußerung des Vorsitzenden der Staatsplankommission Lin von 1960: „Im Lohnsystem haben wir das Prinzip durchgeführt, politisch-ideologische Erziehung mit materiellem Anreiz zu kombinieren, wobei der Schwerpunkt auf der ersteren liegt . . . Auf diese Weise haben wir die breiten Arbeitermassen weiter inspiriert" (nach: „China-Analysen", Okt. 1963). Zur geringen Lohndifferenzierung vgl. auch Biehl, aaO, S. 92ff.
27) PR 1. und 8. Nov. 1966, Art. „Über den reaktionären politischen Standpunkt und das Wirtschaftsprogramm Sun Yä-fangs".
28) aaO.
29) PR 29. Nov. 1966, Art. „Die sowjetische revisionistische Führungsclique führt den Kapitalismus wieder ein". Dieser Artikel verweist weiter auf eine „allgemeine Liederlichkeit" in der SU, die „in gewaltigem Kontrast zu der wachsenden Verarmung der Massen der Werktätigen" stehe: „Trunksucht, unmoralisches Verhalten, Gewalttätigkeit und Mord sind ganz gewöhnlich . . . Während des 23. Parteitages der KPdSU gab es in einigen höheren Lehranstalten sogar verwerfliche Tanzabende mit ekelhaften Bildern nackter Frauen als Wandschmuck."
30) Vielleicht hängt hiermit auch die verschiedene Einstellung zum Phänomen des Stalinismus zusammen, dessen ökonomische Aufgabe, die Durchführung der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation", in China noch unmittelbare Gegenwart ist.
31) „Osteuropa-Wirtschaft" 2/1966, S. 168.
32) Vgl. hierzu zusammenfassend die (bisher) 3 Dokumentenbände „Die Große Sozialistische Kulturrevolution in China", Peking 1966.
33) PR 13. Dez. 1966, Rede Djing Tjings, der Frau Mao Tse-tungs.
34) In dem jährlich von Taipeh herausgegebenen „China Yearbook" sind diese Aktivitäten genau unter der Rubrik „Infiltration of the Mainland by Government Commandos" verzeichnet; so wurden im Jahre 1962 873 Stör- und Sabotagekommandos auf das Festland gebracht, die „erfolgreiche Arbeit leisteten" (China Yearbook 1963/64, S. 656).
35) K. Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1966, S. 226. Hier stimmt der Satz Hegels, daß die Philosophie ihre Zeit, in Gedanken gefaßt, ist.

probleme sozialistischer politik

Band 4

Fritz Lamm, Wolf Rosenbaum, Helmut Schauer, Ursula Schmiederer

Die Große Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken

ca. 70 Seiten DM 3,80

März 67

Mit dem Eintritt der SPD in die Regierungskoalition hat die Umformung dieser ehemals trotz vieler Halbheiten an die Interessen der Arbeiterklasse gebundenen Partei zu einer dem kapitalistischen System verpflichteten Volkspartei einen gewissen Abschluß gefunden. Diese Partei hat jetzt offen die Aufgabe übernommen, auf Kosten der Arbeiterklasse die herrschenden Profitinteressen zu vertreten.

Die Entwicklung zu dieser Koalition war vorauszusehen. Sie bedeutet dennoch einen Einschnitt, dessen Auswirkungen auch die sozialistische Opposition sorgfältig untersuchen und diskutieren muß. Die vorliegenden Aufsätze wollen zu dieser Diskussion aktuell beitragen, indem sie die Politik der Großen Koalition untersuchen, um so die Möglichkeiten, Aussichten und die Inhalte einer Alternativpolitik aufzuzeigen.

verlag neue kritik - frankfurt

Elmar Altvater

Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders: „Stabilisierte Wirtschaft", „Formierte Gesellschaft" II

Qualifikationsstruktur, Infrastruktur und privates Kapital

Die wirtschaftliche Entwicklung der BRD ist am Ende einer rasanten Rekonstruktionsperiode an eine Grenze der wirtschaftlichen Wachstumsraten gestoßen. Hohe jährliche Zuwachse des Sozialprodukts und anderer wirtschaftlicher Größen waren in der Vergangenheit vor allem deshalb möglich, weil bei den Wachstumsressourcen aus dem vollen geschöpft werden konnte, ohne daß bedeutende Mittel aus dem Sozialprodukt für die Entwicklung der Wachstumsressourcen selbst abgezweigt werden mußten. Durch Freisetzung der „Unternehmerinitiative" in der „freien Marktwirtschaft" konnten in der BRD vorhandene ökonomische Potenzen weitgehend und schnell aktualisiert werden. Die gleiche Marktwirtschaft war aber nicht in der Lage, die Basis der wirtschaftlichen Entwicklung – Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft, Bereiche der volkswirtschaftlichen Infrastruktur und zeitweise auch privates Kapital – gleichmäßig zu entfalten, um auch in der Zukunft ein stetiges Wachstum der Wirtschaft sicherzustellen. Es fehlte dazu nicht nur ein langfristiger Plan, der die Voraussetzungen zukünftigen Wachstums aufgezeigt hätte; es machte sich hier ein grundsätzlicher Mangel jeder privatkapitalistischen Ordnung bemerkbar:

Es ist privatwirtschaftlich nicht rentabel, die Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft durch „Investitionen in den Menschen" zu verändern[1]) oder die volkswirtschaftliche Infrastruktur (Verkehrswesen, Sozialwesen, Städtebau und ähnliches) zu entwickeln. Das „freie Spiel der Kräfte" ist in der Lage, das Privatkapital, nicht aber das gesellschaftliche „Kapital" entsprechend den technologischen, organisatorischen Weltmarkterfordernissen auszudehnen. Das Paradoxon kapitalistischen Wachstums besteht dann darin, daß durch die beschleunigte Entwicklung privaten Kapitals das Mißverhältnis zwischen Produktionspotenzen des Privatkapitals auf der einen Seite und Potenzen der Qualifikationsstruktur der aktiven Bevölkerung und gesellschaftlicher Infrastruktur auf der anderen Seite immer größer wird, so daß Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung des privaten Reproduktionsprozesses entstehen. Es kommt dann der Moment (der natürlich nur als eine nicht exakt einzugrenzende Periode begriffen werden kann), wo es offensichtlich wird, daß nicht mehr private Investitionen wie während der Rekonstruktionsperiode, sondern „Investitionen in den Menschen" und in die volkswirtschaftliche Infrastruktur entscheidende Wachstumseffekte ausüben.

Diese Tendenz wird unterstützt von der Entwicklung des technischen Fortschritts, so daß der Zwang einer Situation sich anmeldet, in der „Mittel für Bildung einen doppelten und solche für Wissenschaft einen drei- oder vierfachen Effekt haben können; sogar Konsumausgaben und auch Ausgaben für das Lebensmilieu können eine erstrangige Wirksamkeit haben. Die Effektivität der ‚Investitionen in den Menschen' steigt an. Auf einem bestimmten Niveau der zivilisatorischen Entwicklung wird die Entwicklung des Menschen selbst der wirksamste Weg sein, um die Produktivkräfte zu steigern[2])."

In welchem Verhältnis aber stehen Qualifikations- und Infrastruktur zueinander? Während die Qualifikationsstruktur den „Faktor" Arbeit betrifft, bezieht sich die Infrastruktur auf den „Faktor" Kapital, und zwar den von der Gesellschaft bereitgestellten Teil. Ausgaben und Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft (Bildungsausgaben) werden aber gewöhnlich zu den Infrastrukturausgaben gezählt, so daß in bezug auf die Ausgaben, nicht auf die Qualifikationsstruktur selbst, dieser Einteilung gefolgt wird. Entscheidend ist, daß die Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft die Entwicklungsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determiniert, während die Kapitalinvestitionen die objektiven Möglichkeiten aktualisieren – oder auch nicht. In der Rekonstruktionsperiode

einer Volkswirtschaft nach einem Krieg kann gerade deshalb schnelles Wirtschaftswachstum verwirklicht werden, weil die Spannung zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit des Produktionsniveaus und anderer ökonomischer Indikatoren außergewöhnlich groß ist. Je geringer die Differenz zwischen dem Möglichen und dem Wirklichen im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung wird, desto mehr müssen die Grundlagen für eine Erweiterung der objektiven Möglichkeiten gelegt werden, wenn nicht – unter kapitalistischen Umständen – eine Rezession die Folge sein soll.

Möglichkeit und Grenze wirtschaftlichen Wachstums

Die Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums sind selbstverständlich nicht statisch zu interpretieren; sie sind schließlich nicht nur Voraussetzung, sondern auch Ergebnis des wirtschaftlichen Fortschritts. Man kann – wie Franz Jánossy – die Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums als eine aufsteigende Trendlinie der industriellen Produktion begreifen, die als Kurve „die Maxima der (aktuellen – EA) Produktionsniveaulinie miteinander verbindet, und demgemäß jeden durch Störungen verursachten Rückfall der Produktionen überbrückt ... (sie) verläuft also, als ob diese Störung nicht stattgefunden hätte[3])". Die Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums sind aber nicht etwa naturgegeben, sondern Ergebnis einer bestimmten historischen Entwicklung; sie lassen sich zwar mittels statistischer Methoden für die Vergangenheit nachträglich extrapolieren – Jánossy hat das in seinem Buch geleistet –, jedoch nicht ohne einschränkende Annahmen in die Zukunft hinein als Trendlinie verlängern. Denn Möglichkeiten ökonomischen Wachstums existieren nicht abstrakt, sondern ergeben sich aus tatsächlichen Wachstumsressourcen, aus deren Qualität und Quantität. Wird also über längere Zeit hinweg die Entwicklung der Wachstumsressourcen – insbesondere die Änderung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft – vernachlässigt, dann wird als ökonomische Folge nicht nur eine Verringerung aktuellen Wachstums, sondern eine Reduktion der Möglichkeiten, das heißt eine Verflachung der Trendlinie, sich langfristig durchsetzen. Unter kapitalistischen Umständen kann das Erreichen des langfristigen Trends, der nicht statisch zu interpretierenden „Ceiling", nicht nur zu einer Abnahme der Wachstumsrate und ihrer Stabilisierung auf einem niedrigen Niveau führen, sondern zu konjunkturellen Einbrüchen beziehungsweise einer langanhaltenden Rezession führen.

Die Grenze wirtschaftlichen Wachstums in der BRD muß natürlich ökonomisch beschrieben werden. Der Mangel in wichtigen volkswirtschaftlichen Bereichen macht sich für den einzelnen Kapitalisten und die Gesellschaft als ganze in steigenden Preisen der knappen Faktoren bemerkbar. Die quantitative und qualitative Begrenztheit der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft drückt sich schließlich in knappen Facharbeitern, Technikern, mittleren Führungskadern und daher hohen Facharbeiterlöhnen aus, so daß manche technologisch fortschrittliche Produktionsprogramme nicht realisiert werden können. Der Mangel drückt sich auch darin aus, daß während der Aufschwungphase der Wirtschaft hohe Löhne auf die Profite drücken. Von 1960 bis ins erste Halbjahr 1966 sank der Anteil der Profite am Volkseinkommen von 39 auf 31 Prozent[3a]). Selbstfinanzierungsmöglichkeiten werden daher geringer, während gleichzeitig die Fremdfinanzierung wegen der restriktiven Zentralbankpolitik teurer wird. Solange es möglich ist, werden die Unternehmer versuchen, ihre höheren Kosten auf die Preise abzuwälzen. Preiserhöhungen wiederum führen bei Überschreitung einer gewissen Toleranzgrenze – die in der BRD etwa bei zwei bis drei Prozent pro Jahr liegt und entscheidend von der Entwicklung des Preisniveaus der konkurrierenden kapitalistischen Staaten determiniert wird – zu volkswirtschaftlichen Disproportionen, insbesondere zu außenwirtschaftlichen „Ungleichgewichten", die die Zentralbank auf den Plan rufen[4]). Die „Ceiling" wird auch in abnehmenden Investitionsgelegenheiten zu lukrativen Profitraten und in schlecht ausgenutzten Produktionskapazitäten bemerkbar.

Das Preisniveau ist in der BRD von Zyklus zu Zyklus in den vergangenen Jahren angestiegen. Von 1953 bis 1957 betrug die mittlere Erhöhung des Preisindex nur 0,6 Prozent, von 1958 bis 1962 waren es bereits 2,1 Prozent, von 1963 bis 1966 aber 3,1 Prozent, und im Verlauf des Jahres 1966 hat das Preisniveau der Lebenshaltung um über

4 Prozent angezogen[5]). Als Gegenmaßnahme hat die Deutsche Bundesbank den Diskontsatz bis auf 5 Prozent (seit dem 27. 5. 1966) erhöht und andere Restriktionsmaßnahmen eingeleitet, um die Nachfrage einzudämmen. Dreimonatsgeld verteuerte sich daher auf 8 Prozent, Zinssätze für Investitionskredite von 10 Prozent wurden normal. Die Investitionsnachfrage stieg im ersten Halbjahr 1966 nur mehr um 6 Prozent gegenüber 14 Prozent im Jahr 1965 und hat im zweiten Halbjahr 1966 nur um etwa 1 bis 2 Prozent zugenommen. Das Jahresgutachten 1966/67 komprimiert die kurzfristigen Aussichten folgendermaßen: „Das Investitionsklima hat sich im Verlauf des Jahres 1966 in mehr und mehr Bereichen verschlechtert . . . Nach den bisher vorliegenden Plänen ist 1967 im Bereich der Industrie mit einem merklichen Rückgang der Investitionen zu rechnen. In der Bauwirtschaft wird die konjunkturelle und restriktionspolitisch erzwungene Abschwächung der Baunachfrage zunehmend spürbar. Auch im Handel werden die Aussichten für die kommenden Monate weniger optimistisch als bisher beurteilt."[6]) Die Kapazitätsauslastung der westdeutschen Wirtschaft ging ebenfalls zurück. In der Stahlindustrie sind einzelne Werke nur mehr zu 46 Prozent ausgelastet[7]). Die hochkartellierte Stahlindustrie hat daher einen fünfjährigen Investitionsstop beschlossen und beabsichtigt die Stillegung einzelner Werke, um die anderen dafür optimal auszufahren. Konsequenz von ungenügender Kapazitätsauslastung, Rückgang der Auftragsbestände sind Arbeitsentlassungen, so daß für das Frühjahr 1967 mit über 700 000 Arbeitslosen gerechnet wird. Bereits Ende des Jahres 1966 gab es Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit auf beinahe 20 Prozent der Erwerbsfähigen gestiegen war.

Kapitalistisches Dilemma

Die nicht volle Ausschöpfung des Produktionspotentials weist auf ein aus der Wachstumstheorie bekanntes kapitalistisches Dilemma hin. Investitionen haben zwei Effekte, nämlich den Kapazitätserweiterungs- und den Einkommenseffekt. Solange Investitionen die volkswirtschaftlichen Abschreibungen überschreiten, vergrößern sie das Produktionspotential und erhöhen das volkswirtschaftliche Angebot. Dabei ist es gleichgültig, ob die Investitionsmenge gegenüber den Vorperioden zu- oder abnimmt; sie muß nur positiv sein. Um aber das zusätzliche Angebot verkaufen zu können, müssen so hohe neue Einkommen als Nachfrage geschaffen und verausgabt werden, daß sie dem Wert des zusätzlichen Angebots entsprechen. Hier liegt der Kern des Dilemmas: die Nachfrage kann nur dann steigen, wenn die Investitionen gegenüber der Vorperiode ständig zunehmen. Während also das volkswirtschaftliche Angebot noch zunimmt, wenn die Investitionsraten bereits fallen (es werden ja noch neue Kapazitäten errichtet), sinkt aber die Nachfrage, und es wird schwer, das zusätzliche Angebot zu verwerten, d. h. Profite für das vorgeschossene Kapital zu realisieren. Die errichteten neuen Kapazitäten erweisen sich als Fehlinvestitionen, und die individuellen Kapitalisten werden ihren mikrorationellen Überlegungen entsprechend ihre Investitionen verringern und auf diese Weise das Nachfragedefizit vergrößern. Diese ökonomischen Konsequenzen ergeben sich natürlich auch aus den Produktionseinschränkungen in den Investitionsgüterindustrien und anderen Wirtschaftszweigen der BRD.

Nur der äußere Schein legt die Vermutung nahe, daß Kapitalknappheit die Ursache für den konjunkturellen Rückschlag der letzten Monate sei. Dieser Anschein wird durch die K r e d i t verknappung der Deutschen Bundesbank hervorgerufen. In Wirklichkeit herrscht in der BRD Kapitalüberfluß im privaten Produktionsbereich, während Mangel in den Infrabereichen der Gesellschaft existiert. Der Mangel der wichtigen Wachstumsfaktoren und die entstandenen Disproportionalitäten der Volkswirtschaft treiben das Preisniveau, bewirken Zahlungsbilanzschwierigkeiten wie in der ersten Jahreshälfte 1966; darauf reagiert die Zentralbank mit Nachfragedrosselung, um die volkswirtschaftliche „Stabilität" wiederherzustellen. Kapitalmangel stellt sich dann als durch die Nachfragedrosselung hervorgerufener Absatzmangel für das im Verhältnis zum gesellschaftlichen „Kapital" überakkumulierte Privatkapital heraus. Überakkumulation und Unterkonsumtion erweisen sich dann aber als Kehrseiten der gleichen Medaille[8]).

Dieses allgemeine Dilemma des Kapitalismus wird noch dadurch verschärft, daß die staatliche Wirtschaftspolitik zur konjunkturellen Steuerung fast ausschließlich auf die Nachfrage, also auf die monetäre Seite des Wirtschaftskreislaufs beschränkt ist. Die Institution des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Rolle der „Unternehmerautonomie" verbieten Eingriffe des Staats auf der Angebotsseite, also auf der realen Produktionsseite der Volkswirtschaft. Nur der Staat der kapitalistischen Kriegswirtschaft war bisher in der Lage, auch die Produktion direkt zu reglementieren. Diese Beschränktheit staatlicher Interventionsmöglichkeiten im Kapitalismus erhält wegen der Asymmetrie von Konjunkturab- und -aufschwung eine besondere Problematik. Denn eine Expansion läßt sich von der monetären Seite her durch Nachfragedrosselung immer aufhalten; eine Rezession kann aber nicht ohne weiteres durch Kreditverbilligung oder Ankurbelung anderer Nachfragefaktoren beendet werden. Der Staat wird vielmehr selbst investieren müssen, um der wirtschaftlichen Entwicklung Impulse zu vermitteln[8a]). Aber solange der größte Teil der Investitionen privat vollzogen wird, dürfen die staatlichen Investitionen nicht zu einem Zustand führen, wo die privaten Kapitalisten gerade deshalb weniger investieren, weil staatliche Institutionen mehr investieren. Die Geschichte des amerikanischen New Deal der 30er Jahre ist ein Beispiel dafür, wie sich big business gegen staatliche Investitionen zur Wehr setzte und die Ansätze einer sozial orientierten kapitalistischen Planung sabotierte[9]). Vielmehr versucht der Staat im Kapitalismus die Asymmetrie zwischen Aufhalten einer Expansion und Beendigung einer Rezession dadurch zu lösen, daß er der Unterkonsumtion, also dem Nachfragemangel, durch unproduktive Konsumtion und der Überakkumulation, also dem Kapazitätsüberhang, durch das Korrelat der unproduktiven Konsumtion auf der Input-Seite, nämlich mit „faux frais", „bloßen Kosten, unproduktiver Verausgabung, sei es lebendiger, sei es vergegenständlichter Arbeit"[10]), entgegenwirkt. Rüstungsausgaben, die in die Kategorien der unproduktiven Konsumtion bzw. der faux frais einzustufen sind, haben daher neben anderen herrschaftserhaltenden Effekten auch den Sinn, die kapitalistische Produktion zu ermöglichen. Keynes ironisierte diesen Zusammenhang: „Das alte Ägypten war doppelt glücklich, und zweifellos verdankte es seinen sprichwörtlichen Reichtum der Tatsache, daß ihm zwei Tätigkeiten eigen waren, nämlich Pyramidenbau und Suche nach wertvollen Metallen, deren Früchte – da sie menschlichen Bedürfnissen durch Verbrauch nicht dienen konnten – mit dem Überfluß nicht fad wurden. Im Mittelalter baute man Kathedralen und sang Totenmessen. Zwei Pyramiden, zwei Steinhaufen für die Toten, sind doppelt so gut wie einer; jedoch nicht so zwei Eisenbahnen von London nach York."[11]) Das nationalsozialistische Deutschland und natürlich die USA heute sind die prägnantesten Beispiele dafür, wie durch Aufrüstung „zwei Pyramiden, zwei Steinhaufen für die Toten" produziert werden. Sie erweisen sich für die Klasse der Kapitalisten tatsächlich als „doppelt so gut wie einer".

Rüstungsinteressen

Rüstung erlangt daher für die hochentwickelten kapitalistischen Staaten eine immer wichtigere Funktion. Ist das Problem von Überakkumulation privaten Kapitals und Mangel an der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft und der gesellschaftlichen Infrastruktur erst einmal in rezessiven Tendenzen manifest geworden, dann hat der bürgerliche Staat in der Regel nur zwei Möglichkeiten, um mit diesem Problem fertigzuwerden: Er kann einmal versuchen, Qualifikations- und Infrastruktur so zu entwickeln, daß sie keine Engpässe für eine stete und gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung mehr darstellen; er kann aber auch der Überakkumulation durch verstärkte Aufträge an die private Wirtschaft zu begegnen versuchen[12]). Die letztere Methode kommt unmittelbar dem privaten Kapital zugute, und da private Kapitalisten die Träger der wirtschaftlichen Entwicklung sind, können damit zeitweise auch positive Effekte für das wirtschaftliche Wachstum erzielt werden. So kommt es, daß der kapitalistische Staat oft genug durch verstärkte Rüstungsausgaben ökonomische Schwierigkeiten zu steuern versucht. Die strukturellen Probleme können damit zwar nicht gelöst, aber immerhin zeitlich oder in andere gesellschaftliche Bereiche verschoben werden. Das gilt in hohem Maße für die USA, wo ja

über 10 Prozent des Volkseinkommens in die Kriegsmaschine, den „perfektesten Destruktionsapparat aller Zeiten" (Herbert Marcuse), fließen. Aber auch die westdeutsche Wirtschaft bewegt sich tendenziell amerikanischen Zuständen zu. Die Rüstungsausgaben der Vergangenheit betrugen in der BRD etwa 190 Mrd DM; bis 1970 sind weitere 101 Mrd DM geplant. Unter einem Finanzminister Strauß und den immer dringender werdenden ökonomischen Problemen aber dürfte es realistisch sein, in absehbarer Zukunft mit einer Aufstockung dieser Summe zu rechnen[13]).

Rüstung hat für die kapitalistische Wirtschaft systemerhaltende Vorteile. Das ist der Grund dafür, daß der bürgerliche Staat und die hinter ihm stehenden ökonomischen Interessen eher eine Milliardensteigerung von Rüstungsausgaben als die Aufstockung der Sozialausgaben um geringfügige Beträge hinzunehmen bereit sind. Ein Vorteil besteht darin, daß an sich gesellschaftliche Aufgaben („Verteidigung des Landes") privat vollzogen werden können, wodurch die Privatwirtschaft gleichsam von der Gesellschaft und ihrem formellen Exekutivorgan, dem Staat, auf der historischen Entwicklungsstufe des Kapitalismus heute weiterhin möglich gemacht wird. Diese Privatisierung an sich gesellschaftlicher Aufgaben führt so weit, daß Verteidigungsmaßnahmen auf Individuen partikularisiert werden, wie es in den Zivilschutzgesetzen der BRD festgelegt ist. Die in der bürgerlichen Gesellschaft angelegte Partikularisierung wird dadurch potenziert und führt zu solchen Konsequenzen wie den Verhaltensmaßregeln amerikanischer Atombunkerbesitzer, den Nachbarn im Ernstfall abzuschießen, damit er nicht den privatrechtlich gesicherten Bunkerplatz zum individuellen Überleben wegnehmen kann. Die gesellschaftliche Anomie wird so staatlich gefördert. Aber Ähnliches gilt auch für die in der „Notverordnung über den Zivildienst" und dem „Zivildienstgesetz" juristisch fixierte Unterscheidung zwischen „Zivildienstberechtigtem" und „Zivildienstpflichtigem". Der private Unternehmer wird mit hoheitlichen Funktionen ausgestattet. Auf diese Weise werden Aufgaben der Gesellschaft („Verteidigung des Landes, der Freiheit usw."), da sie ihrem Charakter nach nicht demokratisch legitimiert werden können – in einer funktionierenden Demokratie könnten solche „Zwangsarbeitsgesetze" gar nicht verabschiedet werden –, privatisiert, indem die Masse der Bevölkerung privaten Hoheitsträgern ausgeliefert wird. Der Privatisierung gesellschaftlicher Aufgaben durch Aufrüstung leistet noch ein anderer Mechanismus Vorschub. Kosten und organisatorische Erfordernisse moderner Technologie übersteigen heute bereits weitgehend die Möglichkeiten der privaten Wirtschaft. „Sie hat deshalb das Monopol auf jenen Prozeß der Umwandlung wissenschaftlicher Erkenntnisse, dem der Fortschritt der Rüstungstechnik seine Impulse verdankt, aufgeben müssen; sie teilt es mit Staat und Wissenschaft. Forschung und Entwicklung auf diesen Gebieten sind also gewissermaßen voll sozialisiert, genauer: verstaatlicht. Es handelt sich freilich um einen Vorgang von kapitalistischer Sozialisierung: Das andere ‚Monopol', das der privaten Bereicherung durch hohe Rüstungsgewinne, wird davon keineswegs beeinträchtigt, so daß die Umstellung nicht schwergefallen ist. Zugleich aber hat der Komplex ‚Rüstung' die Rolle des Motors für den gesamten technischen und wirtschaftlichen Fortschritt übernommen, die früher weitgehend allein Sache der privaten Großwirtschaft war . . ."[14]) In den USA werden immerhin rund 65 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Privatindustrie vom Staat finanziert. Rund 500 Vertragsfirmen erhielten 1965 4,7 Mrd Dollar, davon gingen allein 2,3 Mrd an die 10 größten Konzerne. In der Rüstungsindustrie betragen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben durchschnittlich 20 Prozent des Umsatzes, bei den „marktorientierten Unternehmen" dagegen sind es nur 3 Prozent. Die BRD-Wirtschaft hat demgegenüber einen gewaltigen Vorsprung aufzuholen. Von 18 Mrd DM Militärausgaben wurden nur 670 Mio DM für Forschungs- und Entwicklungszwecke abgezweigt. Nur 3,7 Prozent der industriellen Forschungs- und Entwicklungsarbeit werden vom Staat finanziert[15]). Da nicht zuletzt auch die Forschungs- und Entwicklungsarbeit die internationale Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals bestimmt, versuchen die herrschenden Kreise diesen Zustand zu ändern[16]). Die Bildung eines Forschungsministeriums 1965 und dessen Besetzung mit dem ehemaligen Krupp-Direktor Stoltenberg ist sicherlich kein Zufall. Trotz der Etatkürzungen noch unter Erhard gehörte der Forschungsetat neben „Verteidigung" und „Auslandshilfe" zu denjenigen

Posten, die bedeutende Erhöhungen der Mittel verzeichnen konnten. Erst im November 1966 hat Stoltenberg gefordert, daß ab 1970 jährlich 3 Prozent des Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung aufgebracht werden sollten. Das würde sich zu etwa 15 bis 20 Mrd DM pro Jahr summieren. (Zum Vergleich: 1965 belief sich der Etat des Forschungsministeriums auf 991 Mio DM, 1966 waren es 1328 Mio DM.)

Da bei dem heutigen Stand der technologischen Entwicklung Großforschung nicht mehr ausschließlich national betrieben werden kann, versuchen die herrschenden Kreise der BRD zugleich, in diesen Fragen zu einer internationalen Zusammenarbeit zu gelangen. So betonte Rainer Barzel in der Bundestagsdebatte vom 14. 9. 1966: „Wir sehen auch, wie die Mächte mit einer entwickelten Raumfahrt und mit starker nuklearer Position . . . Ergebnisse der aus Steuermitteln betriebenen militärischen und staatlichen Forschung ihren Industrien zur Verfügung stellen. Unsere Patent- und Lizenzbilanz ist negativ. Die Arbeitsteilung im Bündnis, Devisenhilfe und anderes zwingen uns, auch diese Fragen international auf den Tisch zu legen . . . unsere Fraktion hat sich in diesen Tagen völlig klargemacht, daß zu einer solchen Politik, die die Wirtschaftskraft für morgen im Sinne von mehr Sicherheit nach außen und innen stärken will, auch gehört, daß wir Europäer – und wenn es gewünscht wird, auch im atlantischen Rahmen – zu einer verstärkten Zusammenarbeit kommen, wirtschaftlich, wissenschaftlich, technologisch, sozial . . .“[17]) Das Gewicht in einem solchen internationalen Entwicklungsring bestimmt sich aber nach der ökonomischen und politisch-militärischen Kraft eines Landes. Da letztlich die militärischen und anderen staatlich organisierten Forschungsergebnisse der nationalen Industrie zur Verfügung gestellt werden sollen, hat das Kapital der BRD auch aus diesem Grunde ein vitales Interesse an ökonomischer und militärischer Stärke, um sie auf diesem Sektor zu seinen Gunsten in die Waagschale werfen zu können.

Die entscheidende Bedeutung aber erhält der Rüstungs- und Militärapparat für die kapitalistische Gesellschaft aus dem ganz banalen Grund, daß sie als terroristische Repressionsinstrumente eingesetzt werden können, wenn die kapitalistische Herrschaft bedroht wird. Dabei ist von relativ geringem Gewicht, ob die kapitalistische Herrschaft nach „innen“ oder nach „außen“ verteidigt wird; denn in einer Weltgesellschaft zählt „innen“ und „außen“ nicht mehr. Kapitalistische Herrschaft ist sowohl in Vietnam als auch – allerdings mit graduellen Unterschieden – durch soziale Kämpfe in den kapitalistischen Metropolen selbst bedroht. Der militärische Unterdrückungsapparat Westdeutschlands ist daher seinem Selbstverständnis der „Verteidigung der Freiheit“ entsprechend potentiell gegen sozialistische Länder und gegen streikende Arbeiter gerichtet.

Anforderungen der Infrastruktur

Trotz der Möglichkeit, durch verstärkte Rüstungsausgaben der Lösung grundlegender gesellschaftlicher Probleme auszuweichen, wird es notwendig, gewisse Mindestanforderungen an volkswirtschaftlicher Infrastruktur zu erfüllen, die Wachstumsfaktoren also selbst zu entwickeln. Denn nur dann läßt sich der langfristige Trend, von dem eingangs die Rede war, überhaupt vom Wachstumspotential her einhalten. „Im Interesse einer gleichgewichtigen Entwicklung“, so heißt es im Finanzgutachten, „müssen deshalb die privaten Investitionen stets in ausreichendem Maße durch öffentliche Investitionen ergänzt werden.“[18]) Das Jahresgutachten 1966/67 des Sachverständigenrates schätzt, daß im Zeitraum 1966/70 für Infrastrukturmaßnahmen – Bildungswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, Verkehr, Verbesserung des Lebensmilieus der Bevölkerung u. ä. – bestenfalls 180 Mrd DM zur Verfügung stehen können. Stellt man diesem Betrag die Anforderungen an Maßnahmen zur Entwicklung der Infrastruktur gegenüber, so zeigt sich, „wie groß die Diskrepanz zwischen den vorliegenden Plänen und dem ist, was allenfalls realisierbar erscheint.“[19]) Dem kann, so folgert das Jahresgutachten, auf drei Arten begegnet werden: erstens können die Anforderungen gekürzt, zweitens kann an anderen Stellen des Staatshaushalts gespart werden, um Finanzen für die Infrastruktur freizubekommen, drittens könnte der Anteil des Staats am Sozialprodukt durch höhere Steuern erhöht werden.

Einen ungefähren Überblick über die finanziellen Anforderungen, die die Entwicklung der Infrastruktur stellt, vermittelt folgende Tabelle:

„Bedarfsfeststellungen" für Infrastrukturverbesserungen x)

Bereich bzw. Programm	Durchführungszeit	Mrd DM
1. Bildungswesen		
Wissenschaftliche Forschung	1966—1968	20,0—23,0
Wissenschaftliche Hochschulen	1966—1975	20,0
Schulen, einschließlich berufsbildende und Ingenieurschulen	1966—1975	30,9 xx)
Kunst- und Kulturpflege	1962—1970	1,2
Bildungswesen in Hessen	1965—1975	4,5
2. Gesundheitswesen und Sozialwesen		
Einrichtungen der Altenhilfe, Jugendhilfe, Krankenanstalten und Sportanlagen	1966—1975	20,1
Altersheimwesen	1964—1975	3,9
Sportwesen (Sportstättenbau, reine Baukosten)	1962—1970	6,3
Gesundheitswesen in Hessen	1965—1975	1,1
3. Verkehrswesen		
Fernstraßenprogramm	1966—1990	100,0
Nahverkehrsplan	1967—1976	83,1
Straßenbau, ruhender Verkehr, öffentlicher Nahverkehr	1965—1975	99,3
Deutsche Bundesbahn	1966—1970	14,9
Fernmeldewesen	— — —	24,0
Verkehrswesen in Hessen	1965—1975	6,1
4. Sonstige kommunale Investitionen		
Wirtschaftliche Unternehmen einschließlich des öffentlichen Nahverkehrs	1966—1975	27,6
Müllbeseitigung und Abwasserwirtschaft	1966—1975	19,1
Sonstige Verwaltungszweige der Gemeinden und Gemeindeverbände	1966—1975	61,0
Wasserwirtschaft in Hessen	1965—1975	8,3

x) Quelle: Jahresgutachten 1966/67, S. 279; Quellenverweise der einzelnen Zahlenangaben sind hier nicht wiedergegeben. Eine Addition der einzelnen Beträge ist nicht möglich, da die Angaben von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehen, die Zeiträume unterschiedlich lang sind und Überschneidungen enthalten sind.

xx) Die Schätzung des Deutschen Städtetages für den gleichen Bereich beläuft sich auf 44,9 Mrd DM.

Die Aufbringung und Verausgabung solcher Beträge für Infrastruktur ist innerhalb des überkommenen Rahmens der „marktwirtschaftlichen Ordnung" nicht mehr möglich. Der ehemalige Bundeskanzler Erhard hat daher als Ausweg die Bildung eines deutschen „Gemeinschaftswerks" vorgeschlagen, für das jährlich 1 Prozent des Sozialprodukts – also etwa 4 bis 5 Mrd DM – aufzubringen und dessen Mittel für besonders wichtige Projekte auszugeben wären. Erhard und seine Ideologen hatten einigermaßen klar erkannt, daß für regelmäßige staatliche „Sozialinvestitionen" in Größenordnungen von einigen Milliarden (beim Gemeinschaftswerk) oder gar einigen hundert Milliarden Mark (wenn die wichtigsten Anforderungen bezüglich der Infrastruktur erfüllt würden) Interventionen notwendig werden, die der gesellschaftspolitischen Absicherung gegen „Gruppeninteressen" bedürfen. Die Konzeptionen der „Great Society" in den USA und der „formierten Gesellschaft" in der BRD haben zweifellos auch diesen Zweck neben anderen: Das langfristige Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft durch Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft und anderer Bereiche gesellschaftlicher Infrastruktur zu gewährleisten, gefährliche Konfliktherde (etwa repräsentiert durch den Gegensatz Armut–Reichtum in den USA oder größere Arbeitslosigkeit in der

BRD) durch Indoktrination oder direkte Gewalt einzudämmen und die sich mit der Entwicklung von Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft und Infrastruktur entfaltenden befreienden Wirkungen des wirtschaftlichen Fortschritts repressiv umzumünzen durch Formierung aller gesellschaftlichen Gruppen hinter den Zielen kapitalistischer Expansion.

Der Staat als Stabilisierungsfaktor

Zu den bisher abgeleiteten Wachstumsschwierigkeiten wegen der Ausschöpfung wesentlicher Wachstumsressourcen kommen noch die Probleme der mit der kapitalistischen Expansion verbundenen Monopolisierung der Volkswirtschaft. „Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion (macht) eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittelst progressiver Akkumulation . . . Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!"[20]) Dieser Mechanismus konkretisiert sich als Zentralisation und Konzentration des Kapitals und führt dazu, daß im hochentwickelten Kapitalismus in der Regel nur wenige Konzerne den Markt beherrschen. In der BRD wuchs der Umsatzanteil der zehn größten Unternehmen von 1954 bis 1960 beispielsweise in der Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie von 72,6 auf 91,5 Prozent, in der tabakverarbeitenden Industrie von 68,8 auf 84,5 Prozent, in der Kautschuk- und Asbestindustrie von 59,7 auf 67,0 Prozent, in der chemischen Industrie von 37,5 auf 40,6 Prozent usw. Der Umsatzanteil der 100 größten Konzerne am gesamten Industrieumsatz der BRD stieg im gleichen Zeitraum von 33,6 auf 38,8 Prozent, und der Anteil am Gesamtexport erhöhte sich von 40 auf 50 Prozent[21]). Die Konzentration war demnach bereits in den frühen 50er Jahren zu Beginn der Rekonstruktionsperiode sehr hoch; aber sie hat sich im Verlauf des „Wirtschaftswunders" verstärkt.

Preis- oder Leistungswettbewerb sind in einer hochkonzentrierten, obligopolisierten Wirtschaft, in der der „tatsächliche Kapitalist nicht der individuelle Geschäftsmann, sondern der Konzern"[22]) ist, weitgehend ausgeschaltet. Produktivitätsfortschritte werden nicht in Form von Preissenkungen und Qualitätsverbesserungen an die Konsumenten weitergegeben, wie manche idyllische Vorstellungen vom Wettbewerb meinen, sondern bleiben in Form steigender Profite bei der Gesellschaft. Da bei Preiskämpfen auf überschaubaren oligopolistischen Märkten am Ende alle beteiligten Konzerne schlechter dastehen würden als vorher, wird Preiswettkampf in der Regel vermieden, und die Tendenz des Preisniveaus nach oben wird zur typischen Erscheinung[23]). Wenn auch Preiswettbewerb weitgehend ausgeschaltet ist, so bleibt doch für den kapitalistischen Markt die Konkurrenz als Wesensmerkmal erhalten. Das Wertgesetz funktioniert in anderer Form weiter; die Spontaneität kapitalistischer Entwicklung wirkt auch im Monopolkapitalismus. Wenn aber der Leistungswettbewerb als Korrektiv der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr reibungslos funktioniert und das System sich nicht selbstregulierend zu einem stabilen Gleichgewichtszustand einschwingen kann, dann wird der Staat immer mehr zum unabdingbaren Stabilisierungsfaktor der Wirtschaft.

Jetzt wird ein wichtiger Zusammenhang deutlich: Der Staat muß immer mehr als Stabilisierungsfaktor in die Wirtschaft eingreifen, je unelastischer der Produktionsapparat auf sich ändernde Situationen reagiert. Die steigende Unelastizität der westdeutschen Wirtschaft hat dabei zwei Ursachen: erstens die Begrenztheit der Wachstumsressourcen und zweitens den gestiegenen Monopolisierungsgrad der Volkswirtschaft, der eine Selbstregelung der Volkswirtschaft durch den Marktmechanismus immer mehr zur Ausnahmeerscheinung in Randbereichen macht.

Hier ergibt sich aber ein circulus vitiosus, der mit herkömmlichen wirtschaftspolitischen Instrumenten nicht mehr zu durchbrechen ist. Monopolisierung der Volkswirtschaft und vor allem die weitgehende Ausschöpfung der Wachstumsressourcen haben eine permanent sinkende Wachstumsrate zum Ergebnis. Für das Jahr 1967 rechnet das Ifo-

Institut in München mit Raten von 2,3 bis 2,9 Prozent[24]). Wenn auch darin bereits die verschlechterten konjunkturellen Aussichten enthalten sind, so deuten doch alle volkswirtschaftlichen Parameter darauf hin, daß Steigerungssätze wie in den 50er Jahren von der westdeutschen Wirtschaft nicht mehr erreicht werden können. Der Sachverständigenrat geht von einer sehr günstigen Schätzung des Wachstums des Sozialprodukts von 5 Prozent jährlich aus. Diese Rate liegt aber unter derjenigen der 50er Jahre und dürfte trotzdem zu hoch gegriffen sein.
Die verringerten volkswirtschaftlichen Wachstumsraten schlagen sich in – gemessen an den wachsenden Aufgaben, von denen die Rede war, wohlgemerkt! – verringerten Einnahmen der öffentlichen Haushalte nieder, so daß in einer ökonomischen Situation, in der die Elastizität des Produktionsapparats nur durch verstärkte öffentliche Investitionen in die Bereiche der Infrastruktur wiedergewonnen werden kann, die finanziellen Mittel für diese Investitionen sich gerade – relativ gesehen – verringert haben. Die mittelfristige Finanzvorschau der Regierung Erhard rechnete bis 1970 mit Defiziten in einer Gesamthöhe von mehr als 30 Mrd DM. Solche Defizite kann sich der Staat auf die Dauer nicht leisten; denn einmal wird die Finanzierung von Defiziten dieser Größenordnung immer schwieriger je länger sie dauern (es sei denn, die entsprechenden Inflationsraten werden in Kauf genommen), und zum andern ist die volkswirtschaftliche Wirkung der Defizite zu ungewiß, da sie als spontane Ergebnisse nicht „Hand in Hand gehen mit einer wachstumsfördernden Änderung der Ausgabenstruktur"[25]). Die alte Regierung unter Erhard hat daher versucht, die Defizite durch Kürzung der Ausgaben (hauptsächlich für soziale Zwecke) und Erhöhung der Steuern, also durch ein moderiertes Austerity-Programm, zu beseitigen. Die Regierung Erhard war aber zur Durchsetzung eines solchen Programms zu schwach. Eine Austerity-Politik erfordert die Integration der wichtigen gesellschaftlichen Interessen und deren Formierung zur Durchsetzung eines solchen Programms.
Es ist daher kein Zufall, wenn die Regierung Erhard gerade wegen ihrer Haushaltspolitik gestürzt worden ist und die neue Regierung der Großen Koalition als ihre Hauptaufgabe die „Ordnung der öffentlichen Finanzen" bezeichnet. Die Große Koalition hat erklärtermaßen neben anderen auch den Zweck, nach Erhards Maßhalteappellen das Maßhalten von der Bevölkerung tatsächlich praktizieren zu lassen. Das „starke" Gespann Karl Schiller (SPD) als Wirtschaftsminister und Franz Josef Strauß (CSU) als Finanzminister soll dabei ein Sparprogramm auch personell gewährleisten. Hier wird die „formierte Gesellschaft", von der Erhard in Form einer zukünftigen Harmonie der Interessen geträumt hatte, bereits praktiziert.
Die Formierung der Gesellschaft vollzieht sich bereits als Prozeß, solange die BRD existiert. Wenn Erhard und die CDU trotz dieses Prozeßcharakters die „formierte Gesellschaft" noch forderten, so war diese Forderung letztlich Ausdruck eines Mangels an Formierung der Gesellschaft für die Kapitalinteressen. Die Bildung der Großen Koalition und die gewerkschaftlichen Versprechen, diese Große Koalition zu unterstützen, stellen einen Höhepunkt an Integration in der BRD dar. In der Regierungserklärung Kiesingers konnte jeder Hinweis auf eine „formierte Gesellschaft" fehlen; der Mangel an Formierung in der BRD erscheint v o r l ä u f i g als behoben.

Das Stabilisierungsgesetz

Der bürgerliche Staat unternimmt die Aufwendungen zur Entwicklung der Qualifikationsstruktur und der Infrastruktur nicht etwa, um gesellschaftlichen und individuellen Wohlstand zu erhöhen, die Befriedigungsmöglichkeiten individueller und kollektiver Bedürfnisse zu verbessern oder eine langfristig gesicherte existenzielle Basis aller Bürger zu ermöglichen, sondern im wesentlichen deshalb, um die Akkumulationsmöglichkeiten des privaten Kapitals zu stützen. Wenn die Investitionen in private Produktionssphären ihre Eigenschaft als unabhängige Wachstumsfaktoren immer mehr verlieren und eher in Höhe und Richtung abhängig sind von der Qualifikationsstruktur der vorhandenen Arbeitskraft und der Infrastruktur, verlieren die Entscheidungen des privaten Kapitals ihren determinierenden Charakter in bezug auf wirtschaftliches Wachstum. Die wirt-

schaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsstruktur wird dann immer mehr von staatlichen Entscheidungen, vor allem von staatlichen Investitionen zur Bewahrung oder Schaffung privater Akkumulationsgelegenheiten bestimmt.
Diese Tendenz, als Erfordernis für „stetiges Wachstum" (wie in fast allen Regierungsverlautbarungen) interpretiert, stößt aber auf einen grundlegenden Widerspruch; nämlich den zwischen Konjunktur und Wachstum, wie er auch im Stabilisierungsgesetzentwurf[26]) manifest wird. Mit diesem Gesetz soll der Bundesregierung ein Instrumentarium in die Hand gegeben werden, das es ihr gestattet, wirksame antizyklische Politik zu treiben. Dazu sollen die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) eine solche Haushaltspolitik treiben, daß sie „den konjunkturpolitischen Erfordernissen entspricht" (§§ 11,12, Abs. 1). Das bedeutet aber, daß auch die öffentlichen Investitionen den konjunkturpolitischen Erfordernissen untergeordnet werden müssen. Immerhin betrug der Anteil der öffentlichen Haushalte an den Bruttoanlageinvestitionen 1965 16,9 Prozent und der Anteil an den Bauinvestitionen 28,9 Prozent. In der Begründung des Stabilisierungsgesetzentwurfs durch die Bundesregierung Erhard heißt es daher: „Diesen Gegebenheiten entsprechend kann sich die Steuerung der öffentlichen Investitionen nicht auf diejenigen des Bundeshaushalts beschränken, sondern muß alle öffentlichen Haushalte erfassen."[27]) Denn der Anteil von Ländern und Gemeinden an den Sachinvestitionen beträgt etwa 80 Prozent, das sind ca. 13 bis 14 Prozent des gesamten Volumens der Brutto-Anlageninvestitionen. Werden diese Investitionen aber relativ kurzfristigen konjunkturpolitischen Erfordernissen unterworfen, dann können die langfristigen wachstumspolitisch notwendigen Investitionen insbesondere auf Gemeindeebene – denn dort werden Schulen, Straßen, Sozialeinrichtungen errichtet! – darunter leiden. Dieser Widerspruch ist für die kapitalistische Wirtschaft nicht ohne weiteres lösbar; erst recht aber dann nicht, wenn „mit der Weiterentwicklung des konjunkturpolitischen Instrumentariums . . . eine Prädominanz des Staates, etwa im Sinne einer Planifikation, nicht verbunden"[27a]) sein soll. Auch die staatliche Planifikation kann die bisher gezeigten grundsätzlichen Probleme des Kapitalismus nicht lösen, sie könnte aber den Widerspruch zwischen Konjunktur und Wachstum mildern.

Staat und privates Interesse

Der Staat im Kapitalismus nimmt – gleichgültig in welcher Form er in die Ökonomie regelnd oder steuernd eingreift – letztlich private Interessen wahr. Das gilt selbst dann, wenn der bürgerliche Staat in der politischen Herrschaftsausübung so weit sich von den Interessenkomplexen der bürgerlichen Gesellschaft abstrahiert, daß er sich gegen die Gesellschaft wendet. Denn der bürgerliche Staat wendet sich schließlich nicht gegen die Gesellschaft, um sie als bürgerlich-kapitalistische aufzuheben, sondern um ihre Weiterexistenz zu sichern, um ihre ökonomische Basis: den Komplex kapitalistische Produktionsweise, nicht nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln, zu bewahren. Der bürgerliche Staat spielt immer noch und sehr viel klarer als am Ausgang des 19. Jahrhunderts die von Friedrich Engels beschriebene Rolle des „ideellen Gesamtkapitalisten", „um die äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten"[28]). Allerdings ist die Herrschaftsausübung gegen die bürgerliche Gesellschaft nur eine Tendenz, die sich erst im Faschismus voll entfaltet. In der Regel stützt der Staat diejenigen privaten Interessen, die sich durchzusetzen in der Lage sind, die also am meisten ökonomische Macht akkumuliert haben. Monopolisierung der Wirtschaft bedeutet daher auch, daß der Staat zum Staat des Monopolkapitals wird. Das gilt selbst dann, wenn der Staat sich gegen „Gruppeninteressen" – auch die des Monopolkapitals – stark zu machen versucht als „über den Parteien stehend", als „gesamtgesellschaftlicher Interessenwahrer", als „Garant des Gemeinwohls". Denn indem der Staat gesellschaftliche Interessen auch gegen private Interessen der Gesellschaft durchsetzt, dient er zugleich monopolkapitalistischen Interessen, da die ökonomische Basis der Gesellschaft das Monopolkapital ist.
Der Staat ist bestrebt, solche Interessen, die dem Kapitalinteresse entgegenstehen – also hauptsächlich die Interessen der Arbeiter und mancher Intellektuellenschichten –

entweder zu integrieren, d. h. zur Aufgabe selbständiger persönlicher und kollektiver Interessen zu bringen und hinter der vom bürgerlichen Staat definierten Zielstellung zu formieren oder aber, wenn „freiwillige" Integration nicht gelingt, zu unterdrücken. Der bürgerliche Staat schwankt folglich ständig zwischen offener und nicht-offener Repression (wobei die Art der Repression weitgehend von der ökonomischen Situation abhängig ist). „Es ist der Liberalismus selbst, der den total-autoritären Staat aus sich ‚erzeugt': als seine eigene Vollendung auf einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung. Der total-autoritäre Staat bringt die dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus entsprechende Organisation und Theorie der Gesellschaft."[29]) Diese Gesellschaftstheorie liefern die Ideologen der „formierten Gesellschaft", in der genau diese Spannung zwischen offener (terroristischer) und nicht-offener (integrativer) staatlicher Repression enthalten ist. Es sei wegen der Prägnanz seiner Ausführungen Martin Draht zitiert: „Diese Gesellschaft bedarf nicht nur einer Koordination des Verhaltens der Gruppenglieder, sei es durch direkte Normierung, sei es durch Beeinflussung der Ausgangspositionen und Erwartungsmöglichkeiten ihres ‚freien' Verhaltens. Ihr dynamischer Wandel erfordert darüber hinaus – anders als in einer statischen, traditional geordneten Gesellschaft – einen auf ihre Regulierungsbedürfnisse zugeschnittenen besonderen Ordnungsfaktor..."[30]). Der Staat soll daher für ein „Leitsystem der Motivationen" sorgen, um seine „Legitimität" immer wieder herzustellen. „Legitimität ist keine objektive ‚Eigenschaft' des Staates, sondern ein Werturteil der Gruppenglieder, Ausdruck ihres Integrations‚zustands'. Da dieser nicht stabil ist, sondern fortlaufend erzeugt werden muß, wird auch die Legitimität nur bejaht, wenn die Integrierung über einen längeren Zeitraum hinweg im wesentlichen gelungen ist... Als ‚Integration' bezeichnet man ein Ergebnis der inneren Politik, bei dem sozialpsychologisch eine wenigstens die Fundamente bejahende Übereinstimmung der in der Industriegesellschaft lebenden, staatlich organisierten Großgruppe erreicht wird (‚Konsensus')."[31]) Normierung des einzelnen und Integration der Verbände zur Transmission der Normen, damit die vom bürgerlichen Staat definierte Rolle richtig gespielt werden kann, ist gleichbedeutend mit gelungener Formierung der Gesellschaft. Aber man weiß, daß es in einem Klassenstaat die Möglichkeit der Revolution gibt; denn die „Legitimität" des Staats für die eine Klasse ist die „Illegitimität" des Staats für die andere. Davor muß der Staat sich durch seine „Schutzorgane" schützen können[32]). „Die staatlichen Entscheidungen werden stets von relativ wenigen gefällt. Zu ihrer sozialen Wirksamkeit bedarf es des Gehorsams, zunächst in dem weiteren ‚Herrschaftsapparat'..., dann in der ganzen beherrschten Gruppe. Der Staat ist... potentiell ‚total'; er muß nämlich abstrakt in der Lage sein, alle von ihm selbst als sozial relevant betrachteten Probleme aufzugreifen und zu ordnen..."[33]) Formierte Gesellschaft, in der noch die Aufgabe eigener Interessen auf „Freiwilligkeit" abgestellt ist (weshalb auch die Formierungsideologen ein gewisses Recht haben, dabei von einem „neuen Stadium der Demokratie" zu sprechen), und Notstandsgesetze, die die potentielle Totalität des Staats sicherstellen, von da aus den Übergang zum autoritären Staat realistisch erscheinen lassen und deshalb der „freiwilligen" Integration nachhelfen, sind als eine Einheit zu begreifen.

Wenn die Arbeiterklasse und ihre Organisationen – wie in der BRD weitgehend der Fall ist – die Perspektive über die kapitalistische Gesellschaft hinaus verloren haben, sind sie nur allzu gern bereit, sich den als „objektiv" erscheinenden Notwendigkeiten im Interesse eines abstrakten „Gesamtwohls" zu unterwerfen. Der Staat und seine Aktionen sind dann für sie „legitim" und nicht „illegitim", um Martin Drahts Formierungskategorien zu gebrauchen. Die gesellschaftliche Institution „Staat" nimmt im technisch hochentwickelten Monopolkapitalismus immer mehr die Funktion auf sich, privaten Vollzug der Produktion auf einem Entwicklungsstand zu sichern, auf dem er bereits überlebt ist. Die Arbeiterklasse steht dann vor der Alternative, entweder die kapitalistische Produktionsweise zu bekämpfen und endlich aufzuheben oder aber sich ihren Gesetzmäßigkeiten anzupassen. Diese Alternative wird immer deutlicher, je weniger es den herrschenden Kreisen möglich ist, bestehende Interessengegensätze

durch hohe alljährliche Einkommenzuwächse zu überdecken und den „Rückzug" des Individuums auf eine scheinbar herrschafts- und politikfreie Insel zu gestatten.

„Lohnleitlinien"

Ein moderiertes Austerity-Programm, um notwendig erscheinende wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Ankurbelung des Wachstums finanziell ermöglichen zu können und das Stabilisierungsgesetz, um wirtschaftspolitische Eingriffe in den Konjunktur- und Wachstumsprozeß direkt ausführen zu können; die gesellschaftspolitische Absicherung eines solchen Programms durch Integrationsversuche aller gesellschaftlich relevanten Interessen und Stärkung der zentralen Exekutive durch Abbau föderalistischer Strukturen und parlamentarisch-demokratischer Positionen – das sind die Säulen der „neuen Wirtschaftspolitik" in Westdeutschland, wie sie die Große Koalition durchzuführen gedenkt. Aber eine solche Wirtschaftspolitik ist nach Ansicht des Wirtschaftsministers Karl Schiller „ein Tisch mit zwei Beinen, und er muß umfallen. Es fehlt zum mindesten das dritte Bein, die Einkommenspolitik."[34]) Wenn Wirtschaftswachstum in der kapitalistischen Gesellschaft hauptsächlich von den Dispositionen der individuellen Kapitalisten abhängig ist, dann muß ihnen eine solche Situation geschaffen werden, daß sie geneigt sind, die notwendigen wachstumspolitischen Entscheidungen zu treffen und auszuführen, also den Akkumulationsprozeß ohne Unterbrechungen in Gang zu halten. Dazu gehören aber mindestens zwei Bedingungen: erstens müssen Profitmöglichkeiten geschaffen bzw. erhalten und zweitens müssen „möglichst stabile Erwartungen für eine möglichst lange Zeit"[35]) in bezug auf die Profite möglich werden. Eine klare Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Staats im langfristigen Interesse des Kapitals ist eine notwendige Voraussetzung dazu; die andere notwendige Voraussetzung ist die Stabilisierung der Kosten. Da 70 Prozent der gesamtwirtschaftlichten Faktorkosten Löhne und Gehälter sind, bedeutet das „Stabilisierung" der Masseneinkommen.

Der Staat wiederum braucht die Möglichkeit der Beschränkung von Masseneinkommen, um die bisher von der Zentralbank geübte restriktive Kreditpolitik aufgeben zu können. Sie wurde nämlich im Verlauf des Jahres 1966 zunehmend problematisch, „da sie überweigend die Investitionsneigung trifft und damit die Möglichkeiten zur langfristigen Produktivitäts- und Kapazitätssteigerung verringert. Der Konflikt zwischen kurzfristiger Konjunkturpolitik und längerfristiger Wachstumspolitik verschärft sich also."[36]) Dieser Konflikt soll nun dadurch gelöst werden, daß eine Expansion der Nachfrage zur Ankurbelung der Wirtschaft ohne wesentliche Preissteigerungen ermöglicht werden soll. Die Einkommenspolitik ist dabei das beste Werkzeug, um die Masseneinkommen als Kostenfaktoren und als Faktoren der Konsumnachfrage – es soll ja vor allem die Investitionsnachfrage angekurbelt werden – zu begrenzen.

Einkommenspolitik wird zu einem probaten Mittel, um den kapitalistischen Widersprüchen zwischen Wachstum und Preisstabilität auszuweichen[37]). Preisstabilität ist notwendig, um Disproportionen zu vermeiden und die Position auf dem Weltmarkt zu festigen. Möglichst schnelles Wachstum muß erzielt werden, weil nur in einer wachsenden Wirtschaft die Realisation der Profite gelingen kann. Für die BRD spielt aber noch ein anderer Faktor eine ebenso wichtige Rolle. „Für unser eigenes Land", so formulierte es der ehemalige Wirtschaftsminister Kurt Schmücker, „erkennen wir fast jeden Tag aufs neue, daß Deutschlands Stärke in seiner Wirtschaft liegt. Entsprechend sollten wir handeln. Nur mit einer starken Wirtschaft, die Stabilität und Fortschritt sichert, können wir Politik machen."[38]) Die Basis für eine aggressive Politik gegenüber der DDR, für territoriale Forderungen gegenüber Polen, der CSSR und der Sowjetunion und für die politischen und militärischen Verpflichtungen an der Seite der USA ist eine starke Wirtschaft. Weil die Anforderungen einer aggressiven Politik an die Wirtschaft sehr viel kosten (als Militärausgaben, „Entwicklungshilfe", Devisenausgleichszahlungen usw.), weil Positionen auf dem Weltmarkt gehalten oder erobert werden müssen, ist es für die BRD doppelt wichtig, stetiges und schnelles Wirtschaftswachstum zu organisieren. Ökonomische Einbrüche, „Gesundschrumpfen in der Krise",

eine „moderierte Rezession" kann die herrschende Klasse nicht gebrauchen, auch wenn davon geredet wird.
Um Wachstum und Preisstabilität zu vereinen, werden sowohl vom „Sachverständigenrat" als auch von Regierung und anderen Institutionen eine „Einkommenspolitik der leichten Hand" (Karl Schiller) bzw. „Lohnleitlinien" gefordert. In der Regierungserklärung des Kanzlers Kiesinger heißt es dazu: „Stabilität im Wachstum kann ... nur dann gesichert werden, wenn ein enges Zusammengehen mit den autonomen Tarifvertragspartnern zustande kommt. Der Spielraum der Expansionspolitik hängt entscheidend von dem Erfolg einer freiwilligen und gemeinsamen Aktion der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu einem stabilitätsgerechten Verhalten im Aufschwung ab."[39]) Hier ist noch alles auf „freiwillige" Zusammenarbeit abgestellt. In Karl Schillers Konzeption der „mündigen Gesellschaft" wird auf die Einsicht der Beteiligten vertraut. Man versucht, Gewerkschaften und Unternehmer in Gesprächen zu „stabilitätskonformem" Verhalten zu bringen. Aber der drohende Unterton ist in sehr vielen offiziellen Verlautbarungen nicht mehr zu überhören; wenn die „freiwillige" Zusammenarbeit nicht so funktionieren sollte, wie es im Interesse des kapitalistischen Wachstums notwendig ist, dann kann aus der „Freiwilligkeit" sehr leicht offener Zwang werden. Die Notstandsgesetze zur Legalisierung von Zwang liegen bereit, zu einem Teil sind sie bereits verabschiedet.
Allerdings ist die angestrebte Kombination von Wachstums- und Einkommenspolitik durch den westdeutschen Staat durchaus keine Garantie dafür, aus der „Talsohle der Konjunktur" (Karl Schiller), die mit über 700 000 Arbeitslosen im Frühjahr 1967 erwartet wird, herauszukommen. Die grundlegenden Wachstumsschwierigkeiten der BRD-Wirtschaft und die Probleme, die von der verstärkten Monopolisierung der Wirtschaft herrühren, sind nicht mit den von der Regierung geplanten Methoden zu lösen. Die Probleme lassen sich allenfalls zeitlich verschieben oder von der Ökonomie auf andere gesellschaftliche Bereiche – z. B. durch Abbau demokratischer Restbestände – übertragen. Daher wäre es nicht richtig und würde an ökonomische Astrologie grenzen, wenn für die nächste Zukunft eine große Wirtschaftskrise vorausgesagt würde; sie kann aber auf der anderen Seite nicht aus den theoretischen, strategischen und taktischen Überlegungen der Linken ausgeschlossen werden. Eine große Wirtschaftskrise ist möglich. Der Mythos des Wirtschaftswunders ist kläglich zusammengebrochen. Der Sturz Erhards ist dafür nur ein deutliches Anzeichen. Für die Linke in der BRD kommt es jetzt noch mehr als in der Vergangenheit darauf an, sich als außerparlamentarische Opposition mit sozialistischen Zielsetzungen und gegen die beabsichtigten Repressionsmaßnahmen des bürgerlichen Staats zu organisieren.

Zusammenfassung

In diesem Beitrag ist eine Analyse der ökonomischen Probleme der zweiten Hälfte der 60er Jahre versucht worden. Dabei ist als Ergebnis festzuhalten, daß die sich zur Zeit abzeichnende konjunkturelle Krise nicht mehr wie in den Konjunkturzyklen der 50er Jahre eine zeitweise Verringerung eines steil aufwärts weisenden Wachstumstrends, sondern als erster Ausdruck einer tiefgreifenden Strukturkrise zu werten ist. Diese Strukturkrise – so wurde gezeigt – ist Konsequenz einer weitgehenden Ausschöpfung des Wachstumspotentials der westdeutschen Volkswirtschaft, wobei als bedeutendster wachstumslimitierender Faktor die Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft herausgestellt wurde. Zusammen mit der Monopolisierungstendenz der Volkswirtschaft und den konjunkturellen Schwierigkeiten – der unmittelbare, kurzfristige Ausdruck dieser strukturellen Probleme – entwickelt sich eine Lage, auf die der Staat mit einem „neuen Leitungsmodell" der Volkswirtschaft zu antworten versucht. Daraus ergeben sich aber wesentliche politische und soziale Konsequenzen, die neue Antworten der Arbeiterklasse erfordern.
Es ist in diesem Beitrag weitgehend von außenwirtschaftlichen Problemen – insbesondere in bezug auf die EWG und das Weltwährungsproblem[40]) – abstrahiert worden. Die Analyse dieser Probleme speziell für Westdeutschland muß noch geleistet werden.

Anmerkungen

[1] Dem steht nicht entgegen, daß viele größere Unternehmen noch niemals zuvor so hohe Mittel für die Aus- und Weiterbildung ihrer Beschäftigten entsprechend den technologischen Erfordernissen des Produktionsprozesses organisiert haben wie heute. Das ist aber nur eine Antwort auf das gesellschaftliche Versagen auf dem Sektor Bildungswesen. Die betrieblichen Maßnahmen können die mangelnde gesellschaftliche Bildungspolitik nicht ersetzen. Denn erstens sind diese Maßnahmen nur partiell, zweitens sind sie an mikrorationellen Kriterien orientiert, so daß ihr volkswirtschaftlicher Effekt sich nur in Form von spontanen „external economies" niederschlägt, und drittens sind die dabei vermittelten Bildungsinhalte regelmäßig nicht geeignet, um die Selbständigkeit der Arbeitskraft so zu erhöhen, daß sie selbständig den Erfordernissen des Produktionsprozesses sich anpassen oder gar den Produktionsprozeß selbständig gestalten kann.

[2] Radovan Richta, Social and Human Implications of the Scientifical and Technical Revolution (Manuskript) Praha 1966, Kurzfassung (deutsch: Wissenschaft – Technik – Sozialismus) in „Weg und Ziel" (Wien) Oktober 1966, S. 519 ff.

[3] Franz Jánossy, Am Ende der Wirtschaftswunder – Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, Budapest 1966 (Manuskript, erscheint März 1967 im Europaverlag, Wien), S. 8. Die spezielle Analyse der Rekonstruktionsperiode in der BRD wird von Jánossy S. 29ff geleistet.

a) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 1966. Dabei ist weiterhin zu beachten, daß die Kapitalanforderungen wegen des in der BRD langfristig steigenden marginalen Kapitalkoeffizienten laufend ansteigen.

[4] Die BRD braucht einen Ausfuhrüberschuß von etwa 8 Mrd DM, um die zahlreichen Defizitpositionen der Zahlungsbilanz ausgleichen zu können. Daraus ergibt sich aus außenwirtschaftlichen Gründen eine Notwendigkeit zur „Eindämmung der Kosteninflation". Vgl. Monatsberichte der deutschen Bundesbank, Oktober 1966, S. 5.

[5] Zahlen nach Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1966/67 „Expansion und Stabilität", Stuttgart und Mainz 1966, S. 3, im folgenden zitiert als JG 66/67.

[6] JG 66/67, Ziff. 48 und 51.

[7] Neue Zürcher Zeitung, 6. August 1966.

[8] Vgl. auch John Kenneth Galbraith, Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich 1959. In dieser Einheit von Überakkumulation und Unterkonsumtion kulminieren auch die im Verlauf kapitalistischer Entwicklung sich ergebenden Disproportionalitäten zwischen Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrien. Solche Disproportionen lassen sich auch für die BRD nachweisen.

a) Wirtschaftsminister Schiller hält in einem Spiegel-Interview (9. Januar 1967) als Unternehmerreaktion auf eine Lockerung der Kreditbremsen auch die Reaktion für möglich: „Die Pferde sind ins Wasser geführt, aber sie saufen nicht."

[9] Vgl. dazu Maurice Dobb, Der Kapitalismus zwischen den Kriegen in: Organisierter Kapitalismus, fünf Beiträge zur politischen Ökonomie, edition suhrkamp, Bd. 166, Frankfurt/M. 1966, S. 74ff; Adolf Kozlik, Der Vergeudungskapitalismus – Das amerikanische Wirtschaftswunder, Wien/Frankfurt/Zürich 1966, insbes. S. 305ff; vor allem auch Fred J. Cook, The Warfare State, New York/London 1962.

[10] Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Teil I, Berlin 1956, S. 130n.

[11] John Maynard Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1964 (Papermac), S. 131.

[12] Als dritte Möglichkeit wäre eine steigende Außenhandelsnachfrage zu verzeichnen. In den Konjunkturzyklen der Vergangenheit hat gerade dieser Faktor als Konjunkturstimulus eine entscheidende Rolle gespielt. Vgl. JG 66/67, S. 16 (Tabelle 4).

[13] Die BRD hat in der Vergangenheit etwa 50 Prozent ihrer Rüstungsgüter im Ausland gekauft. Vgl. Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1965, S. 94. Es kann sein, daß vor einer Aufstockung der Gesamtsumme eine Umverteilung der Rüstungsausgaben auf vermehrte Inlandsbestellungen durchgeführt wird.

[14] Heinz Theo Risse, Kapitalismus und Abrüstung (I), in „atomzeitalter" 3/1964, S. 66.

[15] Zahlen nach Capital, 6/66, S. 14.

[16] Dabei spielt noch eine Rolle, daß bei Überkapazitäten insbesondere in den Produktionsgüterindustrien der Export von Rüstungsgütern eine große Bedeutung erlangen kann. In den USA ist das zweifellos der Fall; westeuropäischen Staaten fehlt die technologische und ökonomische Basis, um auf dem Rüstungssektor international konkurrieren zu können; westeuropäische Zusammenarbeit ist dafür unbedingt erforderlich. Auch aus diesem Grund erklären sich die in den letzten Jahren vermehrten Anstrengungen, zu internationaler Kooperation auf diesem Sektor zu gelangen.

[17] Zit. nach „Das Parlament", 21. 9. 66.

[18] Kommission für die Finanzreform, Gutachten über die Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Köln 1966, Ziff. 130.

[19] JG 66/67, Ziff. 146.

[20] Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1961 (10. Aufl.) S. 621 ff.

[21] Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2320. Die Konzentration drückt sich selbstverständlich nicht nur in Umsatzanteilen aus. Zu den anderen Faktoren vgl. Helmut Arndt, Die Konzentration der westdeutschen Wirtschaft, Politik in unserer Zeit, 4, Pfullingen 1966.

[22] Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, Monopoly Capital, New York and London 1966, S. 43.

[23]) Vgl. Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, a. a. O., insbes. S. 60ff, und Werner Hofmann, Die säkulare Inflation, Berlin 1962.
[24]) Wirtschaftskonjunktur, Berichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung München, 18. Jahrg. Oktober 1966.
[25]) JG 1966/67, Ziff. 140. Die Haushaltsdefizite haben natürlich nicht allein in der beschriebenen Divergenz zwischen Anforderungen und Möglichkeiten ihre Ursache. Eine wesentliche Rolle spielen auch die rüstungsökonomischen Anforderungen in der BRD.
[26]) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität, Bundesratsdrucksache 316/66.
[27]) ebenda, S. 8;
a) ebenda, S. 9.
[28]) Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring"), Berlin 1959, S. 345.
[29]) Herbert Marcuse, Kultur und Gesellschaft I, edition suhrkamp Bd. 101, Frankfurt/M. 1965, S. 32 („Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung").
[30]) Martin Draht, Der Staat der Industriegesellschaft – Entwurf einer sozialwissenschaftlichen Staatstheorie, in: Der Staat, Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte, 5. Bd. 1966, Heft 3, S. 275.
[31]) Martin Draht, a. a. O., S. 281, 277.
[32]) Martin Draht, a. a. O., S. 282.
[33]) Martin Draht, a. a. O., S. 277.
[34]) Karl Schiller im Bundestag am 14. 9. 1966, zit. nach „Das Parlament", 21. 9. 66.
[35]) JG 1966/67, Ziff. 92.
[36]) Wirtschaftskonjunktur, Oktober 1966, S. 5.
[37]) Es wird oft Stabilität und Wachstum als ein „entweder – oder" begriffen. Beispielsweise sagte Erhard in der Bundestagsdebatte vom 17. 2. 1966: „Wenn ich die Möglichkeit hätte, für das Jahr 1966 so zu steuern, daß wir weniger Wachstum aber mehr Stabilität haben, dann wäre mir das sehr viel lieber als mehr Wachstum bei steigenden Preisen." Aber im Kapitalismus kann nur dann stabiles Gleichgewicht („die Erwartungen der Unternehmer werden am Ende der Periode nicht enttäuscht") gehalten werden, wenn die Wirtschaft wächst. Es geht ihr wie dem Radfahrer, für den es auch mit abnehmender Geschwindigkeit immer schwerer wird, das Gleichgewicht zu halten. Der Widerspruch besteht letztlich nicht zwischen Stabilität und Wachstum, sondern zwischen P r e i s stabilität und Wachstum. Wenn aber wie bei Erhard (und sehr vielen anderen bürgerlichen Ökonomen) Preisstabilität für Stabilität schlechthin gesetzt wird, dann wird ein Teilaspekt zum Totalaspekt gemacht.
[38]) Kurt Schmücker, Bundestagsdebatte vom 16. 2. 1966, zit. nach „Das Parlament", 2. 3. 66.
[39]) Regierungserklärung von Bundeskanzler Kiesinger, zit. nach „Süddeutsche Zeitung", 14. Dezember 1966.
[40]) Vgl. dazu Gianni Simoni, West Germany in the Common Market, International Socialist Journal, No. 15, July 1966; Monthly Review, December 1966 „Dollar and Gold, Four Articles on monetary problems and crises of the world capitalist system"; United Nations 1965: World Economic Survey, New York 1965, insbes. S. 178ff; Economic Survey of Europe 1965 (UNO), New York 1966, Chapter II; Veröffentlichungen der EWG und OECD.

probleme sozialistischer politik

Band 3

Ernest Mandel

Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie

ca. 70 Seiten DM 3,80

erscheint Ende März 1967

Der Autor entwickelt in dieser Arbeit, die sich durch eine klare und verständliche Sprache auszeichnet, nicht nur die Grundbegriffe der marxistischen politischen Ökonomie, sondern behandelt darüber hinaus aktuelle Probleme neokapitalistischer Wirtschaftstheorie und -politik: „konzertierte Wirtschaft", „indikative Planung", Lohnleitlinien", den permanenten inflationären Trend sowie die Auswirkungen der Automation und der Rüstungsausgaben. Einbezogen sind auch die Erfahrungen, die in anderen europäischen Ländern bereits mit einer Wirtschaftspolitik gemacht wurden, die der nun von der Bundesregierung verfolgten Stabilisierungspolitik in entscheidenden Zügen entspricht.

verlag neue kritik frankfurt

Gerd Elvers

Die westdeutsche Konjunkturentwicklung

I. Die Zyklusschwankungen der westdeutschen Wirtschaft

Betrachten wir die jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes (in Preisen von 1954), ist zweierlei auffällig: Das reale Produktionsvolumen Westdeutschlands hat sich seit 1950 ständig erhöht; die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion weisen regelmäßige Schwankungen auf, die sich deutlich zu einzelnen Zyklen gruppieren lassen. Diese Wachstumszyklen reichen von 1950 bis 1954, 1955 bis 1959, 1959 bis 1963; 1963 beginnt ein neuer Boom, in dessen Auslauf sich die westdeutsche Wirtschaft heute noch befindet[1]).

	Sozialprodukt	Investitionen	Ausfuhr	
	(Jährliche Zuwachsraten in vH)			
1951	+10,9	+23,0	+65,5	
1952	+ 9,0	+14,6	+18,2	I. Zyklus
1953	+ 7,9	+13,8	+14,6	
1954	+ 7,5	+12,6	+21,3	
1955	+12,1	+24,1	+19,0	
1956	+ 6,9	+10,3	+20,5	II. Zyklus
1957	+ 5,7	+ 3,6	+19,0	
1958	+ 3,2	+ 8,5	+ 3,2	
1959	+ 7,0	+14,9	+11,8	
1960	+ 8,7	+15,6	+15,1	
1961	+ 5,6	+14,3	+ 4,6	III. Zyklus
1962	+ 4,2	+11,5	+ 4,7	
1963	+ 3,2	+ 4,8	+ 8,6	
1964	+ 7,0	+16,5	+11,8	
1965	+ 4,2	+ 8,3	+10,2	IV. Zyklus

Die Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung verlaufen innerhalb eines einzelnen Zyklus in stets gleicher Art: Den ersten beiden Jahren folgen zwei oder drei schwächere Wachstumsjahre, bis diese durch das erste Boomjahr eines neuen Zyklus abgelöst werden. Für jeden einzelnen Zyklus läßt sich nachweisen, daß der Anstoß zur Konjunkturwende von der Auslandsnachfrage ausgeht[2]).

Greifen wir zur näheren Untersuchung die Jahre des III. Zyklus (1959 bis 1963) heraus. Die beiden vorangegangenen Jahre 1957 und 1958 sind durch ein langsames Wachstum des Sozialprodukts, unausgelastete Kapazitäten, überhöhte Lagerbestände, kurzfristige Lieferfristen gekennzeichnet – Hinweise für ein Nachfragedefizit auf Grund der niedrigen Investitionsraten. Die auf der Güterseite gegebenen Zeichen der konjunkturellen Labilität, der Nichtausnutzung des potentiellen Wachstumsraumes der Wirtschaft, fanden auf der Geldseite ihre Parallelen in dem Überschuß an monetären Reserven der Banken und Nichtbanken. Als Folge des Liquiditätsüberflusses sinkt zwar 1957 der Kapitalzins, jedoch reagierten die Investoren auf die Kapitalverbilligung nicht, die internen Antriebskräfte zu einem Neuaufschwung versagten[3]).

In dieser kritischen Phase steigt die Auslandsnachfrage im Februar und März um 25 Prozent, im zweiten Quartal des Jahres 1959 um 24 Prozent, im dritten um 30 Prozent und im vierten um 41 Prozent gegenüber den gleichen Zeiträumen des Vorjahres[4]). Diese

Mehrproduktion in der Exportindustrie wirkt sich anregend auf die Produktion in den übrigen Industriezweigen aus. Die Exportkonjunktur weitet sich zur Binnenkonjunktur aus. Das hat verschiedene Ursachen.
Erstens ist die westdeutsche Wirtschaft hochgradig exportorientiert. Sie vermag einen großen Teil des Volumenzuwachses im Welthandel auf sich zu ziehen.
Zweitens ist die Exportindustrie auch in Zeiten schwächeren Wachstums der Gesamtwirtschaft (1957, 1958; 1962, 1963; bedingt auch 1954) vollbeschäftigt.
Die Exportindustrie kann die Mehraufträge von über 5 Mrd. DM (1959, 1963) nur verkraften, wenn sie brachliegende Produktionskräfte anderer Industriezweige an sich zieht, deren überschüssige Kapazitäten wieder abbaut – was sich auf die Investitionsneigung dieser Industriezweige belebend auswirken kann – oder wenn Betriebe, die bisher der Binnenproduktion dienten, sich ins Auslandsgeschäft einschalten, das höhere Profite verspricht.
Drittens: Der Anstieg der Aufträge in einem Industriebereich verbessert die Auftragslage der binnenländischen Zulieferindustrie.
Viertens: Die Produktionsbelebung in der Investitionsgüterindustrie wirkt sich auf die Lagerdispositionen des Handels und der weiterverarbeitenden Industrie aus. Da in den Stagnationsjahren (eines jeden Zyklus) die Lager weitgehend abgebaut worden sind, besteht eine latente Bereitschaft, im Fall einer Konjunkturwende spekulativ antizipative Lagerdispositionen vorzunehmen[5]).
Daß es zur weiteren Verbreiterung und Verstärkung der Investitionsnachfrage nach der erfolgten Übertragung des exogenen Anstoßes auf die binnenländischen Produktionsplanungen kommt, ist auf die Tendenz zur Selbstpotenzierung der Antriebskräfte der Binnenkonjunktur – nun losgelöst von der Außennachfrage – zurückzuführen. Der Investitionsboom als Träger der Konjunktur wird nicht allein nach der raschen Auslastung der vorhandenen Kapazitäten durch Erweiterungsinvestitionen angeheizt. Da in einer Wirtschaft mit knappen Arbeitskräften eine Expansion allein durch das Einschlagen kapitalintensiverer und zugleich arbeitssparender Investitionen möglich ist, wird der Investitionsboom zusätzlich durch den Einsatz kapitalintensiverer Produktionsweisen verstärkt. Der marginale Kapitalkoeffizient, d. h. das Verhältnis von Kapitalmehraufwand zur Produktionsausweitung, nimmt in Westdeutschland ständig zu[6]).
1960/61 (wie 1951 und 1955/56) ist der Investitionsboom voll entfacht, stößt dann aber auf die Grenzen des Wachstumspotentials der Volkswirtschaft. Die Lohnkosten steigen stark an, zugleich gehen die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Zyklen zurück, die Unternehmergewinne lassen sich auf ihrer alten Höhe, die sie zur Zeit der Boomperiode gewonnen haben, nicht mehr aufrechterhalten, die Investitionsneigung wird beeinträchtigt. Hinzu kommt eine restriktive Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank, die Preissteigerungen bremsen soll, faktisch die Investitionsmöglichkeiten beschneidet, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage reduziert und neue Kapazitätsüberschüsse entstehen läßt. Dieser Entwicklung wirken zwei Faktoren entgegen: Die öffentlichen Ausgaben steigen weiter an (im zweiten Konjunkturzyklus ab 1955 auch auf Grund der Aufstockung der Rüstungsausgaben), die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte expandieren im Zuge der allgemeinen vorangegangenen Einkommensexpansion (wenn auch mit einer Verspätung von mehr als einem Jahr[7]). Auf die Dauer aber kann sich auch der Konsumsektor der Entwicklung der Investitionsnachfrage nicht entziehen, so daß im letzten Jahr des Zyklus die Konsumnachfrage in ihrem Zuwachs gleichfalls zurückgeht. Aus dieser labilen Lage wird die westdeutsche Wirtschaft durch den neuen Exportanstoß 1963 herausgerissen.
Die krisenhaften Faktoren, die sich ab dem dritten Zyklusjahr bemerkbar machen, wie Engpässe, sinkende Zuwächse der Arbeitsproduktivität, steigende Investitionskosten, eine auf Deflation gerichtete Bankpolitik, Rückgang der Profitraten, werden zwar zeitweise durch nachfragestabilisierende Faktoren, wie steigende Staatsausgaben, vorübergehend anwachsende Nachfrage nach Konsumgütern sowie Sonderkonjunkturen einzelner Industriezweige für ein bis zwei Jahre aufgefangen, danach werden auch diese Faktoren von der Wachstumskrise erfaßt. Der interne Mechanismus zeigt sich unfähig,

einen neuen Aufschwung einzuleiten, der krisenerlösende Faktor muß von außen kommen.

II. Der Hauptwiderspruch der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung

Voraussetzung für das deutsche „Wirtschaftswunder" ist die weltweite Wirtschaftsentwicklung und der Welthandel der kapitalistischen Länder. Das Wachstum war jedoch in einigen Ländern, vor allem in England und den USA, niedriger, da diese durch das Auftreten „klassischer" Krisen, die durch einen absoluten Rückgang des Bruttosozialprodukts gekennzeichnet sind, in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wurden. Die wachsende Verflechtung der Volkswirtschaften begünstigte Deutschland und Japan. Die konsumtive Binnennachfrage war in diesen Ländern schwach ausgebildet, die Realkaufkraft der Massen gering, ein die Produktivkräfte vergeudender Rüstungsbedarf entfiel nach dem verlorenen Kriege. Da die Produktionsfaktoren nicht durch die Binnennachfrage absorbiert wurden, fanden sie ihren Weg nach außen, die auf die Rüstungswirtschaft hin orientierte Industriestruktur (Fahrzeugbau, Chemie, Maschinenbau) entsprach den Bedürfnissen des Welthandels. Dabei nimmt die Investitionsgüterindustrie einen weitaus größeren Anteil an dem Export ein als die Konsumgüterindustrie[8]). Die Folge ist, daß mit jedem Konjunkturanstieg, der seinen unmittelbaren Anlaß von der Auslandsnachfrage her erhält, sich eine Schere zwischen der mehr exportorientierten Produktionsgüterindustrie und der Konsumgüterproduktion eröffnet, die sich mit jeder Exportausweitung weiter vergrößert. Im Boomjahr 1964 wächst die gesamte Investitionsgüterindustrie um 8,9 Prozent an, gegenüber 5,1 Prozent der Konsumgüterindustrie und 3,9 Prozent der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. 1964 betrug der Anteil der Produktionsmittelindustrie (einschließlich der Grundstoffindustrie ohne Bergbau) am Export 82,5 Prozent, der der Verbrauchsgüterindustrie nur 11,9 Prozent[9]). Von 1959 bis 1965 steigt die Produktion der Investitionsgüterindustrie um 65 Prozent an. Dem steht ein wesentlich geringerer Zuwachs der Konsumgüterproduktion von 45 Prozent gegenüber[10]). Von Konjunkturaufschwung zu Konjunkturaufschwung verschärfen sich die inneren Widersprüche des Systems. Mit jedem Boom wandern die Produktionsfaktoren auf Grund der geringen internen Konsumkaufkraft und auf Grund der Außennachfrage nach Ausrüstungsgütern zur Produktionsmittelindustrie, ohne daß sich am Ende des Zyklus die Schere wieder schließt[11]). Solange große Teile der Investitionsgüterindustrie ihre Produktion im Ausland absetzen können, kommt es aber nicht zum Zusammenbruch des Gesamtsystems. Unterteilen wir die Industriebereiche in zwei Abteilungen (Produktions- und Konsumgüterindustrie), so kann zwar die Produktionsmittelindustrie durch die Bereitstellung ihrer Produktion für den Export expandieren, ohne daß ihre Dimension von der Nachfrage der Konsumgüterindustrie nach Ausrüstungsgütern bestimmt wird. Die Exportnachfrage legt sich wie ein Schleier über die disproportionale Entwicklung beider Abteilungen. Fällt sie aber fort, treten die Disproportionalitäten offen zutage. Die interne Kaufkraft ist zu niedrig und wird weiterhin zu niedrig gehalten, als daß sie die Auslandsnachfrage ersetzen konnte.

Der Hauptwiderspruch in der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung ist doppelter Art. Erstens bedarf das System den Exportanstoß, um seine interne Trägheit zu überwinden und zum Aufschwung anzusetzen. Zweitens verschärfen sich mit jedem Boom die Widersprüche des Systems. Je größer der Anteil des exportorientierten Produktionssektors wird, desto „exportfühliger" wird das Gesamtsystem, desto eher spricht es auf die Impulse der Auslandsnachfrage an, und desto leichter kommt es zu der oben beschriebenen Umsetzung der Exportkonjunktur zur Binnenkonjunktur. Zugleich wächst aber auch die Abhängigkeit des Systems von der Auslandsnachfrage. Da die Produktionskapazität der Exportindustrie ständig wächst, bedarf sie auch einer immer ständig größeren Nachfragesteigerung des Auslandes, um ihre Kapazitäten auszufüllen. Ansonsten fallen die Auftragsorder der Exportindustrie an die übrigen binnenländischen Industriezweige zur Erweiterung ihrer Kapazitäten fort, und der Umsetzungsprozeß von der Exportkonjunktur zur Binnenkonjunktur ist gefährdet. Daß die westdeutsche Wirtschaft zu

einem neuen Boom schreiten kann, dazu bedarf es also nicht nur einer gleichbleibenden, sondern steigenden Außennachfrage. Es gibt also nur zwei Alternativen für die weitere Entwicklung. Entweder bleibt der Zuwachs der Außennachfrage aus, dann fällt der Wachstumsimpuls fort und die interne Disproportionalität tritt offen zutage. Oder die weiter steigende Außennachfrage verschärft den internen Widerspruch zwischen Konsum und Investition. Im zweiten Fall wird die Krise nur weiter aufgeschoben, um dann mit um so elementarerer Gewalt auszubrechen.
Die englische wie amerikanische Wirtschaft haben die fehlenden Impulse der Außennachfrage mit niedrigeren Wachstumsraten bezahlen müssen. Daß eine steigende und hohe Ausfuhrquote (Anteil der Ausfuhr am BSP) mit einer hohen Wachstumsrate zusammenfällt, ist folgender Tabelle zu entnehmen[12]):

	Ausfuhrquote		**Wachstumsrate des BSP**
	1954		(Jährlicher Durchschnitt von 1954–1962)
EWG	20,5	26,7	5,4 Prozent
BRD	20,3	27,8	6,7 Prozent
USA	4,9	5,6	3,3 Prozent
GB	27,0	25,0	2,3 Prozent

Die USA weisen zwar eine steigende Ausfuhrquote auf, der Grad ihrer internationalen Arbeitsteilung ist aber im Verhältnis zur Binnenproduktion zu gering, als daß vom Außenhandel her Wachstumsimpulse ausgehen können. Englands Unvermögen, den wachsenden Welthandel für ihre Binnenkonjunktur nutzbar zu machen, erweist sich an dem Rückgang der Ausfuhrquote. Englands Wirtschaft ist zwar wie die Westdeutschlands exportabhängig, sie ist aber nicht so günstig exportorientiert. England ist noch zum Teil mit den Wirtschaftszweigen belastet, die zwar den Frühkapitalismus trugen, heute jedoch zu den wachstumsschwachen Wirtschaftszweigen zählen und die Produktionsfaktoren an eine unproduktive Verwendung binden. Die britische Währung ist überbewertet, die Zahlungsbilanzkrisen verführen die englischen Regierungen, ob konservativ oder „sozialistisch", zur Deflationspolitik, um sich den Zentralbanken anderer kapitalistischer Länder „kreditwürdig" zu erweisen[13]). Zudem absorbierte die militärische Rüstung, die unmäßig aufgebläht wurde, um neben den USA noch eine eigene „Weltmachtposition" zu bewahren, einen großen Teil der inländischen Produktivkräfte, ohne daß es gelang, die Rüstungsindustrie (wie in den USA) zur Exportindustrie zu machen.

III. Nationale Konjunkturen und internationaler Handel

1950 wurden die kapitalistischen Staaten von der „Kalten-Kriegs-Konjunktur" (Korea) erfaßt. Die Rüstungskonjunktur in den Ländern außerhalb Westdeutschlands führte zu einer steigenden Nachfrage nach westdeutschen Ausrüstungsgütern. 1951 stieg der Export um 65,5 Prozent! Da sich der Inflationsprozeß als Folgeerscheinung der überhitzten Rüstungskonjunktur in den übrigen Ländern hektischer als in Westdeutschland vollzog, verbesserte sich die Konkurrenzposition der westdeutschen Waren auf dem Weltmarkt. 1954/55 stieg die ausländische Nachfrage um über 20 Prozent an.
In den meisten westlichen Ländern einschließlich den USA herrschte ein günstiges Investitionsklima vor allem in der Investitionsgüterindustrie. Das hatte zur Folge, daß die internationale Nachfrage nach westdeutschen Ausrüstungsgütern anstieg. 1959 und 1963/64 ergab sich eine ähnlich günstige Konstellation[14]). 1959 trat als zusätzliches Element der amerikanische Stahlarbeiterstreik hinzu. Westdeutschlands Stahlindustrie war ein unmittelbarer Nutznießer des Arbeitskonfliktes in den USA. Der Stahlexport Westdeutschlands nach den USA nahm um 1,5 Mill. Tonnen zu[15]). Die Konjunkturentwicklung der hauptsächlichen Handelspartner Westdeutschlands ist für die Exportchancen Westdeutschlands entscheidend.
Für die Stellung Westdeutschlands im kapitalistischen Außenhandelssystem sind verschiedene Möglichkeiten denkbar: 1. Die Konjunkturbewegungen, nach denen sich die internationalen Handelsströme richten, stehen ohne kausale Beziehung zueinander. Dann ist der konjunkturelle Aufschwung wichtiger Handelspartner Westdeutschlands

und der sich hieraus ergebende Nachfragesog nach westdeutschen Waren zu dem Zeitpunkt, in dem Westdeutschlands Konjunktur auszulaufen droht, ein zufälliges Zusammentreffen. 2. Die einzelnen nationalen Volkswirtschaften stehen in einem komplizierten Mechanismus gegenseitiger Abhängigkeiten: Der Konjunkturaufstieg in einem größeren Land (oder Nationengruppe) übt über seinen Importsog Impulse auf die internen Konjunkturen anderer Länder aus; diese erhöhen nach der Entfachung ihrer Konjunkturen ihrerseits die Importe aus dritten Ländern und den ersten Impulsgebern, das wirkt sich belebend auf deren Inlandsnachfrage aus.

Das kapitalistische Welthandelssystem ist keinen der beiden Möglichkeiten eindeutig zuzuordnen[16]). Wir unterteilen den kapitalistischen Welthandel in drei große Blöcke auf: 1. Westeuropa (WE), 2. Nordamerika (NA), 3. Rohstoffländer (RL). Der Anteil am kapitalistischen Welthandelsvolumen zwischen diesen drei Blöcken beträgt in etwa 50 : 25 : 25 Prozent.

Prozentuale Veränderungen des Handels[17])

	Westeuropa	Nordamerika	Rohstoffländer
1954	+ 8,4 Prozent	– 4,4 Prozent	+ 1,8 Prozent
1955	+12,6 Prozent	+ 4,1 Prozent	+ 5,6 Prozent
1956	+ 9,5 Prozent	+20,2 Prozent	+ 4,6 Prozent
1957	+ 9,4 Prozent	+ 7,8 Prozent	+ 2,8 Prozent
1958	– 0,5 Prozent	–11,4 Prozent	– 8,3 Prozent
1959	+ 8,4 Prozent	0,0 Prozent	+ 8,1 Prozent
1960	+14,6 Prozent	+13,3 Prozent	+ 7,5 Prozent
1961	+ 7,2 Prozent	+ 2,7 Prozent	+ 2,2 Prozent
1962	+ 5,6 Prozent	+ 3,0 Prozent	+ 3,9 Prozent
1963	+11,4 Prozent	+ 8,2 Prozent	+ 7,9 Prozent

Die Interaktion von konjunktureller Situation und außenwirtschaftlichen Folgen ergibt:

1. Die Konjunkturbewegungen der USA (Kanada ist nur eine Wirtschaftsprovinz der USA) vollziehen sich autonom zu den Konjunkturschwankungen der übrigen Welt, was ihrer im Verhältnis zum Binnenmarkt geringen internationalen Handelsverflechtung zu verdanken ist.
2. Westeuropa zeigt sich nach dem Weltkrieg gegenüber den Konjunktureinbrüchen Nordamerikas relativ konsistent. Zum einen ist das auf den relativ geringen Außenhandel Nordamerikas (Anteil am kapitalistischen Welthandel rund 15 Prozent) zurückzuführen, zum anderen gewinnt Westeuropa ständig an innerer Integration und Eigenständigkeit[18]).
3. Die Rohstoffländer sind in ihren Außenhandelsumsätzen durch die Konjunkturen der Industrieländer bestimmt. Ihre Kaufkraft auf internationalen Märkten hängt von den Erlösen ihrer Exporte nach den Industrieländern ab. Kommt es zu einem Auseinanderfallen der Konjunkturentwicklung in den beiden Industrieblöcken wie 1954 und 1959, so kann sich die Rezession der USA durchsetzen oder Westeuropas Prosperität setzt sich gegenüber Nordamerika durch.

Westeuropas Stellung zu den beiden übrigen Blöcken im Welthandel ist durch zwei besondere Merkmale gekennzeichnet: Westeuropa hat an wachsender Eigenkraft und relativer Unabhängigkeit zu den (autonom bestimmten) Zyklusschwankungen Nordamerikas gewonnen. Weiterhin vermag Westeuropa unter Umständen selber die Nachfrage der Rohstoffe nach seinen eigenen Waren zu bestimmen. Eine „Weltkonjunktur" im Sinne einer zeitgleich verlaufenden Konjunkturentwicklung der einzelnen Blöcke hat nach dem Kriege nur temporär Geltung gewinnen können. Das Dreieck der Wirtschaftsblöcke ist kein geschlossener Regelkreis entsprechend unserer zweiten (Denk-)Möglichkeit, daß der Boom in einem Block Wachstumsimpulse auf die anderen Blöcke ausstrahlt, mit Rückwirkungen auf den ersten Impulsgeber. Eine solche Rückkoppelung existiert zwar zwischen Westeuropa und den Entwicklungsländern, nicht jedoch zwischen Westeuropa und Nordamerika.

IV. Westdeutschland in Westeuropa

Westeuropa vereint über die Hälfte des Welthandels auf sich. Wie sich nur zeitweise eine „Weltkonjunktur" einstellt, wenn der Aufschwung Nordamerikas mit dem der hauptsächlichen westeuropäischen Staaten zusammenfällt, so existiert auch keine gleichverlaufende Zyklusbewegung der westeuropäischen Staaten. Die mögliche Divergenz zwischen Nordamerika und Westeuropa findet ihr Gegenbild in einer innereuropäischen Konjunkturspaltung. Dies gilt für Englands Entwicklung im Verhältnis zu Kontinentaleuropa (siehe Tabelle) wie aber auch für die EWG, obgleich hier die Außenhandels- und Kapitalverflechtungen besonders eng sind. 1958 weisen z. B. die Niederlande und Belgien im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedsländern negative Wachstumsraten auf[19]).

Bemerkenswert am westdeutschen Export ist der hohe Anteil Westeuropas[20]):

	1954	1961	1964
EWG	29,1 Prozent	31,7 Prozent	36,9 Prozent
EFTA	29,0 Prozent	28,3 Prozent	27,3 Prozent
USA	5,6 Prozent	6,8 Prozent	8,3 Prozent
RL	24,9 Prozent	20,5 Prozent	18,7 Prozent
Ostblock	1,9 Prozent	4,1 Prozent	3,5 Prozent

64 Prozent des Exports Westdeutschlands entfällt 1964 allein auf die OECD-Länder (EWG + EFTA ohne USA). Der anteilsmäßige Rückgang der Rohstoffländer (RL) am westdeutschen Export erklärt sich vor allem aus der Verschlechterung der terms of trade: Die Preise der Rohstoffwaren stiegen im geringerem Maße als die für Industrieerzeugnisse an oder sanken sogar ab. Den Ausfall der Rohstoffländer gleicht der Exportzuwachs nach den Ostblockländern aus.

Die relativen Anteile der einzelnen Länder am Absatz der westdeutschen Waren brauchen sich aber nicht mit der marginalen Exportsteigerung Westdeutschlands in bezug auf die Einkommenssteigerungen in den einzelnen Exportländern zu decken. Hier kann die Bedeutung der westeuropäischen Länder als Impulsgeber für die Bundesrepublik nicht bedeutsamer werden. Als Beispiel soll das Jahr 1963 dienen: Vom Zuwachs des Gesamtexports in Höhe von 5,3 Mrd. DM entfielen rd. drei Viertel (3,8 Mrd. DM) auf die EWG-Länder; auf Italien allein ein Viertel (1,4 Mrd. DM) und auf Frankreich ein Fünftel (1,0 Mrd. DM).

Entwicklung des realen BSP der sechs wichtigsten Handelspartner der BRD[21])
(in vH zum Vorjahr)

	1962	1963	1964	1965
Frankreich	+7	+5	+5	+3
Italien	+6	+6	+3	+3
Niederlande	+3	+4	+8	+5
England	+1	+5	+5	+3
Belgien	+5	+5	+5	+3
USA	+6	+4	+5	+4
BRD	+4	+3	+7	+4

Veränderung der Exporte der BRD zu diesen Ländern
(in vH zum Vorjahr)

	1962	1963	1964	1965
	+17	+19	+18	+ 2
	+25	+26	—10	—22
	+ 2	+19	+19	+ 9
	— 2	+10	+16	—10
	+ 9	+14	+17	+14
	+ 9	+ 9	+14	+21
BRD insges.	+ 5	+ 9	+12	+10

Der Tabelle ist das Auseinanderfallen der nationalen Konjunkturzyklen, die enge Verbindung von Binnenkonjunktur eines Staates und seiner Nachfrage nach westdeutschen Waren zu entnehmen. Beides zusammen erklärt die Instabilität der Auslandsnachfrage nach westdeutschen Waren. Aus der fehlenden Synchronisation der nationalen Konjunkturen ergeben sich die Exportschwankungen Westdeutschlands in den einzelnen Jahren – als Summe der Konjunkturschwankungen der einzelnen Länder. 1963 ist das einzige Jahr, in dem alle hier aufgeführten Nationen, die 50 Prozent des Außenhandels auf sich vereinen, positive Wachstumsraten in ihren Importen aus Westdeutschland aufweisen. 1964 erfolgt der Konjunktureinbruch Italiens, 1965 kommt England hinzu,

während Frankreichs Nachfrage nach westdeutschen Waren gleichfalls nur schwach weiterwächst. Dem steht aber die Exportsteigerung anderer Länder gegenüber, so daß der Gesamtexport 1965 noch einmal um zehn Prozent zum Vorjahr ansteigt.
Die Instabilität der Auslandsnachfrage ist besonders im Fall Italien evident. Während noch 1963 rund ein Viertel des gesamten Exportzuwachses der BRD auf Italien fällt, geht der Export im nächsten Jahr um zehn Prozent zurück (0,9 Mrd. DM).
Die italienische Regierung hatte durch eine rigorose Einschränkung der Konsumnachfrage (Erhöhung der staatlich regulierten Preise wie Benzin, Einschränkung der Frist für Ratenkäufe, Einrichtung einer sieben- bis zwölfprozentigen Kaufsteuer) die Hochkonjunktur 1964 abgewürgt. Zu diesem Zeitpunkt war die westdeutsche Wirtschaft auf den Nachfragesog Italiens nach westdeutschen Industrieerzeugnissen nicht mehr angewiesen, nachdem die Binnenkonjunktur schon entfacht war. Wäre die italienische Konjunkturbremse schon 1963 angezogen worden, wäre der (über 1962) hinausgehende ausländische Auftragsstoß ausgeblieben.
Das Verhältnis von nationalen Konjunkturen und internationalen Handelsströmungen stellt sich so dar, daß die Handelsströme zwar eine Funktion der nationalen Konjunkturbewegungen sind, daß aber ein umgekehrter Funktionalzusammenhang sich nicht für jeden Staat oder Staatengruppe feststellen läßt. Westdeutschlands Aufschwungsphasen werden zwar durch die Außennachfrage eingeleitet, dieser Tatbestand kann aber nicht auf alle Länder übertragen werden. Das kapitalistische Weltwirtschaftssystem bietet das Bild einer äußerst komplexen und widerspruchsvollen Interaktion von Staaten, deren Produktionszyklen zum Teil unbeeinflußt von der Außennachfrage ablaufen, zum Teil von ihr abhängig sind. Da kein geschlossener Regelkreis, keine gegenseitige Abhängigkeit von nationalen Konjunkturzyklen und internationalen Handelsströmen im Weltmaßstab besteht, existiert auch kein Mechanismus, durch den die westdeutsche Wirtschaft zwangsläufig von der ausländischen Nachfrage her den erlösenden Konjunkturanstoß gerade zum Zeitpunkt der labilen Konjunkturphase erhält. Zwar kann sich zeitweise eine „Weltkonjunktur" (1955 – 1957, 1961 – 1963) oder „Europa-Konjunktur" (1963) etablieren, in denen die bedeutendsten kapitalistischen Staaten eine gemeinsame aufwärts gerichtete Zyklusrichtung eingeschlagen haben. Auf Grund der unterschiedlichen Dauer der nationalen Wirtschaftszyklen zerfällt aber diese Einheitlichkeit sehr bald wieder. Andererseits können Ereignisse von durchschlagender Wirkung für einige Zeit eine einheitliche „Weltkonjunktur" schaffen, wie im Fall des Korea-Krieges. Daß – langfristig gesehen – sich der kapitalistische Welthandel nach dem Kriege ständig ausdehnen konnte, ist der fehlenden engen Verknüpfung der nationalen Konjunkturen untereinander über den Welthandel zuzusprechen. Jene verhinderte, daß die Wirtschaftskrise in einem Handelsblock oder in einem Staat sich über den Außenhandel kumulativ auf andere Konjunkturen ausdehnen konnte. Es bestand keine zwingende Notwendigkeit, daß in den Jahren 1954/55, 1959, 1963/64 sich die außerdeutschen Auftragsorder der einzelnen Staaten in einer für Westdeutschland günstigen Konstellation trafen und den erlösenden externen Konjunkturanstoß lieferten. Die Diversifikation der außerdeutschen Zyklen und der Tatbestand, daß Westdeutschlands größte Außenhandelspartner keinen größeren Anteil als höchstens fünf bis zehn Prozent des Exports Westdeutschlands auf sich vereinen, erhöhen die Wahrscheinlichkeit, daß die depressiven Auswirkungen eines Staates durch gegenläufige Entwicklungen in anderen Staaten kompensiert werden können, wenn das Welthandelsvolumen expandiert. Die überragende Bedeutung der italienischen Hochkonjunktur für Westdeutschland im Jahre 1963 zeigt aber den engen Spielraum.
Gibt es eine Möglichkeit für die westdeutsche Wirtschaft, selber den Exportboom zu bestimmen? Nach der klassischen Außenhandelstheorie kommt den im Konjunkturablauf unterschiedlichen binnenländischen Preisbewegungen die Funktion eines automatischen „built-in stabilizers" zu. Danach sinken im Konjunkturabschwung die inländischen Preise und Produktionskosten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie steigt folglich in Zeiten der Konjunkturschwäche. Dem läßt sich entgegenhalten, daß in einer monopolisierten Wirtschaft wie der westdeutschen die Preise auch in der abgeschwächten Konjunkturphase weiter ansteigen, und dann sogar oftmals die höchsten Steigerungsraten

aufweisen[22]). Auch sind nicht so sehr die Preisbewegungen als vielmehr die Einkommensbewegungen der Importländer für den westdeutschen Export entscheidend.
Seit 1949/50 kommt der Expansionsanstoß von der Außennachfrage her. Sie war bisher der dominante Impulsgeber für den Konjunkturaufschwung. Die Reibungswiderstände interner Art wie die Entstehung von bottle-necks, Erhöhung der Arbeitskosten, Rückgang der Gewinne verzehrten aber nach vier bis fünf Jahren der Expansion die Eigenenergien der exportinduzierten Binnenkonjunktur. Es bedurfte stets aufs neue des Anstoßes von außen, um die Wirtschaft in einen neuen Boom hineinzuführen. Mit jedem neuen exportinduzierten Boom entstehen Disproportionen zwischen Investitions- und Konsumgüterindustrie, der Widerspruch zwischen Unterkonsumtion und Überinvestition, der durch den Außenmarkt verdeckt, aber zugleich auch weitergetrieben wird, verschärft sich. Eine Ausweitung des Massenkonsums wäre die adäquate Methode, die verzerrte Produktionsstruktur Westdeutschlands zu berichtigen. Das bleibt ein akademisches Problem, solange die gesellschaftliche Kraft fehlt, über eine rigorose Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der unteren Einkommensschichten die Binnennachfrage anzuheben. Die Produktionsstruktur hat sich schon zu einseitig zugunsten der Investitionsgüterindustrie verfestigt. Die Umstellung auf einen größeren Binnenmarkt würde die „Exportfühligkeit" des Gesamtsystems schmälern, gleichzeitig die Frage nach einem Impulsgeber erneut stellen.

Anmerkungen

1) Reales Sozialprodukt zu Preisen von 1954; Investitionsausgaben zu jeweiligen Preisen. Quellen: „Wirtschaft und Statistik", Heft 10/1963 und Heft 1/1964, „Statistisches Jahrbuch 1966" sowie eigene Berechnungen.
2) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1964, S. 2 ff; Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1965/66, „Stabilität ohne Stagnation", Seite 1 ff; jährliche Konjunkturberichte in „Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung", Jahrgang 1960, Seite 19 ff.
3) Vergleiche H. Martell, „Das Geld- und Kreditpotential der westdeutschen Wirtschaft". In: „Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung", 1959, Seite 11.
4) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, 1959, Seite 11.
5) Vergleiche Ansgar Rischert, „Die Lagerbestände der westdeutschen Industrie", in: „Wirtschaftskonjunktur" (herausgegeben vom Ifo-Institut), Heft 1/1962; Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, 1959, Seite 9.
6) Gutachten des Sachverständigenrates 1964/65, Göttingen, 1965, Seite 32.
7) Daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik nur zögernd auf den Konjunkturanstieg zu reagieren vermag, ist der Tabelle des Sachverständigengutachtens 1965/66, a. a. O., Seite 61, zu entnehmen.
8) „Wirtschaft und Statistik", Heft 10/1963, Seite 589.
9) „Wirtschaft und Statistik", Heft 10/1964, Seite 671.
10) „WWI-Mitteilungen der Gewerkschaften", Heft 10/11, 1965, Seite 241.
11) Vergleiche „Vierteljahresheft zur Konjunkturforschung", Sonderheft 31, Berlin, 1933.
12) Vergleiche Fritz Franzmeyer: „Intensivierter Leistungsaustausch", in: „Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung", 1963, Seite 114.
13) Zur „englischen Krankheit" und der falschen Therapie sind einige ausgezeichnete Artikel erschienen. Zur ökonomischen Widerlegung der deflationistischen Regierungspolitik vergleiche F. J. Claus, „Das Produktivitätsproblem", in: „Konjunkturpolitik", 1960; Manfred Teschner, „Angebotselastizität und Konkurrenzposition der britischen Wirtschaft", in: „Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung", 1965, Seite 346 ff; E. März, „Die englische Wirtschaftskrise", in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 10/1966, Seite 546; „Labor to Power" (Editorial), in „Intern. Socialism", 26/1966.
14) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, 1959, Seite 10.
15) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, 1963, Seite 8.
16) Wir vereinfachen das Problem insoweit, indem wir uns auf die Beschreibung der Veränderungen der internationalen Handelsströme beschränken. Zur Rolle der internationalen Kapitalbewegungen in der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft, siehe E. Preiser, „Kapitalexport und Vollbeschäftigung", in: „Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen", herausgegeben von K. Rose, Köln–Berlin, 1965; H. D. Boris, „Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften", in: „Das Argument", Heft 3/1966, mit Literaturangaben.
17) 1954: Konjunkturelle Situation: Rezession in Nordamerika (auf Grund interner Ursachen); abgeschwächtes Wachstum des Bruttosozialprodukts in Westeuropa. Außenwirtschaftliche Folgen: Nordamerikas Importe aus Westeuropa fallen von 2,7 auf 2,4 Mrd. Dollar. Nordamerikas Importe aus Rohstoffländern gehen gleichfalls um 0,3 Mrd. Dollar zurück. Westeuropa zeigt sich jedoch resistent gegenüber der Entwicklung in Nordamerika. Seine Importe aus Nordamerika und Rohstoffländern steigen von 14,8 auf 16 Mrd. Dollar. Die Gründe für diese von Nordamerika getrennte Entwicklung Westeuropas liegen a) in einem wachsenden intereuropäischen Handel (+1,5 Mrd. Dollar) und b) in einem wachsenden Import Westeuropas von den Rohstoffländern (+0,9 Mrd. Dollar). Beides zusammen kompensiert den Exportausfall Westeuropas nach Nordamerika. 1955 – 1957: Die Zeit einer allgemeinen „Weltkonjunktur". Nordamerika hat sich von seiner Rezession erholt, Westeuropas Wachstumsrate (Durchschnitt aller westeuropäischen Staaten) ist gleichfalls nach oben gerichtet. Da die Nachfrage nach Rohstoffen aus den „Entwicklungsländern" ansteigt, vermögen diese gleichfalls ihre Importe aus den Industrieländern zu bezahlen. Alle drei Blöcke dehnen folglich ihren Handel weiter aus. 1958: Konjunkturelle Situation: Schwere Rezession in Nordamerika (auf Grund interner Ursachen), abgeschwächte Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts in Westeuropa. Außenwirtschaftliche Folgen: allgemeiner Rückgang des Welthandels, am stärksten in Nordamerika und Rohstoffländern. Der Handel zwischen Westeuropa und Nordamerika steigt demgegenüber noch um 0,3 Mrd. Dollar. Hieraus ist der Schluß zu ziehen, daß die Kon-

junkturschwäche in Westeuropa nicht von den Außenbeziehungen Nordamerikas induziert worden ist. 1959: Konjunkturelle Situation: In Nordamerika ab Ende 1959 erneute konjunkturelle Abschwächung nach kurzer Erholung. Dagegen in Westeuropa wirtschaftliche Erholung. Außenwirtschaftliche Folgen: Der Außenhandel von Nordamerika stagniert. Wie 1954 aber in weitaus stärkerem Maße zeigt sich der Außenhandel Westeuropas und der Rohstoffländer davon unbeeindruckt. Der Grund für diese Stabilität liegt im Konjunkturaufstieg Westeuropas. Seine Importe aus den Rohstoffländern hebt deren Zahlungsfähigkeit. Sie können ihre Importe aus Westeuropa steigern, unbeeindruckt von dem Ausfall Nordamerikas. 1960 – 1963: Allgemeine „Weltkonjunktur". Rohstoffländer ohne Ölländer und Ostblock.
Veränderungen des Handelsaustauschs (einschließlich der Länder untereinander innerhalb eines Handelsblocks) in Prozent zum Vorjahr. Quelle: „Wirtschaftskonjunktur", Heft 1/1964, Seite 9.

18) Vergleiche A. Lamfalussy: International Trade Cycle and Trade Cycles 1950 – 1960 in: „International Trade Theory in a Developing World", herausgegeben von Roy Harrod, S. 263.

19) „WWI-Mitteilungen der Gewerkschaften", Heft 11/1963, Seite 262.

20) „Wirtschaft und Statistik", Heft 10/1964, Seite 675 (Textteil).

21) Statistische Jahrbücher der BRD; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank sowie eigene Berechnungen. Siehe auch Gutachten des Sachverständigenrates, 1965/66, aaO, Seite 26 und 27.

22) Zur theoretischen Begründung dieses Phänomens siehe J. M. Blair, „Administered Prices, A Phenomenon in Search of a Theory", in „American Economic Review", 1959, Seite 437.

Verlag Neue Kritik — Voltaire Verlag

Schubladentexte

eingeleitet von Heinrich Hannover, Bremen

3. Auflage 1966

Format: 29,7×21 cm

76 Seiten DM 5,00

Diese Broschüre enthält die bisher bekannt gewordenen „geheimen" Schubladenverordnungen der Bundesregierung, denen in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung besondere Bedeutung zukommt.

In der Einleitung dieser Ausgabe schreibt Heinrich Hannover: „Diese Schubladengesetze würden nun allerdings nichts anderes bedeuten als die Aufhebung des Rechtsstaats und die völlige Wiederherstellung einer faschistischen Staatlichkeit. . . . Sie enthüllen in ihrer Gesamtheit ein Programm, das man selbst in Deutschland nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorbereiten und nur unter Ausnutzung eines sogenannten Notstands (Kuba-Krise, Reichstagsbrand) in Kraft setzen kann."

Ende und Anfang einer sozialistischen Deutschlandpolitik — das Seminar von FDJ und SDS

Im Dezember 1966 hat in Frankfurt das erste zentrale Seminar von SDS und FDJ stattgefunden. Es war gleichzeitig das erste Seminar dieser Art seit dem Bestehen von DDR und BRD überhaupt. Das Rahmenthema des Seminars war „Konzeptionen – Wege – Möglichkeiten einer Deutschlandpolitik", die Themen der Seminargruppen: „Verhandlungen und Verständigung in Deutschland – das Interesse der beiden deutschen Staaten an einer Normalisierung" und „Abrüstung, Entspannung, friedliche Koexistenz in Deutschland – die politische Konzeption". Diese Themenformulierung klingt, verglichen mit dem Selbstverständnis des SDS von analytischer Arbeit, fast skurril. Sie ist ein Indiz für die formalen Konzessionen des SDS an die FDJ, um das Seminar durchzuführen. Inhaltlich sind dann die Verschiedenheiten zwischen SDS und FDJ sowohl in der Methode als auch in der Konzeption dessen, was im SDS kaum noch als „Deutschlandpolitik" klassifiziert wird, so groß gewesen, daß man von einem gemeinsamen Seminar nur selten noch sprechen konnte. Entsprechend gering war der wissenschaftliche, vielleicht sogar der politische Ertrag des gemeinsamen Seminars. So hat die FDJ ihre Referate nicht zum Abdruck freigegeben. Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus der Einleitung zum Seminar (Reimut Reiche), aus dem Grundsatzreferat des SDS (Peter Gäng), Thesen aus der ersten Seminargruppe (Elmar Altvater, SDS München), das Referat der zweiten Seminargruppe (Ursula Schmiederer, SDS Marburg) und eine zusammenfassende Auswertung (Bernhard Blanke, SDS Berlin). Der ganze Komplex dokumentiert das Selbstverständnis des SDS zur Deutschlandpolitik und schließt zunächst die Diskussionen der letzten drei Jahre ab. Es müßten sich, selbst bei innovierenden außenpolitischen Bewegungen, entscheidende politische Änderungen in der Konzeption von SED und FDJ ergeben, ehe diese Vorstellungen überholt wären. Darüber hinaus sind sie – am Beispiel der Kritik der SED-Politik – ein Beitrag zur sozialistischen Strategie in der Bundesrepublik.

I. Einleitung

Wir müssen 1966 erklären, warum wir mit Ernst und mit einer politischen Zielsetzung dieses wissenschaftliche Seminar veranstalten zu einem Zeitpunkt, da uns im SDS die „Deutschlandpolitik" als Wiedervereinigungspolitik nicht mehr bewegt. Die Frage unserer DDR-Kontakte und unserer Deutschlanddiskussion war vor sechs Jahren, in der SDS-Generation vor uns, einer der manifesten Anlässe, die zu unserem Ausschluß aus der SPD und zu unserer Entwicklung zu einer selbständigen sozialistischen Kraft führten. Und erst auf der Delegiertenkonferenz vor zwei Jahren konnte der damalige Bundesvorsitzende Liebel feststellen, daß „seit der letzten DK in unserem Verband weitgehend Einigkeit darüber besteht, daß DDR-Kontakte politisch sinnvoll sind" (neue kritik 25/26, S. 5). Von einer nicht geringen Gruppe im SDS wird einer mit DDR-Kontakten verknüpften Deutschland-Konzeption heute ihre politische Sinnhaftigkeit abgesprochen. Daran ist soviel richtig, daß eine Beschränkung unserer politischen Arbeit etwa innenpolitisch auf die Analyse der und dem Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung und auf die Propagierung eines „kritisch-positiven" DDR-Bildes in der BRD und außenpolitisch auf Beziehungen zu sozialistischen Organisationen der DDR, Polens, der UdSSR etc. zum Zwecke des Vorexerzierens von Entspannung — daran ist soviel richtig, daß eine solche Beschränkung unserer politischen Arbeit ein Rückfall hinter die Positionen wäre, die wir uns in theoretischer Reflexion und in praktisch politischen Auseinandersetzungen erarbeitet haben. Wenn sich der SDS 1966 „innenpolitisch" auf die Analyse der und den Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung konzentriert und „außenpolitisch" auf die Analyse des und die breite Aufklärung über den Krieg der Amerikaner in Vietnam, so ist diese Konzentration das Ergebnis der Einsicht in die Bewegungsgesetze der spätkapitalistischen Länder.

Die Regierungen der BRD mögen territoriale Ansprüche stellen, Atomwaffen verlangen und die DDR annektieren wollen; die in dieser Politik zum Ausdruck kommenden Tendenzen des Neokapitalismus werden in der nächsten Zeit nicht in Deutschland in der Form

Wirklichkeit werden, daß sie die Existenz der DDR materiell in Frage stellen. Aber in Vietnam sind diese Tendenzen bereits Wirklichkeit geworden. Dort wird um territoriale Ansprüche gekämpft; dort kämpft der Imperialismus darum, sich das Land einzuverleiben, das die stärkste antiimperialistische und antikapitalistische Bewegung hervorgebracht hat.

Der wachsende Widerspruch zwischen den arbeitenden Klassen der Dritten Welt einerseits und den herrschenden Klassen sowohl der Dritten Welt als auch der entwickelten kapitalistischen Länder andererseits ist quantifizierbar durch die wachsende relative und kaum sich verringernde absolute Verelendung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Die Möglichkeit der Verschleierung dieser Gegensätze durch sozialtechnische Manipulationen und durch „Entwicklungshilfe" seitens der kapitalistischen Länder ist — wie die Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte beweist — langfristig kaum gegeben. Aber diese Verschleierung findet heute noch mit Erfolg gerade auch in den kapitalistischen Ländern selbst statt. Alle Bemühungen um Entspannung, zum Beispiel in der Bundesrepublik, müssen von diesem Widerspruch ausgehen. Es ist daher eine zentrale Aufgabe des SDS, als einer sozialistischen Organisation in der BRD, diesen Widerspruch bewußt zu machen. — Und an diesem Beispiel wird denjenigen unter Ihnen, denen die Schwergewichtsverlagerung des SDS etwa von der Deutschlandpolitik zur Vietnampolitik als eine Flucht vor den nächsten und wichtigsten Aufgaben erschien, diese Konzentrierung deutlich werden: Wir können heute nicht mehr vordergründig pazifistisch oder dem zu einigenden Deutschland zuliebe einfach n u r für „Entspannung" eintreten. Die Forderung nach „aktiver Entspannung", die einen zentralen Stellenwert in dem Deutschlandplan der SED hat und — aus teilweise anderer Motivation — von vielen pazifistischen Organisationen in der BRD vertreten wird, ist von den Herrschenden in der BRD nicht nur unbeachtet geblieben; sie erschien auch den Beherrschten in der BRD so lange als paradox, so lange diese ihre existentielle Bedrohung nicht im Kapital, sondern, verblendet, im Osten sahen.

Wir sind uns hoffentlich mit der FDJ darin einig, daß eine „Wiedervereinigung" Deutschlands nur erstrebenswert und nur realistisch ist auf der Basis der Transformation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der BRD in sozialistische und darin, daß diese Aufgabe die Aufgabe der abhängigen Schichten in der BRD selbst ist. Diese Aufgabe wird sich aber auch nicht annähernd durch die Fortsetzung der jetzigen Deutschlandpolitik der DDR realisieren lassen. Das Wiedervereinigungsmodell der DDR ist abstrakt zwar in vielen Punkten richtig — da, wo es die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung, Konföderation oder Annäherung beschreibt. Es ist aber nicht die von der SED und der FDJ stets beschworene „monopolkapitalistische Machtelite" (Wohin, S. 352) allein, die dieses Programm bisher so unanwendbar gemacht hat. Seine Unanwendbarkeit liegt in der historischen und aktuellen Nicht-Attraktivität der DDR als einer Alternative für die BRD mitbegründet.

Was wir der FDJ heute als Forderung anvertrauen wollen, ist: die Deutschlandpolitik in der DDR als Wiedervereinigungspolitik zu stornieren und statt dessen die Kraft, die es kostet, sich von dem heute noch stärkeren Partner, der BRD, verhöhnen zu lassen, diese Kraft selbst noch für den revolutionären Aufbau des Sozialismus einzusetzen.

Reimut Reiche

II. Aus dem Grundsatzreferat des SDS (Schluß):

Die innenpolitische Entwicklung der BRD hat offenbar gemacht, daß es hier keine grundsätzliche parlamentarische Opposition gibt; mit der Großen Koalition ist nun auch der Schein einer bürgerlichen Demokratie gefallen. Dies in Verbindung damit, daß Kapital, Staatsapparat und Militär gemeinsam die gewaltsame Expansion zumindest nicht ausschließen, setzt bestimmte Tendenzen für die künftige Entwicklung. Man kann diese Kriegsvorbereitungen der BRD nicht ernst genug nehmen, da die Vorbereitungen auf einen militärischen Konflikt durchaus gerade diesen Konflikt herbeiführen können, den sie vorgeblich zu verhindern trachten. Man stelle sich vor: eine nach Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung quasi generalmobilisierende Bundesrepublik. Sie würde einen militärischen Konflikt geradezu heraufbeschwören. Trotzdem erscheint es uns gefährlich, davon auszugehen, die BRD bereite sich auf die Annexion der DDR vor. Nur diesem Zwecke dienten die Notstandsgesetze. Diese Art der Argumentation, wie sie oft in der Propaganda der DDR erscheint, wäre nicht nur falsch, sie ist auch nicht einmal taktisch zu rechtfertigen. Unterstellen wir der DDR den Willen, die Organisierung des westdeutschen Kapitalismus im eigenen Interesse wie auch im Interesse der westdeutschen Arbeiterklasse, sagen wir einmal, behindern zu wollen. Warum dann diese Organisierung begründen als Vorbereitung auf eine gewaltsame Annexion der

DDR? Glaubt man wirklich, man könne der Bevölkerung der BRD klar machen, es gebe zwar eine Bedrohung der DDR durch die BRD, nicht aber umgekehrt? Wo zweifellos der größere Teil der westdeutschen Bevölkerung geneigt wäre, das Gegenteil zu glauben. Arbeitet nicht solche Argumentation der Propaganda der BRD in die Hände, man benötige Notstandsgesetze für den militärischen Krisenfall, nicht aber um die Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitals zu lösen? Schließlich: Wenn die offiziellen Stellen beider deutscher Staaten die westdeutsche Bevölkerung davon überzeugt haben, daß die Notstandsgesetze nur der Vorbereitung auf einen möglichen Krisenfall militärischer Art dienen, und wenn es beiden deutschen Staaten gelingt, überzeugend darzustellen, daß sie nicht dabei sind, einen militärischen Konflikt herbeizuführen, liegt es dann nicht nahe, daß die westdeutsche Bevölkerung, und wie ich meine, dann zu Recht, sich sagt: „Wenn es eh zu keinem Krieg kommt, dann können die Notstandsgesetze ja zumindest nicht schaden, und sollte es wirklich zum Krieg kommen — man kann ja nie wissen, ist es schon besser, wird sind vorbereitet". Diese Konsequenz der außenpolitischen Erklärung sozio-ökonomischer Prozesse der BRD wäre für die politische Entwicklung der BRD katastrophal. Warum also nicht darauf hinweisen, daß die Notstandsgesetzgebung nicht in erster Linie dem Imperialismus nach außen, sondern dem Faschismus nach innen dient, daß sie nicht der Unterwerfung der sozialistischen DDR, sondern der Arbeiterklasse in der BRD dient, daß sie nicht die Herrschaft der BRD über die DDR vorbereitet, sondern die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiterschaft zementieren soll?

Nochmal zurück: Wir sind nicht bereit, die Frage der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR als isoliertes Problem zweier Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung oder gar noch als innerdeutsches Problem zu diskutieren. Die relevantere Frage ist die nach dem Stellenwert der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in der welthistorischen Bewegung, oder, genauer gesagt, in der historischen Bewegung der Welt hin zum Sozialismus. Lassen Sie mich einige ganz abstrakte Bemerkungen machen. Auf dem Boden der marxistisch-leninistischen Lehre haben sich offenbar zwei Konzeptionen der Weltrevolution entwickelt. Die eine, die sowjetische, geht davon aus, die weitere Entfaltung der Produktivkräfte in den gegenwärtig sozialistischen Ländern werde schließlich dazu führen, daß die materiellen Lebensbedingungen in den sozialistischen Ländern so signifikant besser sind als in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, daß dadurch die manipulierte antikommunistische Ideologie in den kapitalistischen Ländern schließlich aufgehoben werde, daß die Anziehungskraft der sozialistischen Gesellschaftsordnung schließlich so groß werde, daß die Arbeiterklassen der gegenwärtigen kapitalistischen Staaten ihre Regierungen beseitigen und sich selbst sozialistische Gesellschaftsordnungen schaffen. Die andere Konzeption, die chinesische, geht davon aus, daß durch die Entfaltung der Kolonialrevolution, durch die Entfaltung der sozio-ökonomischen Emanzipationsbewegung der Länder der Dritten Welt, die hochindustrialisierten Länder schließlich zu reaktionären Metropolen in einer revolutionären Umgebung werden und unter dem Druck dieser Umgebung zusammenbrechen.

Obwohl diese beiden Positionen von vornherein nicht inkompatibel erscheinen, erfordern die von ihnen antizipierten Prozesse bestimmte Randbedingungen, die von den gegenwärtigen sozialistischen Ländern teilweise geschaffen werden müssen und die nun in der Tat nicht durchweg miteinander vereinbart werden können. Um nur einige Beispiele zu nennen:

Die Entwicklung der sozialistischen Staaten zu für die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder hinreichend attraktiven Modellen hat zur Voraussetzung:

a) eine möglichst ungestörte und effektive Entwicklung der Wirtschaft in den sozialistischen Ländern;

b) als zusätzliches Moment noch eine möglichst ungünstige Entwicklung in den kapitalistischen Ländern.

Mit günstiger Entwicklung der sozialistischen Länder meine ich hier möglichst raschen Ausbau der Konsumgüterindustrie und weitere Verbesserung der Sozialleistungen. Mit ungünstiger Entwicklung in den kapitalistischen Ländern meine ich Verschärfung der sozialen Konflikte in den kapitalistischen Ländern, so daß die sozialistische Modellhaftigkeit überhaupt zum Tragen kommen kann. Um dies an der Rüstung zu exemplifizieren: Sicher ist die Rüstungsproduktion zunächst stabilisierendes Element für die kapitalistische Entwicklung, während sie die Entwicklung der sozialistischen Länder hemmt. Gleichzeitig behindert aber ein hoher gesamtgesellschaftlicher Aufwand für Rüstung bestimmte Entwicklungen auch im Kapitalismus, die innerhalb der sogenannten Systemkonkurrenz, also der Konkurrenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus, von entscheidender Bedeutung sein können. Erstens zieht die Rüstungswirtschaft einen großen Teil der Produktivkraft „technische Intelligenz" aus der übrigen Wirtschaft ab, und zweitens verhindert eine aufgeblähte Rüstung Sozialinvestitionen.

So schreibt etwa Fritz Vilmar: „Die Machteliten kommen dort (in den USA) zu der Erkenntnis, daß man heute ... Johnsons Politik der Sozialinvestitionen, des Kampfes gegen die Armut, des Ausbaus des Bildungswesens bejahen muß. Und zwar aus einem ganz realistischen und sehr harten Grund: weil man sich nämlich in einem gesellschaftlichen Wettbewerb mit dem Osten befindet ... Die Amerikaner haben begriffen, daß, wenn sie nicht künftig sehr viel mehr für die Infrastruktur ausgeben und sehr viel weniger für die Rüstung, sie den gesellschaftlichen und bildungspolitischen Wettbewerb mit dem Osten unter Umständen nicht gewinnen können." (Probleme sozialistischer Politik I, p. 70 f.)

Ich will darauf hinaus: Am Beispiel Vietnam würde dies nämlich heißen: Es kommt der Sowjetunion durchaus zugute, wenn die USA einen möglichst langdauernden und kostspieligen Krieg in Vietnam führen, während die UdSSR gleichzeitig mit den USA zu einem Verhältnis kommt, das es der Sowjetunion gestattet, die Rüstung einzuschränken. Der Ausgang des Krieges in Vietnam erhielte in diesem Zusammenhang wenig Bedeutung. Günstig wäre allenfalls noch, daß er möglichst abrupt endet, da dies die US-amerikanische Wirtschaft in eine Krise stürzen würde. Daraus folgt nun aber, daß die Sowjetunion die revolutionären Kräfte in der Dritten Welt nicht unterstützen muß, weil sie in ihnen das revolutionäre Subjekt sieht, sondern weil diese Revolution eine Randbedingung für das Funktionieren des sowjetischen Weltrevolutionskonzeptes ist.

Anders die chinesische Theorie. Da als der zentrale revolutionäre Prozeß die Kolonialrevolution angesehen wird, wäre es notwendige Randbedingung, daß der Imperialismus an anderer Stelle gebunden wird. Oder konkret: Verschärfung der politischen Lage in Europa, Verschärfung der Spannungen zwischen Sowjetunion und USA würde die USA zwingen, sowohl die für den Aggressionskrieg in Vietnam notwendige konventionelle Rüstung teilweise wieder im Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion abzubauen als auch die Kräfte in Europa wieder zu konzentrieren. Das würde die revolutionäre Bewegung in den Ländern der Dritten Welt zweifellos begünstigen, würde gleichzeitig aber auch die Sowjetunion zur Einschränkung der jetzt als vorrangig geltenden wirtschaftlichen Pläne zwingen. Und hier werden die beiden Konzepte in der Tat kontradiktorisch. Formalisiert: die Verwirklichung des einen Konzeptes schließt die des anderen aus.

Wie ist nun in diesem Rahmen das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu analysieren? Eine Politik, die in Europa Krieg wollte, um die Kolonialrevolution zu begünstigen, wäre Schwachsinn. Eine Politik, die Entspannung betreibt auf dem Rücken der unterdrückten Nationen, wäre konterrevolutionär. Festzustellen, wie eine Politik auszusehen hat, die beides vermeidet, ist unser Diskussionsziel für das Seminar.

Peter Gäng

III. Das Interesse der beiden deutschen Staaten an einer Normalisierung

1. 1 „Normalisierung" ist im politischen Sprachgebrauch ein doppeldeutiger Begriff. Einmal bezeichnet er „normale" zwischenstaatliche Beziehungen, d. h. Austausch diplomatischer Vertretungen, Anerkennung staatlicher Integrität und dgl.; zum anderen enthält der Begriff normative Vorstellungen von der Gestaltung der Gesellschaft. Beide Bedeutungen gehen ineinander über; denn schließlich ist eine „Normalisierung" zwischenstaatlicher Beziehungen — hier: zwischen BRD und DDR — nur möglich, wenn die gesellschaftlich und politisch relevanten Interessen dem zustimmen. Die Frage nach der „Normalisierung" stellen bedeutet also die Frage nach den gesellschaftlichen Interessen in beiden deutschen Staaten aufwerfen.

2. 1 Die Herausbildung einer weltweiten antikommunistischen Front nach dem Zweiten Weltkrieg durch die USA hatte für Westdeutschland vier Konsequenzen:
   a) Restauration des durch den Kriegsausgang angeschlagenen Kapitals,
   b) Verhinderung aller Sozialisierungsansätze,
   c) Materielle Wiederaufbauhilfe für Westdeutschland (zum Beispiel Marshall-Plan),
   d) Entwicklung antikommunistischer Bewußtseinsstrukturen, die zur Disziplinierung der Bevölkerung für den kapitalistischen Wiederaufbau und zur Diskriminierung sozialistischer Theorie und Praxis führte.

2. 2 Die Verstärkung restaurativer Tendenzen in der BRD wurde so lange nicht unmittelbar bemerkbar, als hohe volkswirtschaftliche Wachstumsraten Herrschaftsausübung des bürgerlichen Staates durch Gewährung „staatsfreier Sphären" für den privaten Bürger sicherten. Die Monopolisierung politischer Herrschaftsinstrumente, die Ausschaltung einer demokratische Ansprüche stellenden Öffentlichkeit, konnte sich relativ reibungslos vollziehen.

2. 3 Mit wachsendem wirtschaftlichem Druck wird der „staatsfreie" Raum kleiner. Folgende Konzeptionen deuten darauf hin:
   a) Das Konzept der „formierten Gesellschaft" bzw. der „mündigen Gesellschaft" (Karl Schiller), in dem die Manipulation der Bürger direkt oder durch „Befestigung" der Verbände und deren Funktionalisierung als Transmissionen des Regierungswillens und der mit der Regierung verbundenen Interessen vorgesehen sind;
   b) Das Instrument der Notstandsgesetze, um direkten Zwang ausüben zu können, wenn die Repression durch an den Kapitalinteressen orientierte Formierung nicht ausreicht;
   c) Das Stabilisierungsgesetz, durch das u. a. die Autonomie der Marktpartner, d. h. vor allem: der Gewerkschaften, eingeschränkt werden soll;
   d) Die Finanz- und Parlamentsreform, die mit überkommenen föderalistischen und parlamentarisch-demokratischen Strukturen Schluß machen sollen.

3. 1 In der Strategie des Antikommunismus ist bereits ein aggressives Element enthalten, das sich in der BRD-Politik in Form territorialer Forderungen und der DDR ausdrückt.

3. 2 Ist es möglich, daß diese aggressiven Tendenzen durch „friedliche" kapitalistische Interessen (um beispielsweise Osthandel treiben zu können) ersetzt werden könen?

3. 3 Von der Seite der persönlichen Interessen betrachtet, gibt es auch in der Kapitalistenklasse Entspannungs- und Abrüstungsinteressen. Insbesondere im Fall von ungenügender Kapazitätsauslastung und stagnierenden Inlandsaufträgen wird für die westdeutsche Großindustrie auch der Osthandel interessant. Eine merkliche Ausweitung des Osthandels ist aber nur dann möglich, wenn die zwischenstaatlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern tendenziell „normalisiert" werden.

3. 4 Diese Ansätze zwischenstaatlicher „Normalisierung" sind von einer „Normalisierung" der Gesellschaft im Sinne von Institutionalisierung materiell-demokratischer Möglichkeiten weit entfernt. Trotz solcher „Entspannungsschritte" kann der Monopolkapitalismus nicht ohne Rüstung und Militär auskommen. Der Kapitalismus ist ein System, das nur in bezug auf die Profiterzielung rational organisiert ist, nicht aber um die Friedensinteressen der Völker gesellschaftlich durch Abrüstung und Nutzbarmachung des technischen Fortschritts zur Emanzipation von Individuen und Gesellschaft abzusichern.

3. 5 Rüstung ist mit Demokratisierungsbestrebungen nicht vereinbar, da gesellschaftliche und staatliche Stützung partikularer Kapitalinteressen die Manipulation und u. U. Ausschaltung von Nicht-Rüstungsinteressen beinhaltet.

3. 6 Demokratische Umgestaltung der BRD, von der in DDR-Publikationen sehr viel die Rede ist, bedeutet daher Entmachtung des Rüstungskapitals, und da Rüstung eine notwendige Konsequenz kapitalistischer Strukturen überhaupt ist, die positive Aufhebung eben dieser Strukturen durch eine demokratisch-sozialistische Umgestaltung.

4. 1 Unter diesem Gesichtspunkt ist die Problematik der Wiedervereinigung zu sehen. Sie ist vorab eine soziale und ökonomische und nicht nur eine politische Frage. Unter diesem Aspekt reduziert sich Wiedervereinigung auf zwei konsistente Konzeptionen:
   a) Wiedereinführung des Kapitalismus in der DDR;
   b) Sozialistische Umgestaltung der BRD.

4. 2 Das dritte Lösungsmuster der „friedlichen Koexistenz" hätte für die Bevölkerung der DDR und für die Masse der Bevölkerung in der BRD mehrere wichtige Vorteile gegenüber dem heutigen Zustand:
   a) Die Überwindung des Spannungszustandes in beiden deutschen Staaten könnte Energien für friedlichen Aufbau freisetzen;
   b) In der DDR könnten weitere — im NÖS angelegte — Demokratisierungspotenzen aktualisiert werden, was für die sozialistische Linke der BRD eine große Hilfe wäre, da eine reale sozialistische Alternative mit Exempelcharakter entstünde;
   c) Erhöhter materieller Wohlstand würde zu einer Emanzipation des Menschen aus der „Ökonomie des Mangels" beitragen.

4. 3 Allerdings können friedliche Koexistenz und Kapitalismus nur zeitweise zusammen bestehen, dann nämlich, wenn der bürgerliche Staat aus einer Position der Schwäche heraus gezwungen wird zu „manövrieren". Diesen Zustand der Labilität wird der bürgerliche Staat im Interesse des Monopolkapitals zu stabilisieren versuchen, d. h. letztlich demokratische Positionen abzubauen trachten.

5. 1 Daraus ergibt sich, daß es heute — in Zeiten „friedlicher Koexistenz" — bereits darauf ankommt, den bisherigen Zustand in der BRD zu verteidigen („Verteidigung von Verfassungspositionen").

5. 2 Allerdings muß diese Verteidigung nicht defensiv, sondern offensiv mit dem strategischen Ziel: sozialistische Umgestaltung der BRD geführt werden. Die sozialistische Theorie muß dabei die richtige Strategie und die richtige Strategie die richtige Taktik und eventuell Agitation ergeben. Der größte Fehler wäre es, aus den kurzfristigen taktischen Bedürfnissen der „Verteidigung von Verfassungspositionen" die Strategie und Theorie abzuleiten. Die Folge wäre davon: Abgleiten in reformistische Positionen der Anerkennung derjenigen gesellschaftlichen Grundstruktur, die gerade eine Situation hervorgebracht hat, in der „Verfassungspositionen" verteidigt werden müssen. Eine „Normalisierung" der Gesellschaft würde unter solcher Zielsetzung im Zustand des bloßen Postulats verharren.

5. 3 Der Kampf der sozialistischen Linken in der BRD gegen Notstandsgesetze, für Entspannung, gegen US-Aggression in Vietnam an der Seite der von den ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der BRD direkt betroffenen Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen muß als Einsatz begriffen — und von der DDR anerkannt werden — zur sozialistischen Umgestaltung der BRD.

Elmar Altvater

IV. Abrüstung, Entspannung, friedliche Koexistenz in Deutschland – die außenpolitische Konzeption

Im historischen Rückblick wird man feststellen können, daß etwa bis 1953 die Initiative der Schaffung vollendeter Tatsachen bei den Westmächten und der BRD lag, daß seither die Initiativen die Seiten wechselten und Vorschläge, die jeweils der internationalen Situation wesentlich genauer entsprachen, aus den sozialistischen Ländern kamen.

Spätestens seit 1955/56 kann realistischerweise von Wiedervereinigung nicht mehr geredet werden. Die Wendung der sowjetischen Außenpolitik wurde entsprechend dem atomaren Patt in den Abrüstungsverhandlungen und auf der Gipfelkonferenz 1955 sichtbar (und führte zur Revidierung der westlichen Pläne durch ihre Urheber selbst, als die Sowjetunion ihnen in wesentlichen Punkten zustimmte). Diese neue Außenpolitik erhielt ihren programmatischen Rahmen auf dem XX. Parteitag der KPdSU, als die Theorie der friedlichen Koexistenz erstmals als Prinzip internationaler Beziehungen formuliert wurde. Eine Änderung der europäischen Situation konnte fortan nur noch unter Berücksichtigung des atomaren und politischen Status quo erstrebt werden, die Zeiten der Containment- und Roll-back-Politik waren vorbei. Dieser Status quo erhielt in Europa durch die Machtpolitik des Kalten Krieges sein vorerst dauerndes Gepräge durch die Aufnahme der BRD in die NATO und durch die Remilitarisierung der BRD. Damit war die sozio-ökonomische und militärische Integration der BRD ins westliche Bündnissystem besiegelt und zog die Stabilisierung der DDR im sozialistischen Lager nach (durch den Vertrag zwischen UdSSR und DDR über die Souveränität in außenpolitischen Angelegenheiten und durch den Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt im Januar 1956). Während weltweit in diesen Jahren sich erhebliche Veränderungen der politischen Strukturen abzeichneten, wurde in Deutschland und damit in Mitteleuropa die Phase des Kalten Krieges vorerst zementiert. Die bundesrepublikanische „Politik der Stärke" — eine genaue, wenn auch verspätete Variante zur Politik von containment und roll back — erstrebte die makellose Kongruenz mit der Politik des John Foster Dulles und mit der Truman-Doktrin. Die Bundesregierung Adenauer hatte sich für eine dezidierte und kompromißlose Westintegration entschieden.

Die Hallsteindoktrin und die hartnäckige Beschränkung jeder „Deutschland-Politik" auf die Repetition der Formel von „Entspannung durch Wiedervereinigung" verbaute innen- und außenpolitisch den Zugang zu neuen Situationen. Die Existenz eines militanten Anti-Kommunismus (in Fortsetzung faschistischer Traditionen und Ausdruck der Periode, als das „lineare Denken" [Stevenson] der Apologeten des Kalten Krieges ausreichte, um die „sowjetische Gefahr" zu beschwören) schuf innenpolitisch ein Klima, das die notwendige Revision außenpolitischer Zustände erschwert und damit in einer neuen Situation zur außenpolitischen Isolierung auch von den Verbündeten beiträgt.

Die Vorschläge zur Deutschlandpolitik und zur europäischen Sicherheit von seiten der DDR und der sozialistischen Staaten trugen der je veränderten Situation eher Rechnung. Das zeigen deutlich die Modifikationen der verschiedenen Rapacki-Pläne von 1958, als noch von Wiedervereinigung die Rede war, zum letzten „Gomulka-Plan", der sich auf die Entspannung in Mitteleuropa beschränkt. Die DDR selbst formulierte einen Konföderations-Plan zum ersten Male 1956 und behielt dieses Prinzip — des Verhandelns auf der Grundlage zweier deutscher Staaten — bei. Ebenso allerdings behielten die DDR-Pläne auch die Formel der Wiedervereinigung bei, eine Formel, die — gleichgültig von welcher Seite sie geäußert wird — entweder abgetan werden muß

als eine ideologische Leerformel, deren Verschleierungscharakter allenfalls innenpolitische Bedeutung haben kann, oder die solche prinzipiellen Voraussetzungen in sich birgt, daß sie sich selbst aufhebt.
Tatsächlich kann Wiedervereinigung unter den gegebenen Verhältnissen (nämlich der Konfrontation zweier antagonistischer Sozialsysteme) nicht bedeuten die Zusammenführung „getrennter, gleichwertiger Teile", sondern sie muß „Anschluß" oder „Befreiung der besetzten Gebiete" bedeuten (Kursbuch, S. 17), muß bedeuten die Aufhebung der sozialen Organisation des einen Teils zugunsten des andern Teils, konkret: die Einführung entweder des Kapitalismus oder des Sozialismus in Gesamtdeutschland, also die Expansion des einen oder des anderen Sozialsystems durch Sprengung der Demarkationslinien. Die machtpolitischen Interessen der beiden atomaren Großmächte an einer nuklearen Auseinandersetzung in Europa sind zur Zeit gering, weil die USA ihre Interessenschwerpunkte in den Gebieten der „dritten Welt" haben und weil für die Sowjetunion die ungestörte industrielle Entwicklung mehr Vorteile bringt, „als sie jemals aus der Unterwerfung irgendeines mittleren europäischen Staates ziehen könnte", sich also in ihrem Selbstverständnis das Gleichgewicht der Kräfte ohne Veränderung des formalen Status quo zu ihren Gunsten wandelt (vgl. Isaac Deutscher, Der große Wettkampf, S. 64). Da jedoch eine Revision der Demarkationslinien der Systeme in Mitteleuropa nur im Zeichen atomarer Konfrontation denkbar ist, entfällt jede reale Basis für irgendwelche Vorstellungen zur Wiedervereinigung. Wenn gewaltsame militärische Implikationen der Wiedervereinigungsformel abgelehnt werden, kann ihr Gehalt nur noch ein emotionaler sein, der basiert auf Gemeinsamkeiten wie Sprache, Nation, Kultur usw. und der sich schließlich definiert auf dem Niveau der „Brüder und Schwestern in der Zone".
Nicht nur die Wiedervereinigungs-, sondern auch die Konföderations- und Föderationspläne umgehen die eigentlich entscheidende Frage: die nach der Möglichkeit einer Koordinierung der antagonistischen Struktur der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in den beiden deutschen Staaten. Wenn etwa Herbert Wehner in seinen neuen Föderations-Ausführungen im Anschluß an Nell-Breuning es als eine „brauchbare Arbeitshypothese" bezeichnet, daß „die Menschen im anderen Teil Deutschlands (alles, was ist) nicht ausdrücklich geändert haben wollen", behalten können (Gaus, Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert, Gespräche mit Herbert Wehner, S. 82), so wäre die Frage zu stellen, wie der Wunsch auf Beibehaltung der sozialisierten Industrie zu koordinieren wäre mit einer, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basiert. Die Konföderationspläne der DDR stehen vergleichsweise klar unter dem Stern eines sozialistisch geeinigten Deutschlands, obgleich die wichtigen Etappen des Weges dorthin nicht aufgezeigt werden: wie etwa die Umkehrung der kapitalistischen ökonomischen Integration in Westeuropa aussehen soll. Tatsächlich basieren die DDR-Vorschläge auf der Vorstellung, daß die politische Macht von Arbeitern und Bauern in der BRD allein ein sicherer Garant für eine Wiedervereinigung wäre. Sie bleiben damit vorerst im Bereich der Utopie.
Die Veränderung der Struktur internationaler Beziehungen, deren markantestes Kennzeichen das Aufrücken der Entwicklungsländer in das Zentrum internationalen Geschehens ist, führt bei gleichzeitig wachsender politischer Interdependenz der Welt — noch die Rebellion einer Kolonie tangiert die Machtstellung der Großmächte und macht sich weltweit bemerkbar — zu einem wachsenden Pluralismus der internationalen Beziehungen. Die politische Unabhängigkeit der sich emanzipierenden Länder macht die Auseinandersetzung mit der imperialistischen Großmacht unumgänglich. Die nationalen Interessen werden deutlich und schaffen Gegensätze innerhalb der durch den Kalten Krieg formierten Gemeinschaften: die SEATO etwa zerbrach an den Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan. Wesentlich zum Zerfall der Militärbündnisse aus der Zeit des Kalten Krieges trug die Entwicklung der Langstreckenraketen bei. Wo Militärbündnisse weiter bestehen, wird — bei schwindender militärischer Relevanz — ihr Charakter als politische Repressionsinstrumente verstärkt. Die Integration kapitalistischer Staaten in ökonomischen und militärischen Allianzen hat auch politische Funktionen: sie wird zum wirksamen Instrument, isolierte nationale Revolutionen zu verhindern (etwa in einem EWG- oder NATO-Staat). Die sozialistische Revolution in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern wird kontinental sein, oder sie wird nicht sein. (Dieser Tatsache trägt die Theorie der friedlichen Koexistenz keine Rechnung, wenn sie mit Nachdruck auf die nationalen Möglichkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus verweist.)
Der neue internationale Pluralismus wirkt auf den industrialisierten Teil der Welt zurück, wo die Bündnisse sich auf gemeinsame Interessen stützten, und führt hier zu polyzentristischen Tendenzen und zur Stärkung nationaler Bestrebungen. Der Konflikt China—Sowjetunion half — auf dem Hintergrund der Ereignisse in Asien — die Isolation Jugoslawiens zu durchbrechen und stärkte die (in Ungarn und Polen gewaltsam eingeleiteten) autonomen

Interessen der sozialistischen Nationalstaaten. Im COMECON konnte die Sowjetunion die geplante vertikale Arbeitsteilung nicht erreichen. Die nationalen Interessen setzten sich auf Kosten der supra-nationalen durch.
Im kapitalistischen Block kam es zu ähnlicher Umorientierung und Neuformulierung außenpolitischer Beziehungen. Die Krise der NATO ist Ausdruck der Auflösung der Kalten-Krieg-Allianzen, deren Aktions- und Interessengemeinschaft ihre Basis verloren hat. Die ökonomischen und politischen Pluralismen brachen in der kapitalistischen Welt auf, als das ökonomische und politische Orientierungsbedürfnis an den USA aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entfiel. Die nationalen Märkte können kaum noch expandieren, die Vacua des supra-nationalen EWG-Marktes sind weitgehend gefüllt. Die Ausdehnung auf andere Märkte wird notwendig. Für die differenzierten und spezialisierten Industrien der spätkapitalistischen Wirtschaft kommen die Entwicklungsländer nur bedingt in Frage — als Rohstofflieferanten zwar, kaum aber als Exportmärkte. Das Industrialisierungsniveau und die steigenden Konsumbedürfnisse der europäischen sozialistischen Länder machen diese als Märkte attraktiv. Die militär-politischen Bündnisse (vor allem der NATO) behindern die nationalen ökonomischen Expansionsinteressen der kapitalistischen Staaten. Eine Revision der politischen Fronten des Kalten Krieges wird erforderlich. Bei starker ökonomischer Interdependenz Westeuropas durch die supranationalen Zusammenschlüsse entwickelt sich dabei eine Form des Nationalismus, die sich gegen die Souveränitätsverluste durch Blockbildung richtet. Die zentrifugalen Tendenzen verstärken die nationalen Sonderinteressen auf Kosten des ihnen im Kalten Krieg ursprünglich übergeordneten Interesses des Kampfes gegen den Kommunismus. Die ehemaligen Partner lassen sich nicht mehr vor den Karren der Sonderinteressen eines unter ihnen spannen. Frankreich etwa repetiert für die BRD nicht mehr widerspruchslos die Leerformeln von Wiedervereinigung, Alleinvertretungsanspruch, Selbstbestimmungsrecht etc. Der Durchsetzung dieser ökonomischen und politischen nationalstaatlichen Interessen ist ein politisch entspanntes, im Status quo festgelegtes Arrangement günstig. Daher erhalten die Abrüstungs- und Disengagement-Vorschläge in letzter Zeit eine erneute Aktualität, ihre Realisierungschancen sind handgreiflicher geworden. Wenn die ökonomischen Interessen etwa Frankreichs, Italiens (vgl. die Automobilabkommen mit den sozialistischen Ländern) und in wachsendem Maße auch die bedeutensten der kapitalistischen Kreise der BRD sich auf eine Expansion des Handels mit den sozialistischen Staaten Europas orientieren, dann werden die politischen Gegebenheiten vorerst indirekt unterlaufen (z. B. durch die stillschweigend oder manifeste Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze) und rücken damit zunehmend in den Kreis möglicher Veränderungen.
Politisch-technisch gesehen (hierbei sind jedoch die gesellschaftlichen Hindernis-Faktoren zu berücksichtigen) ist Abrüstung in Europa und Deutschland möglich geworden. Während des Kalten Krieges und der atomaren Herrschaft der USA war Abrüstung nicht möglich (sie hätte entweder einseitige atomare Abrüstung der USA bedeutet, oder durch konventionelle Abrüstung die verschiedene militärische Kräfteverteilung auf anderer Stufe reproduziert). Durch das militärische Machtgleichgewicht und die Situation Mitteleuropas an der Peripherie der machtpolitischen Interessen der Großmächte wird atomare und konventionelle Abrüstung möglich. Die gleichgewichtige Situation wird in Europa durch die Großmächte und ihre nukleare Potenz garantiert. Da eine militärische Auseinandersetzung sich in Europa nicht länger im Stil des konventionellen Krieges vorstellen läßt, ist konventionelle Abrüstung möglich. Zur Erhaltung des atomaren Patts werden Non-Proliferationsabkommen notwendig. Eine militärisch verdünnte oder entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa wird zur realisierbaren Alternative des bestehenden Zustandes.

Die Koexistenz der Sozialsysteme in Europa ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein fait accompli. Seit der Aufteilung der Machtsphären wurden keine Revisionen vorgenommen, sie wurden respektiert (etwa in Ungarn 1956). Entspannung in Richtung auf friedliche Koexistenz bedeutet also vorweg die Anerkennung dessen, was ist: die de facto-Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze (die im übrigen bei Anerkennung der DDR keine bundesrepublikanische Angelegenheit wäre). Eine so beginnende Normalisierung der Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten würde eine Lösung des Berlin-Problems begünstigen.

Außenpolitisch betrachtet ist also Abrüstungs- und Entspannungspolitik aussichtsreicher geworden, da sie wichtigen ökonomischen Interessen in den west- und osteuropäischen Staaten entgegenkommt. Konsequente Entspannungspolitik bedeutet jedoch mehr: sie bedeutet die Rücknahme der Internationalisierung des Klassenkampfes aus der Zeit des Kalten Krieges. Sie bedeutet die Rückverlagerung der sozialen Konflikte, die sich durch einen hypertrophierten Anti-Kommunismus als politische „gegen den Feind" ventilieren ließen, in ihr eigentliches politisch-soziales Feld der kapitalistischen Gesellschaft. Entspannung heißt da-

mit Auflösung der Einheit, die der Kalte Krieg geschaffen hat: Aggressivität nach außen als „Politik der Stärke" und der Identifikation mit jeder brutalen Repression antikolonialer Emanzipationskämpfe und Aggressivität nach innen als ideologische, soziale und politische „Mobilmachung" der Gesellschaft gegenüber dem „äußeren Feind". Entspannungspolitik heißt also: Kampf für eine andere Einheit: Demokratie nach innen und außen als Anerkennung autonomer Lösung von Problemen in Entwicklungs- und sozialistischen Ländern und Anerkennung von sozialen und sozialistischen Alternativen im Klassenkampf der kapitalistischen Gesellschaft.

Tatsächlich bedeutet in der Einheit der Politik des Kalten Krieges für die BRD „Deutschlandpolitik" = „Anschluß" der DDR, heißt die Militärstrategie dazu „Vorwärtsverteidigung" und die entsprechende Gesellschaft nennt sich „formierte". Es ist die spätkapitalistische Organisation des warfare state im Gegensatz zum welfare state. Notstandsgesetzgebung, Große Koalition und gesellschaftliche Formierungspläne können jedoch gerade bei entspannter außenpolitischer Situation eine neue Funktion erhalten: die Verlagerung des Kalten Krieges nach innen. Sie sind Absicherungsmaßnahmen der Herrschenden gegen eine Verschärfung der durch außenpolitische Entspannung ausbrechenden sozialen Konflikte; sie sind Schutzmechanismen gegen eine innenpolitische Entfaltung des Klassenkampfes. Die offizielle Option ist die für den warfare state. Diese Möglichkeit verstärkter innenpolitischer Repression bei erhöhter außenpolitischer Entspannung ist zu berücksichtigen — besonders von jenen, die so optimistisch von dem „antimonopolistischen Strom" der Volksfront der „friedliebenden Kräfte" (Programm der KPdSU 1961) einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus", eine Erringung der „Staatsmacht ohne Bürgerkrieg" durch parlamentarische Mehrheit erhoffen. Die mögliche innenpolitische, militant-autoritäre Entwicklung der BRD wäre schließlich zu berücksichtigen bei Plänen, die weitergehen als die allgemeinen Disengagement-Pläne für Europa.

Ursula Schmiederer

V. Einige Ergebnisse des Seminars

Sich mit der nationalen Frage in Deutschland zu beschäftigen, scheint problematisch. Es gibt wichtigere Fragen für einen sozialistischen Studentenbund: der Friede in Europa und in der Welt, die Sicherheit der Nachbarvölker Deutschlands, die Schaffung realer demokratischer Strukturen in ganz Europa und als Wichtigstes: der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution in Vietnam und den übrigen Ländern der Dritten Welt. Demgegenüber tritt die Einheitsfrage zurück. Ihre Belanglosigkeit ist selbst den herrschenden Kreisen in der Bundesrepublik bewußt geworden, die enttäuscht registrieren, daß gegenüber dem Weltinteresse an Frieden das deutsche Teilinteresse an Wiedervereinigung uninteressant geworden ist. Sozialisten, ob in der Bundesrepublik oder anderswo, kann nur noch beschäftigen, warum die herrschenden Kreise in unserem Lande das Recht auf Selbstbestimmung, Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Deutschland, Alleinvertretung und Entspannung durch Wiedervereinigung nicht vor der Wiedervereinigung fordern; warum die Grenzen in Europa nicht anerkannt werden; warum nicht über die Abrüstung in Mitteleuropa verhandelt wird, wenn schon eine weltweite Abrüstung nicht in Sicht ist. Erst durch eine gesellschaftliche Analyse dieser, in all den genannten Postulaten und Weigerungen ausformulierten imperialistischen Politik würde die theoretische und praktische Basis für eine revolutionäre Friedenspolitik in der Bundesrepublik gefunden werden.

Das Seminar mit der FDJ hat für eine solche Analyse seitens der Abgesandten aus der DDR wenig Interesse offenbart. Die Legitimität der Bundesrepublik und ihrer besonderen innenpolitischen Verfassung — mit Sozialpartnerschaft und Klassenlosigkeitsideologie — beruht negativ auf der Nichtexistenz der DDR als Staat. Daran rühren, heißt eine sozialistische Alternative nicht nur für die DDR und andere osteuropäische Länder, sondern auch für den Westen anzuerkennen und konsequent auch zu formulieren. Man kann ohne Verlust der sozialistischen Perspektive nicht sich auf das staatsrechtliche Problem der Anerkennung beschränken. Es würde dabei aus den Augen verloren, daß die Folgen des Zweiten Weltkrieges nicht im Rahmen nationaler Staatlichkeit zu lösen sind, sondern vielmehr die Folge des faschistischen Krieges, eben der Konflikt zweier Gesellschaftsordnungen ist, die sich, jede auf ihre Weise, um die Überwindung der „faschistischen Epoche" bemühen. Dieser Konflikt geht nur vordergründig um das Feld, das jede von beiden beherrscht. Die bloße de facto- oder de jure-Sanktion bestehender Grenzen und Staaten entbindet nicht von der Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung der Welt.

Die Fragen der FDJ: warum die Bundesregierung noch in keinem Fall auf die positiven (!) Vorschläge der Regierung der DDR zu Entspannung und Normalisierung geantwortet und warum die herrschenden Kreise in der BRD ihre Pläne zur Annexion und Rekapitalisierung der DDR noch nicht aufgegeben hät-

ten, kann man nur rethorisch verstehen, obwohl sie so nicht gemeint waren. Für den Imperialismus ist die „deutsche Frage" eine offene Wunde, die nicht heilen darf, weil sie nicht heilen kann, ohne daß die Kapitalsherrschaft ihre außenpolitische Mobilisierungsideologie verlieren würde. Die Differenzen, welche im imperialistischen Lager über Entspannung und deutsche Frage bestehen, lassen sich sehr wohl auf Kategorien der Konkurrenz zurückführen. Wenn es auch vordergründig heute „friedensliebende Länder" und eher aggressive gibt, so liegt doch die Vermutung sehr nahe, die „friedensliebenden" verteidigen entweder Privilegien (USA) oder strichen eine außenpolitische „Differentialrente" ein, welche auf der strategisch günstigeren Lage gründet (Frankreich). Die nationale Frage bietet keinen Ansatz für eine sozialistische Politik der Einheitsfront oder „Volksbewegung". Hier liegt eine grundsätzliche Fehleinschätzung der FDJ vor, die jedoch nicht allein auf Unkenntnis oder taktisch-diplomatischen Interessen beruht. Offenbar haben die herrschenden kommunistischen Parteien, insbesondere die SED, jenes Trauma nicht überwunden, daß die doch an sich „friedliebenden Volksmassen" vor und nach 1933 in unerwartetem Ausmaße zum Faschismus übergelaufen sind. Eine unkritische Friedensstrategie möchte diese Volksmassen nicht noch einmal kampflos der Reaktion überlassen. Danach gibt es auch jenseits der Ökonomie ein gemeinsames Interesse am Frieden, von diesem gemeinsamen Interesse her ließen sich sogar die ökonomischen Interessenkonflikte wenigstens so lange überspielen, bis die antimonopolistische Einheitsfront stark genug sei, um das Monopolkapital und seine imperialistische Politik in die Schranken zu weisen. Dieser „Primat der Politik" übersieht völlig, daß die Hintanstellung der materiellen Interessen der „Volksmassen" die Aufgabe ihrer Mobilisierung bedeutet. Die Sozialisten sind nicht „die besseren Vertreter der nationalen Sache", wie Dimitroff 1935 mit situationsbedingtem Recht sagen konnte. Die Sozialisten sind die besseren Vertreter der sozialen Fragen. In der Abwehr dieser Perspektive durch die FDJ kommt fast ein sozialdemokratischer Pazifismus klassischer Prägung zutage, etwa Hilferdings „realistischer Pazifismus" bei gleichzeitiger ständig sich erweiternder demokratischer Mehrheit und „öffentlicher" Monopolkontrolle. Man muß sich klar darüber sein, wie sehr gerade für die Situation der Bundesrepublik die internationale Konkurrenz der imperialistischen Länder eine eminente Gefahr für die „Friedenskräfte" darstellt. Die bundesrepublikanische Bevölkerung hat in all den Jahren des Wohlstands und des Aufstiegs sich die herrschende Ideologie zu eigen gemacht, nach der es die Sowjetunion und insbesondere die „ostdeutschen" Kommunisten waren, die Deutschland gespalten haben. Fallen Krisenerscheinungen in der Wirtschaft mit dem Zutagetreten der außenpolitischen Abhängigkeiten der BRD von den USA und auch von Frankreich zusammen, verstärkt durch die amerikanisch-sowjetische Entspannungspolitik, so bestehen zwar grundsätzlich zwei Alternativen: Entweder die Bundesrepublik sucht ihr Heil in einer elastischen Außenpolitik, die im Interesse des Weltfriedens als Fernziel eine Neutralisierung Mitteleuropas anvisiert; oder die Bundesrepublik versucht mit allen Mitteln im rein militär-strategischen Sinne „souverän" zu werden.

Entscheidend für die Wahl der einen oder anderen Alternative ist die Rolle des Antikommunismus in der BRD, die Frage, ob sich eine militär-strategische Souveränitätspolitik, eine aggressive, imperialistische Politik, weiterhin rechtfertigen läßt. Das Verhältnis zum „Kommunismus" ist nicht einfach durch eine Normalisierungskampagne zugunsten einer Anerkennung der DDR umzukehren. Die FDJ — und hier wohl in präzisem Sinne als Vertreter der DDR — zeigte kein Verständnis für dieses Problem der Politik im nachfaschistischen Kapitalismus. Die Erkenntnis der gewachsenen Rolle der Politik im Kapitalismus läßt sich nicht einfach zugunsten einer wie immer gearteten demokratischen Mehrheit ummünzen. Den Schein und in beschränktem Maße auch die Wirklichkeit effektiver politischer Mitentscheidung haben die abhängigen Schichten im Kapitalismus allein durch ihre Systemkonformität gewonnen, dadurch, daß sie sich der herrschenden antikommunistischen (im weiten Sinne reformistischen, harmonisierenden) Ideologie unterworfen haben.

Eine mögliche „sozialistische Renaissance" kann nicht mit der Friedensfrage und dem Problem der nationalen Einheit beginnen. Die Koinzidenz von nationaler Frage und ökonomischer Interessenpolitik geht nach rechts, das zeigt die NPD. Die bloße Friedenspolitik hängt in der Luft, das zeigt die DFU. Eine sozialistische Perspektive liegt jenseits von Pazifismus und bloßer Anti-Atom-Kampagne, sie liegt auch jenseits von Wiedervereinigungspolitik. Gerade eine Friedenspolitik, die darauf setzen muß, den Antikommunismus in jenen Volksschichten abzubauen, die der Natur ihrer sozialen Interessen nach nicht antisozialistisch sein können, sondern nur auf Grund manipulativer politischer Scheininteressen, muß die sozialen Interessen der Abhängigen wieder sichtbar machen, um sie zu aktivieren. Gleichwohl liegt hier ein Ansatz für eine Normalisierung des Verhältnisses zur DDR. Wenn es gelingt, im Kampf gegen die militär-strategische Souveränitätspolitik den Massen die

Kosten einer solchen Politik klarzumachen und ihnen zugleich Lösungsmuster der sozialen Fragen vorzulegen, die die materiellen Vorteile des Sozialismus klarlegen, dann wird es sehr darauf ankommen, inwieweit die DDR im Zuge des „Neuen Ökonomischen Systems" praktisch diese Lösungsmuster verwirklicht. Die Anerkennungsfrage erscheint in diesem Kontext zwar keineswegs überflüssig, aber ihr rein defensiver Charakter wird deutlich: sie kann allenfalls dazu dienen, die Bereitschaft zur Gewaltlosigkeit sowohl in der BRD selbst (in Zusammenhang mit der Anti-Notstandskampagne) als auch gegenüber der DDR zu schaffen. Die Verankerung dieser Bereitschaft kann aber nur in den materiellen Interessen der Abhängigen gefunden werden, deren eigenes Interesse das Bewußtsein ermöglichen muß, daß die Gewalt gegenüber der DDR die Gewalt gegen sie selbst bedeutet. Die Differenzen, die auf dem Seminar mit der FDJ an diesem Punkt aufgetreten sind, sind diplomatischer Natur. Offensichtlich kommt es der DDR im Augenblick, nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen, eher auf eine Legitimierung der DDR als auf eine sozialistische Alternative in der Bundesrepublik an. Verbal wird zwar — auch auf dem Seminar — aufrechterhalten, daß die „Grundinteressen der Massen auf Sozialismus und Kommunismus" gehen. Tatsächlich aber grenzt die Ost-West-Grenze mehr ab als nur verschiedene geographische Räume. Sie trennt die sozialistischen Staaten des Ostens auch praktisch von den sozialistischen Bewegungen im Westen. Hier liegt eine andere Aufgabe sozialistischer Politik in der Bundesrepublik: die der Konfrontation des etablierten Sozialismus mit den Interessen der Abhängigen im Westen. Eine solche Konfrontation verläuft anders, als die FDJ sie sich vorstellt. Nicht das Interesse zweier deutscher Staaten an einer Normalisierung ihrer Beziehungen steht im Vordergrund, sondern die Interessen der Abhängigen im Kapitalismus im besonderen und die Befreiung des Menschen im allgemeinen. Es ist unumgänglich, daß die Sozialisten in der Bundesrepublik sich daher mit dem Problem der „Freiheit im Sozialismus" auseinanderzusetzen haben, so wie es von ihren Gegnern aufgeworfen wird. Gerade weil es für eine sozialistische Politik in der BRD die vorerst unüberwindlich erscheinende Schranke des allgemeinen Bewußtseins gibt, das geprägt ist von der Vorstellung, Freiheit und Organisation schlössen sich aus, Freiheit also reduziert ist auf den Privatbereich des einzelnen, kann sich eine Normalisierung des Verhältnisses der Abhängigen zum Sozialismus — und allein auf dieser Ebene scheint eine Diskussion um die Anerkennung der DDR sinnvoll — nur entwickeln im Rahmen der materiellen Interessen der Abhängigen und deren praktischem Kampf um ihre Befriedigung. In diesem Kampf ist das Verständnis der Freiheit als kollektive Kategorie zu gewinnen, als Problem der Formen und Methoden, welche die Menschen kollektiv in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zur Befriedigung ihrer Interessen entwickeln. Den Beweis dafür, daß die Politik der DDR „die Interessen des Volkes wahrnimmt" (FDJ), kann sozialistische Politik erst dann antreten, wenn sich zeigt, daß in der DDR das Volk seine Interessen wahrnehmen kann.

Die Revolutionen in den Ländern der Dritten Welt setzen unmittelbar die nicht mehr bloß theoretische Auseinandersetzung um Freiheit als individuelle oder kollektive Kategorie auf die Tagesordnung. Dort kann sich Freiheit nur im kollektiven Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus entfalten. Dort wird offenbar, daß das von der FDJ so betonte Interesse der Werktätigen am Frieden international gesehen nur die Übertragung des sozialen Friedens im Kapitalismus auf die Weltpolitik ist. Wenn die FDJ eine offene, friedliche Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten fordert, also „Systemwettbewerb", dann unterschlägt sie die andere Seite der Sache: die Verkehrung des Systemwettbewerbs in den kalten oder offenen Krieg durch den Kapitalismus. Die Hoffnung, angesichts der atomaren Drohung ließen sich weltpolitische Interessensphären abgrenzen und unterhalb der Schwelle weltpolitischer Konfrontation könnten sich andererseits die revolutionären Kämpfe der Dritten Welt entwickeln, trügt. Das imperialistische Lager hat bisher gerade diese Politik zur Zerschlagung der Revolution benutzt. Und eben mittels der Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten kann der Imperialismus das eine (Koexistenz) tun und das andere nicht lassen (Krieg). Es ist selbstverständlich: sozialistische Politik ist verstrickt in die Widersprüche dieser Weltpolitik. Aber sie kann nicht kurzsichtig meinen, diese Widersprüche böten mehr als nur taktische Ansätze für eine Friedenspolitik.

Konfrontation der materiellen Interessen der Abhängigen im Kapitalismus mit der imperialistischen Politik und dem Sozialismus jenseits der Ost-West-Grenze ermöglicht erst konsequente Friedenspolitik. Sie muß in dieser Konfrontation das „Interesse der Werktätigen am Frieden" erst durch deren Interesse an der eigenen und der Befreiung der unterdrückten Völker der Dritten Welt entwickeln. Für eine sozialistische Politik in der BRD — und das war auch das Ergebnis des Seminars, wenigstens für den SDS — heißt die Devise nicht Konföderation, sondern Konfrontation.

Bernhard Blanke

Was hier in Berlin los war — für Zeitungsleser

Das Sit-in im Sommersemester ergab, daß geredet werden sollte — einmal in den paritätisch zu besetzenden Kommissionen und dann in öffentlicher grundlegender Diskussion mit dem Rektor. Da ging's schon los — die wichtige Universitätskommission wurde nicht paritätisch besetzt. Der Konvent fühlte sich schwach, unfähig, studentische Öffentlichkeit herzustellen, er nahm es hin. Dann — die durch das Sit-in erzwungene Diskussion mit dem Rektor über die Probleme der Studenten kam erst nach zähen Verhandlungen am 26. 11. zustande. Aber wie. Lieber wollte nur über seinen Vortrag auf der vorangegangenen Immatrikulationsfeier reden und wich aus, immer wieder. Die Studentenfunktionäre konnten ihn destruieren — doch unöffentlich. Das wollte eine Gruppe, der auch SDSler angehörten, demonstrieren — durch Verteilung der jetzt berühmten Flugblätter („professorale Fachidioten", „von diesem Gespräch haben wir nichts zu erwarten" etc.) und Diskussion. Sie scheiterte an den „akademischen Formen", die nur dem Rektor ein Mikrophon zubilligen, die Rednerliste manipulieren, Flugblattverteilung unangemessen erscheinen lassen etc. Lieber ging ab, und die Autorität wandte sich noch einmal gegen die Demonstrierenden — die Studenten gingen unbehaglich lachend hinaus.

Anfang Dezember veranstaltete dann die KfA eine Vietnamwoche mit verschiedenen Veranstaltungen, von denen der SDS eine übernahm — Pflicht und Schuldigkeit, Spezialisten usw. Wir zeigten Filme. Zugleich hatte der RCDS ein „Mitglied des leidenden Volkes", den südvietnamesischen Botschafter aus Bonn, eingeladen, die Wahrheit einmal SDS-ungeschminkt, objektiv und ohne schädliche Emotionen zu bringen. Nach unseren Filmen gingen wir einmütig zu der „Exzellenz" rüber, von der wir dann hörten, daß die Amerikaner dort unten nur ein wenig helfen, man sehe sie kaum, und die Sache mit der Ky-Demokratie sei eben wegen des Vietkongterrors so schwierig. Da wurden die Zuhörer — 600 gegen 20 — „unfair", „unsachlich", denn solche Märchen waren nach den Jahren amerikanischen Vietnamkrieges doch eine Unverschämtheit. Die Zeitungen fanden natürlich, der SDS wolle nur noch randalieren — wir dagegen waren erstaunt über unsere Zuhörer, die auch genug von solchen Redereien hatten.

Dann sollte am 10. Dezember auch noch eine Vietnamdemonstration stattfinden, da wir ja nun mal als Interessenvertreter bei jeder Eskalation pflichtgemäß mit den Zähnen knirschen, damit sie der Öffentlichkeit nicht entgeht. Am Tag der Menschenrechte, dem Demonstrationstag, konnte man ja mit dem Unbehagen der Leute rechnen, das auch von unseren öffentlichen Trauermärschen herrührte. Doch warum demonstrieren wir für den Vietkong, weil wir etwas mit ihm zu tun haben, oder weil wir ihm wirklich helfen können? Doch wohl eher, weil wir ganz abstrakt gegen Unterdrückung u n d gegen die Unterdrückung, die wir selbst erfahren, demonstrieren. Und deshalb fallen uns für Demonstrationen Vietnam ein, Santo Domingo und die Dritte Welt. Denn dort sieht man ganz deutlich, wer totschlägt und wer totgeschlagen wird. Hier aber nicht! Dadurch wird eine Demonstration gegen Unterdrückung ganz automatisch zu einer Demonstration auch gegen die Polizei als Instrument der Unterdrückung hier — z. B. von Demonstrationen.

Den am Sammelplatz versammelten Demonstranten war das nicht sehr schwer klarzumachen, denn sie hatten von den Verhandlungen der KfA mit der Polizei gehört. Die KfA hatte für die übrigen Verbände mit eine Route und Zeit aushandeln müssen, die verkehrstechnisch sehr günstig war — sie verlief am Samstagnachmittag durch eine breite Verkehrsstraße (nur Autos) und führte von hinten an den Wittenbergplatz heran. Dort konnte man die Demonstranten weder sehen noch richtig hören. Demonstrationen sind ja grundgesetzlich garantiert, nicht genehmigungspflichtig — aber da gibt es halt eine Güterabwägung: Was ist wichtiger als der samstagliche Weihnachts- und sonstige Einkauf!

Die Leute wollten aber keinen Trauermarsch für die Polizei und das Wohlwollen der Springerpresse machen, und sie waren sofort bereit, abzuweichen, noch ehe der Marsch richtig begann — eine Überraschung für die Polizei.

So begann es, und die Polizei schlug sofort brutal zu und machte Jagd nach Plakaten und Pappköpfen. Die Demonstranten klumpten an den Stellen, wo geschlagen wurde, und dadurch konnte die Polizei sie nach einer Weile, jedenfalls einen Teil von ihnen, zwingen, wieder Richtung Wittenbergplatz zu marschieren. Mehrere Gruppen wurden abgesprengt und marschierten allein und singend in verschiedenen Richtungen. Sie übten als erste die Taktik des Zerstreuens und des Wiedersammelns — sie verwandten auch die unaggressiven Mittel gegen die Polizei — sie

warfen Bonbons und Konfetti. Die Polizei war zunächst hilflos — wie soll ein bestreuter Polizist schlagen? Ein beworfener Polizist zog sich aber dann aus der Klemme, er brüllte, bestreut, „Körperverletzung" und griff an.

Die Marschierer kamen natürlich, wie immer bei Schlägereien, schlecht weg. Die Polizei fuhr mit Mannschaftswagen vor und sackte viele von ihnen ein. Sie wurden zum Teil weit weg gefahren vom Demonstrationsort, aber waren bald wieder da. Auf dem Wittenbergplatz gab es dann eine Kundgebung — Flüstertüten und Polizei, die den Redner darum ersuchte, er solle die Demonstranten ermahnen, nicht den Rasen zu betreten. Die Leute im äußeren Kreis hörten nichts mehr von der Tüte, in die die Redner mit hoher Stimme schrien. Es war ziemlich langweilig, und man hielt sich lieber an Vorübergehende, die z. T. aggressiv reagierten — das war interessanter. Außerdem wollte man nachher im Zuntz Kaffee trinken. Und dort traf man sich auch — ohne Marschkolonne und allmählich, es wurden einfach immer mehr, die herumstanden, und sie begannen Weihnachtslieder zu singen — für die Polizei ein Grund einzugreifen. Es spielten sich ergreifende Szenen ab, aber so sind diese Demonstrationen nun einmal. Lief z. B. ein Demonstrant, hinter ihm ein knüppelschwingender Polizist — der Getroffene brüllte wutentbrannt und laut: „Johnson-Mörder" und „Amerikaner 'raus aus Vietnam".

Falken stellten sich mit eingebrachten Demonstranten in Reihe an die Blauen Minnas und baten, auch mitgenommen zu werden, was ihnen nicht erlaubt wurde. Zwei Polizisten suchten verzweifelt ein Koppel, das verlorengegangen war — der eine war völlig aufgelöst, ohne das zusammenhaltende Leder hatte er kein Interesse mehr für den Kampf. Ein Taxifahrer unterstützte uns hupend und wurde weitergewiesen von motorisierten Polizisten — er müsse doch wegen der vielen Leute langsam fahren, sagte er.

Und da war dann auch das Happening: Plötzlich stand ein Weihnachtsbaum unter den Demonstranten inmitten zweier Köpfe von Johnson und Ulbricht; der Baum war geschmückt mit der amerikanischen Flagge und Paketen an seinem Fuß — und er wollte nicht brennen. Nur der Texanerhut Johnsons (Gips) tat das. Die Polizei zerstörte das Idyll, „weitergehen!", und das, wo man doch gerade den Weihnachtsbaum besang. Sie zerstörten alles. Singen und marschieren, Sprechchöre und Straßenseitenwechsel — die Polizei spielte immer tapfer, z. T. brutal mit, meist etwas zu spät kommend — so ging das noch lange.

(Für Zeitungsleser: Es wurden keine Steine geworfen, und die Straße wurde nicht besetzt, nur die breiten Trottoirs — und die Schlägereien beginnen meist, wenn die Polizei kettenweise schiebt und einer stolpert — oder gestolpert wird — der ist dann dran.)

Fazit: Erbeutete Demonstranten und Plakate und die übliche Presse.

Durch Flugblätter wurde dann zu Diskussionen aufgerufen — zwei stark besuchte fanden statt, die dann zum Ergebnis die nächste Demonstration für die Polizei hatten. Als Konzeption schälte sich folgendes heraus: Die Demonstrationen waren Trauermärsche und erfolglos. Die Angst der Teilnehmer schlug in blinde Wut um, wenn die Polizei schlug. Ihre Stärke ist aber das Schlagen und vor allem die Situation des Schlagens. Unsere ist die Beweglichkeit, die aber unabhängig ist von der psychologischen Überlegenheit. Wer immer verliert, hat unrecht, auch vor sich selbst, und Angst — und vor allem: er resigniert. Wenn er aber einen Erfolg erreicht, und auch nur den, sich bewegen zu können, wie es ihm gefällt, wenn es ihm dann auch noch Spaß macht, dann wird er der Überlegene. Und es ist mehr, es ist ein politischer Beweis für die Möglichkeit, daß auch Minderheiten Chancen haben, wenn auch zunächst nur auf der Straße. Wie kann man aufklären, wenn man täglich für sich selbst und vor anderen widerlegt wird durch Gewalt. Richtiges wird dadurch falsch, daß es machtlos ist; eine Lobby, ewige Querulanten, die immer verbissen dafür mit den Zähnen knirschen. Was also tun: Sich etwas einfallen lassen auf dem Ku-Damm, konzentrieren und dezentralisieren, keine Schlägereien, sondern sickern, singen, nicht brüllen, wer kann schon etwas gegen Passanten und Einkäufer machen, es war ja vorweihnachtlicher Einkaufssamstag.

So ging es denn auch, diesmal mit politischer Polizei und unter Leitung der Kripo. Zivilisten schnappten sich mit Gewalt bestimmte Leute von der Straße weg, die zum Teil nichts getan hatten, aber bekannt waren — außerdem auch solche, die entweder irgendwie eifrig diskutierten oder gar noch irgendwelche Plakate trugen und immer nur dann, wenn sie wie Studenten aussahen, denn man wollte offensichtlich eine bestimmte Quote Studenten wieder haben, da Krakeeler und Rowdys eben nur FDJ oder Studenten sein können — siehe Senatserklärung: West-Berlin braucht keine Rowdys, die sich Studenten nennen, sondern junge Menschen, die verantwortungsvoll am Staate mitarbeiten oder so ähnlich. (Von der FDJ und SED ist man mittlerweile abgekommen — das zieht nicht mehr.) Im Gefängnis wurde deshalb einer im guten Anzug: „Sie gehören doch sicher nicht zu denen da", trotz mehrmaligen Leugnens aus dem Gefängnis geworfen. Ältere Herren konnten noch so viel rumbrüllen,

wie sie wollten, sie wurden nicht mitgenommen (für Anekdoten noch in der „Zeit" Nr. 1 von Kai Hermann und im Kölner Stadtanzeiger vom 18./19. 12. 66 von Walter Barthel, die die besten Artikel enthalten — die beiden waren die miteingesackten Journalisten.)

Trotzdem nahm die Polizei diesmal viele Passanten mit und schlug sie auch, denn es wurde diskutiert zumeist von und mit Passanten. Es bildeten sich große Klumpen, die jeweils um einige Debattanten herumstanden, und die Polizei kämmte mit der Besatzung eines Mannschaftswagens mehrere Male über den Bürgersteig mit der Aufforderung: „Weitergehen, nicht stehenbleiben!" Das ging militärisch vor sich — „Rechter Flügel marsch", „Knüppel frei"— maschinenartig, mechanisch. Die Leute, die das schon wußten, verteilten sich jeweils und bildeten durchlässige Spaziergängermengen. Sie formierten sich dann immer wieder neu nach den Manövern und diskutierten weiter — es war beinahe eine Konvention. Happenings gab es keine, versucht wurde es nur bei einer Evangelisationstruppe, die reinliche Musik und Wort machte zu den jungen Menschen am Weihnachtsfest. Aber es ging noch nicht sehr gut — die Übung beschränkte sich auf das Beweglichsein.

Im Gefängnis war's dafür lustiger, da sich die Festgenommenen auf den Fluren aufhalten mußten. Man tanzte und agitierte, es wurde eine Hungerrevolte gemacht und mit Polizisten gesprochen. Ein Schauspieler, der am Abend im „Faust" spielen sollte, war dabei und zwei Journalisten, auch Spaziergänger, die schnell merkten, daß die Polizei an ihrer Misere schuld war, nicht diese Querulanten. Ein Polizist sagte im vertraulichen Gespräch, daß er den Kommunismus eigentlich ganz gut fände, nur eben nicht den Ulbrichtschen, und er bat einen Festgenommenen, ihm, wenn man am Weihnachtsabend was machen wolle, doch vorher eine Karte zu schreiben — da könne er noch zu Hause krank machen. Als allerdings einer anfing, die Strategie für die nächsten Aktionen mit den Mitgefangenen zu diskutieren, wurde er in eine Einzelzelle gesteckt.

Alle wurden nach etwa 5—9 Stunden wieder freigelassen, aber ihre Namen der Universität mitgeteilt, damit sie ein Disziplinarverfahren einleiten kann.

So wie die Demonstration begann, so endete sie auch — vom langsamen Mehrwerden am Samstagnachmittag, wo man häufig auf dem Ku-Damm spazierengeht und schon mal Zeit hat, wurde es weniger gegen 18 Uhr, wo man nach Hause geht und was ißt oder sich aufwärmt. Zwischendurch konnte man auch ins Café gehen.

Ich würde sagen, das Ganze hat sich eingeführt, und man könnte sich vorstellen, daß man so etwas häufiger und dann auch gezielter und später mit traditionell politischen Themen macht. Jetzt könnten vielleicht auch einmal irgendwelche Minderheitsgruppen oder Happenisten was machen — man müßte ihnen nur helfen und ihnen erklären, daß es keinen Sinn hat, auf die Zeitungen zu schielen oder auch immer nur auf Wirkung bedacht sein — es muß ihnen selber was gelingen, so daß es ihnen gefällt, und das wird halt, deswegen sind es wahrscheinlich Minderheiten, zunächst nur ihnen gefallen. Aber das ist immerhin unaggressiv und vielleicht überzeugend — denn warum sollten sie nicht, man kann ja weitergehen, wenn es nicht gut ist.

Ich glaube, daß Politisierung zunächst von seiten der kleinen Gruppen und auch von seiten der Berliner (Wir Berliner) heißen muß: Stellung und positive Entscheidung der Machtfrage in öffentlichen, aber unwichtigen Dingen. Sie ist vielleicht die einzige Möglichkeit, Öffentlichkeit vielleicht auch für wichtige Dinge zu finden. Ausbrecher und Hertieknacker haben recht und Sympathie sogar bei der Bildzeitung, so lange sie es schaffen, diese Frage für sich zu entscheiden. Der in sie gesetzten Hoffnung wird aber dann um so schlimmer eins versetzt, wenn sie wieder verlieren. „Geschieht ihnen recht" und „das wäre ja noch schöner", ehrlich währt eben doch am längsten, „wir arbeiten ein Leben lang und die . . .?" — „wo käme man denn da hin" — „wenn das nun alle täten" usw. Andererseits, der nie gefaßte Dieb bezahlt mit Anonymität, ihn gibt es nicht mehr. Wir wären da günstiger dran, denn systematische Sympathien sind dann öffentlich, und man kann sich an sie wenden. Uns gibt es, und man kann sich davon überzeugen und mitmachen ohne Resignation und Risiko, z. B. einkaufen und diskutieren oder zuschauen am Ku-Damm. Das wäre viel, aber erreichbar.

Mittlerweile gab es die Streitigkeiten um die Gebührenpauschale für die Berliner Hochschulen, die für den überwiegenden Teil der Studenten eine erhebliche Verteuerung ihres Studiums bedeuten — ein nettes Geschäftchen für den Senat dieser Stadt. Es war die übliche Tour: keine vorhergehenden Informationen und Diskussionen mit den Betroffenen, sondern Dekrete.

Also wollte man demonstrieren, ordentlich, Öffentlichkeit, organisiert vom VDS-Landesverband. Aber die Polizei wollte nicht, vorsichtshalber wird es keine Demonstration in der City mehr geben, da das Rechtsgut der Versorgung der privaten Haushalte nicht hinlänglich zu schützen sei, wenn es Verkehrsstörungen gibt. Dann wurde ein Drittel der

studentischen Haushaltsgelder vom Kuratorium FU (Vorsitz: Albertz) gesperrt.

Wegen des Demonstrationsverbots fand in der TU eine Protestversammlung statt — eine Groteske. Es wurde empört getan und geredet — stundenlang. Als man dann hörte, daß einige Studenten, die gegen eine Kranzniederlegung durch Kiesinger am Mahnmal für Opfer des Naziregimes demonstrierten (er tat's dann später diskret, geschmackvoll in Plötzensee), verhaftet worden waren, fragte man schüchtern, ob man nicht etwas tun solle — vielleicht demonstrieren, trotzdem? Da aber, allen voran Nevermann, wußten die Funktionäre plötzlich, daß das Gewalt anzuwenden hieße gegen Gewalt, daß das unvernünftig und irrational sei — nein, man müsse die schönen Ansätze vertiefen, nur Analyse überzeuge letztlich, das Recht ist doch immer auf der Seite der Rechthabenden. Man blieb sitzen — lange noch, langweilig, ohne Wirkung. Die Presse lobte.

Zwei Tage später waren wir dran: Politische Polizei erschien. Zivil gekleidet, unverschämt neugierige, alles anfingernde, umdrehende, dumm fragende: Ist das eine Schreibmaschine, was machen Sie damit, was ist das für eine Maschine, geht das Fenster auf den Hof, sind das Plakate... Herren und eine Frau verteilten sich in den Räumen und sicherten die Eingänge und die Straße — etwa 15. Sie wollten Schriftproben und einiges andere, so lautete der seltsam zustande gekommene Durchsuchungsbefehl. Sie wollten aber die Kartei, was nicht drinstand. Sie konnte gerade noch versiegelt werden. Wir mußten nachher sehr aufräumen.

Vier ehemalige Rektoren der FU fühlten sich mit den „Fachidioten" gemeint und hatten Beleidigungsklage erhoben — ein guter Vorwand für eine Hausdurchsuchung — man muß sich doch über den SDS auf dem laufenden halten.

Und alles war offenbar schon ausgedacht. Der Haussuchungsbefehl war schon zwei Wochen vorher ausgestellt, erst vom zuständigen Richter nicht, dann aber nach Beschwerde von der nächsten Instanz. Und der Zeitpunkt hätte günstig sein können: vielleicht zwei Tage vorher in der TU der SDS als weitertreibender, auf die Straße treibender Kern, und einen Tag vorher die ganzen Springer „Jetzt muß aber...", „Wir können nicht...", „Wir fordern und mit uns alle Bürger..." und so, und dann die Hausdurchsuchung. Alle wären zufrieden gewesen. Leider kam alles anders. Der SDS trieb nicht, die Presse lobte, die Polizei kam im falschen Moment. Und dazu noch tickten ADNs Fernschreiber schon eine Stunde vor Beginn, die Hausdurchsuchung habe stattgefunden. Die Presseleute kamen dann mit der Polizei an. Dafür gab es Öffentlichkeit, haufenweise plötzlich — Empörung geradezu. Nun wollte man demonstrieren — das ergab sich aus der Protestversammlung in der FU. Gegen Albertz und für die Öffentlichkeit in der City.

Das durften wir alles auf einmal — Albertz auspfeifen, als er einweihte (IFK-Institut) und stundenlang eine Hälfte des Ku-Damms für uns haben (die Bürger dieser Stadt müssen gehungert haben). Vom Olivaer Platz zogen wir gemächlich zur Gedächtniskirche. Der Ku-Damm war gesperrt und leer — es regnete. Die Polizei hielt sich diskret zurück. Grass und Enzensberger fiel nicht viel ein, Empörung ist anstrengend, auf dem Platz vor der Gedächtniskirche, aber Nevermann wollte jetzt jederzeit für dieses Thema überall in Berlin demonstrieren dürfen — vor zwei Tagen hörte man's anders.

Die Empörung hat sich gelegt — die „Morgenpost" war verwirrt: „Einmal dürfen die Studenten verprügelt werden — dann wieder werden sie gehätschelt, was sollen die armen Polizisten denken! So was ist nur in unserer Stadt möglich." Das stimmt.

Rainer Langhans

Notstandsgesetze als ethische Aufgabe

Friedrich Schäfer: Die Notstandsgesetze, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1966.

Die Vorstellungen der SPD zum Notstandsrecht sind in Leitlinien normiert. Sie orientieren sich an einem richtungweisenden Artikel von Wehner aus dem Jahre 1960 und sind auf dem Parteitag der SPD in Köln vom 26. bis 30. Mai 1962 in sieben Punkten zusammengefaßt worden. Friedrich Schäfer, einer der Notstandsexperten der SPD-Fraktion, läßt als treuer Sozialdemokrat in seinem Buch „Die Notstandsgesetze" diese sieben Grundsätze undiskutiert und geht auf die innerparteiliche Diskussion mit keinem Wort ein. Eine Ahnung von der Existenz einer außerparlamentarischen Opposition zeigt er nur an zwei Stellen, wo er von „manchen" spricht, die „Bedenken" gehegt hätten. Mit der inzwischen erschienenen wissenschaftlichen Literatur setzt er sich auseinander, indem er sie in die Bibliographie verweist. Ebensowenig erörtert er die Problematik der teils mit, teils gegen die Stimmen der SPD verabschiedeten „einfachen" Notstandsgesetze, wie er die ihm aus den Veröffentlichungen der DDR damals schon bekannten Schubladengesetze behandelt. Er erhebt nicht einmal die pauschale Forderung nach deren parlamentarischer Behandlung.

Dennoch bezeichnet Schäfer sein Buch, das zu den verschiedensten Punkten offizielle SPD-Stellungnahmen sammelt, als einen „Beitrag zur notwendigen öffentlichen Diskussion" (S. 9). Die Zivildienstpflicht z. B., welche der Hauptgrund der gewerkschaftlichen Opposition gegen die Notstandsgesetze ist, diskutiert er allerdings öffentlich, indem er den Gewerkschaften bescheinigt, sie seien „eines der stärksten Bollwerke unserer rechtsstaatlichen Demokratie" (S. 125). Die Gewerkschaften sollen in dieser Funktion geschützt werden, ebenso wie das Parlament als Bollwerk gegen ein Notverordnungsrecht der Regierung à la Artikel 48. Gewerkschaften und Parlament schützen zu wollen, ist zweifellos Ausdruck historischer Erfahrung. Diese aber ist zu Postulaten geronnen, welche eher den Charakter unreflektierter Programmatik als von Ergebnissen historischer Reflexion haben. Unter dem Unvermögen zu politischer Analyse leidet wie die SPD auch Schäfers Buch. Daß Schröder die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften als Grund für die mögliche Ausrufung des inneren Notstandes sah, ist er zwar fähig aufzunehmen, er diagnostiziert den Schröder-Entwurf auch richtig unter dem Titel „Staatsstreich", er zeigt sich jedoch nirgends in der Lage, dieses Bedürfnis nach totalitärer Macht zu erklären.

Dem hat Schäfer vielmehr nur das abstrakte Postulat entgegenzustellen: „Die Garantie des Streikrechts muß in die Verfassung aufgenommen werden" (S. 126). Auf dieser Ebene kann er allerdings auf die volle Einigung mit Lücke hoffen und gleichzeitig von sich behaupten, die Interessen der Gewerkschaften zu vertreten. Mit eigener Kritik an den Gewerkschaften hält er zurück. Statt dessen operiert er gegen die Gewerkschaften mit einem sechsseitigen Abdruck von Lückes Denkschrift an den DGB vor dessen letztem Kongreß und mit einem zweiseitigen Auszug aus dem Gutachten von Evers. Die Länge der Zitate zeigt deutlich, mit wessen Argumentation sich die SPD, für die Schäfer ja spricht, gegen die Gewerkschaften verbündet. Die Proportion des Lücke-Zitats zu der Versicherung, das Streikrecht solle nicht angetastet werden, ist in etwa ein Indiz, in welchem Ausmaß Schäfer die Zwangsverpflichtung prinzipiell bejaht und in welchem Ausmaß er ihren Mißbrauch verhindern will. Im Interesse einer Einigung mit Lücke greift er ihn auch nicht an, wie er Schröder und Höcherl angreift. Wie Brandt auf dem letzten Parteitag scheint auch er anzunehmen, daß zwischen den Schröderschen Erklärungen und denen von Lücke „doch fast eine Welt" [1]) liege, obwohl die Änderungen hauptsächlich das Notparlament und seine Befugnisse betreffen. Die Spekulation auf die interne Einigung bestimmt den Stil des ganzen Buches, das vornehmlich der Rekapitulation der in den interfraktionellen Verhandlungen noch ungeklärten Punkte dient [2]). Diese Verhandlungen im kleinen Kreis würden durch öffentliche Diskussionen nur gestört werden.

Ganz in diesem Sinne hat die SPD-Führung die öffentliche Diskussion auf die Zeit nach dem erfolgreichen Abschluß der internen Verhandlungen verschoben. Dann aber gewinnt die Diskussion den Charakter, den Schäfers Buch jetzt schon hat, nämlich den einer bloßen Information über schon vollzogene Tatsachen, einer autoritären Aufklärung.

Die Vorsorge für den Menschen

Die Notstandsgesetze werden von der SPD und Schäfer, ihrem Sprecher, nicht politisch begründet. Vielmehr werden die einfachen Notstandsgesetze aus einem ethischen Bekenntnis heraus begründet: „der Vorsorge für den Menschen", die Notwendigkeit einer verfassungsergänzenden Notstandsverfassung dagegen mit der „Vorsorge für den demokratischen Rechtsstaat" (S. 11). Wofür Vorsorge getroffen werden soll, das wird nicht so gerad heraus gesagt. „Es sind im Leben des einzelnen wie im Leben der Völker Notfälle denkbar, für die man Vorsorge treffen muß" (S. 11). Eine bloße Möglichkeit nie näher gekennzeichneter „Notfälle" soll all die Maß-

nahmen der zivilen Verteidigung begründen, nach deren Erfüllung die SPD die CDU unablässig fragt. In der Schilderung der Notfälle sind Regierungssprecher unübertroffen, die von Streiks, bis zu Überfällen und Versorgungsschwierigkeiten mit Elektrizität und Baby-Nahrung alles mögliche zur Begründung herbeitragen. In der Schilderung der Behebung von Notständen durch den Staat nimmt es keiner mit der SPD auf. Der vom Parteivorstand herausgegebene SOPADE-Rednerdienst vergleicht den Staat mit einer Familie und die politische Führung mit einem Familienvater. „Versäumt die Familie das (die Vorsorge für ‚Mißlichkeiten aller Art' R. R.), so besteht für die Gemeinschaft die Gefahr ihres Zerfalls und des Untergangs einer einst gesunden und glücklichen Gemeinschaft. Das gilt ebenso für ein Volk und seine politische Führung[3])." Der gegenwärtige Zustand wird als bürgerliche Idylle, der Staat als ein besorgter, weitsichtiger Arzt angesehen, der den Bürgern, wenn sie ohne ihr Verschulden in Not geraten, Schutz und Hilfe angedeihen läßt. Die Privatisierung und Verharmlosung der zivilen Verteidigung wird zur Groteske, wenn Schäfer die Aufgaben kennzeichnet, vor denen das Parlament bei der Notstandsgesetzgebung steht. „Der Bundestag würde seiner Verantwortung nicht gerecht werden, wenn er nicht dafür sorgen würde, daß jeder einzelne in jeder Lage (!) seine Ernährung, seine ärztliche Betreuung und alle notwendigen Lebensbedürfnisse gesichert wüßte (S. 11)." Notvorrat, Verbandskasten und Erste-Hilfe-Schulung und als „notwendiges Lebensbedürfnis" das Verdunkelungsrollo und den Batterieempfänger für die Entgegennahme von Befehlen: die gleichen Maßnahmen, die der CDU als Mittel der psychologischen Kriegführung gegen das eigene Volk und interessierter Industrie als Erweiterung des Marktes dienen, werden von der SPD als eine freundliche Maßnahme des Wohlfahrtsstaates gesehen, gleichrangig etwa der Sozialversicherung. Es wird kein Unterschied mehr gemacht zwischen der Forderung nach blauer Luft und reinem Wasser, dem Training zur Bergung Verschütteter und dem Ausbau der Schutzraumkapazität: beides dient der Vorsorge für den Menschen. Schon am 8. Oktober 1957 beschloß die SPD das „Erste Gesetz zum Schutze der Zivilbevölkerung", durch das die Bevölkerung gegen Angriffe aus der Luft geschützt werden soll (S. 26 ff). Am 9. September 1965 stimmte sie dem Selbstschutzgesetz zu, das 22 Mio Bürger in eine Hierarchie von Selbstschutzwarten, Selbstschutzblockleitern, Selbstschutzbezirksleitern, Selbstschutzzugführern usw. spannt, welche unter Strafandrohung Leistungen erpressen, ferner stimmte sie dem Schutzbaugesetz zu, das Vorsorge trifft gegen herabfallende Trümmer, biologische und chemische Kampfmittel u. a. Und endlich bejahte sie das „Gesetz über das Zivilschutzkorps", dessen „Einsatzkolonnen" (S. 40) Schäden durch Angriffswaffen bekämpfen sollen. Diese autoritäre Erfassung des zivilen Lebens ist der Beitrag der SPD zur Verteidigung der Freiheit gegen den Kommunismus. Der CDU wirft sie heute vor, sie habe zur Militarisierung des privaten Lebens noch nicht genug getan, als wolle sie auf Kosten des ganzen Volkes ihre Zuverlässigkeit beweisen. Das euphorische Godesberger Programm bekommt hier seinen realen gesellschaftlichen Bezug, den es hinter den Phrasen humanistischer Bildung verborgen gehalten hatte. Daß „jeder Mensch ... als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann"[4]), sieht realiter so aus, daß kein Mensch auch nur seinen Selbstschutzwart abwählen kann. Die Vorsorge für den Menschen erweist sich eher als Vorsorge vor den Menschen.

Vorsorge für den demokratischen Rechtsstaat

Daß Schäfer die alliierten Vorbehaltsrechte wie CDU/CSU und FDP zur zentralen Begründung für deutsche Notstandsregelungen macht, zeigt einmal mehr, wie wenig die SPD noch eine politische Partei ist. Auch der umstandslos als demokratisch bezeichnete Rechtsstaat soll geschützt werden. Wie die SPD die deutsche Demokratie vor den potentiellen skrupellosen Verfassungsbrüchen der Alliierten schützen will, so schützt sie ihre Stellung im demokratischen Rechtsstaat vor den Staatsstreichgelüsten der CDU. Irreale und reale Intentionen auf autoritäre Diktatur dienen ihr gleichermaßen dazu, sich selbst dagegen als Hüter ihrer sieben Demokratisierungsvorschläge abzugrenzen, die den Sinn haben, der SPD die Basis der Kollaboration mit den herrschenden Kräften zu sichern. Eine deutsche Notstandsregelung muß die „freiheitliche demokratische Grundordnung schützen und verteidigen" (S. 11). Darunter ist zu verstehen, daß auch unter der Fuchtel des Notstands die demokratischen Institutionen nicht angetastet werden dürfen. Die wichtigsten der sieben Leitlinien sollen sicherstellen: 1. „Das Parlament (muß) sich seiner Verantwortung stellen" (S. 14), 2. das Bundesverfassungsgericht, 3. der Föderalismus, 4. die Rechte der Gewerkschaften und 5. Meinungs- und Pressefreiheit dürfen nicht angetastet werden (S. 48). [5])

Ohne zu erörtern, inwieweit die klassische Gewaltenteilung nicht schon längst durchbrochen ist, wird „die" Gewaltenteilung als Hauptmerkmal des Unterschieds zwischen Demokratie und Diktatur genommen. Darin unterscheidet sich nicht nur die Bundesrepublik von der DDR (S. 54—56), sondern auch die

CDU von der SPD. In Erinnerung an die passive Tolerierung der Brüningschen Notverordnungen durch die SPD versagt sie heute der CDU mit Recht ein Notverordnungsrecht. „Diktatoren treffen die Maßnahmen, die sie für erforderlich halten, ohne daß sie einem Parlament gegenüber Rechenschaft abzulegen hätten und ohne daß ein Parlament sie in ihren Rechten beschränken könnte (S. 54)." Aus diesen Gründen hat die SPD drei Sicherstellungsgesetzen nicht zugestimmt, keineswegs weil sie mit ihrem Inhalt nicht einverstanden gewesen wäre. „Im großen und ganzen handelt es sich um erforderliche Bewirtschaftungsmaßnahmen, deren Notwendigkeit gar nicht bestritten wird. Doch muß die SPD verhindern, daß diese Gesetze unter Umständen mißbräuchlich in Gang gesetzt werden." [6]) Es kommt nur darauf an, wer die Notstandsgesetze in Gang setzt, kaum, was denn da in Gang gesetzt wird. „Dieses Recht steht allein dem Parlament und nicht der Regierung zu (S. 15—16)." So hat sich die Opposition gegen die Notstandsgesetze bisher generell darauf beschränkt, den institutionellen Status quo auch im Notstand zu sichern. Die Verhütung des Mißbrauchs prinzipiell bejahter Notstandsgesetze ist das zentrale Anliegen der SPD. Der Mißbrauch der Notstandsgesetze soll ausgeschaltet sein, wenn die SPD über das Parlament sie mitverantworten kann. Mißbrauch meint letztlich nicht: Notverordnungsrecht der Regierung, sondern Notverordnungsrecht ohne die aktive Beteiligung der SPD. Unter diesem Aspekt betrachtet Schäfer die bisherige Geschichte der Notstandsgesetze, Anpassung der CDU an die Sieben Punkte, die der SPD die institutionellen Garantien der Mitsprache geben soll. Der SOPADE-Rednerdienst drückt das so aus: „Die SPD beseitigte einen offenkundigen Mangel nach dem anderen." [7]) Dieses grenzenlose Vertrauen in die eigene demokratische Qualifikation hat seine Kehrseite in dem Vorwurf an die CDU, sie verhindere die rasche Behebung der Bedrohung durch die Alliierten mit Entwürfen, die die SPD nicht an der Regulierung des Notstandes beteiligten. Motivation dieser Pflicht: „Alle Demokraten haben ein gemeinsames Lebensinteresse daran, den Bestand des freiheitlichen Staates zu sichern." [8]) Hinter dieser Leerformel versteckt sich ein unausgesprochenes, nie diskutiertes Interesse, zu dessen Verschleierung die alliierten Vorbehaltsrechte herhalten müssen. Verstecken sich bei der CDU ökonomische Interessen dahinter, die Vermutung, es seien bei der SPD-Führung parteiegoistische, liegt auf der Hand; die inzwischen durchgesetzte Große Koalition „aller Demokraten" zur Sicherung des freiheitlichen Staates.

Embryonal vorgeformt findet sich die Große Koalition schon in der Konzeption des Notparlaments. „Das Kernstück jeder Verfassungsänderung wird ... die Einrichtung eines Notparlamentes sein" (S. 71), das aus 22 Eliteabgeordneten und 11 Ländervertretern besteht. Es ist als Forderung der SPD in den Notstandsverfassungsentwurf aufgenommen worden. Sie konnte ferner durchsetzen, daß der äußere Notstand nicht, wie ursprünglich beschlossen, mit einfacher Mehrheit, sondern mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen sei. Im Notstand hat das Notparlament die Funktion einer Legislative, im Frieden hat es Beraterfunktion bei der gesamten militärischen und zivilen Planung. Dabei bleibt es seiner Entscheidung überlassen, ob es diese geheim debattiert oder nicht. Genauso naiv wie der Glaube, das Parlament repräsentiere das Volk, ist der, das Notparlament repräsentiere das Parlament. In ihm sollen die Spitzenfunktionäre der SPD Gelegenheit haben, die Regierung intern zu kontrollieren, ohne daß die Kontrolle ihrer eigenen Arbeit durch die Fraktion und die Partei in gleicher Weise institutionell verankert ist. Der Status quo der interfraktionellen Notstandsverhandlungen ist im Notparlament ebenso festgefroren wie der Status quo der innerparteilichen Demokratie. Die innerparteilich autoritäre Führung verschafft sich im Notparlament eine legale Basis zu nichtöffentlichen Entscheidungen. Hatten sich die Gesetze zur Vorsorge für den Menschen schon als solche der Vorsorge vor den Menschen erwiesen, das „Gesetz zum Schutz der freiheitlichen Grundordnung" erweist sich u. a. auch als Gesetz zum Schutz einer autoritären Parteiführung vor ihrer eigenen Partei. Die Stabilisierung des Status quo der formalen Demokratie ist aber nur Schein. In Wahrheit verliert die Freiheit des einzelnen, die zu schützen alle Parteien vorgeben, noch mehr an Realität. Sie entwickelt sich zu bloßer Verteidigungsbereitschaft, wie ja die Institutionen der Demokratie die Qualität von Bereitschaftsdiensten annehmen. „Die Einrichtung eines Notparlaments soll die ständige Bereitschaft des Parlaments sichern." (S. 145)

Mit Hilfe der Notstandsgesetze konnte die SPD-Führung die Notwendigkeit einer Großen Koalition plausibel machen, auf die sie seit 1960 offen hinsteuert. „In diesen Lebensfragen sollten alle freiheitlich gesinnten Kräfte zusammenstehen und darauf verzichten, ernste Probleme leichtfertig zum Gegenstand parteiegoistischer Winkelzüge zu machen." [9]) Wie sagte noch Ollenhauer auf dem Parteitag 1958? „In seinen (Adenauers R. R.) Vorstellungen wäre es sicher das Idealste, die SPD wäre eine ... leicht rosa angehauchte Hilfstruppe der CDU/CSU. Aber den Gefallen wollen wir Herrn Adenauer nicht tun."[10])

Anmerkungen

[1]) Unkorrigiertes Protokoll des SPD-Parteitages vom 1. bis 5. Juni in Dortmund, 2. Juni, S. 30

[2]) Bezeichnend für diesen Diskussionsstil ist Schäfers Reaktion auf eine Kritik des damaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Polizei, Werner Kuhlmann, am Einsatz der Bundeswehr im inneren Notstand. Nachdem er des langen und des breiten die Berechtigung von Kritik überhaupt (er nennt sie allerdings „Sorge") gefeiert hatte, erklärte er, wie man diese Sorgen ausräumt. „Wir setzen uns im kleinen Kreis von Partei- und Fraktionsvorstand mit den Betreffenden zusammen." Protokoll SPD-Parteitag Köln 1962, S. 232

[3]) „SOPADE-Rednerdienst Tatsachen – Argumente", Nr. 215/66, „Notstandsgesetzgebung: Schutz und Hilfe in Not und Gefahr", S. 1

[4]) Grundsatzprogramm der SPD, Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn, 11/59, S. 7

[5]) Deutscher Bundestag, stenografisches Protokoll, 3. Wahlperiode, 124. Sitzung, 28. September 1960, S. 7184

[6]) „SOPADE-Rednerdienst", a. a. O., S. 11

[7]) „SOPADE-Rednerdienst", a. a. O., S. 9

[8]) Adolf Arndt, „Vorwärts, 21. November 1958, zit. nach Schäfer a. a. O., S. 24

[9]) Beschluß des Parteitages in Hannover 1960, in Schäfer a. a. O., S. 15

[10]) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 18. bis 23. Mai 1958, S. 50-51

Rainer Roth

Bericht aus einem chinesischen Dorf

Jan Myrdal: Bericht aus einem chinesischen Dorf. Mit 22 Fotos von Gun Kessle. München, Nymphenburger Verlagshandlung 1966, 376 S., 24,80 DM.

Im Sommer 1962 hatte Jan Myrdal Gelegenheit, einen Monat lang die Bauern des Höhlendorfes Liu Ling im nördlichen Shensi, einer der ärmsten und rückständigsten Provinzen Chinas, über ihre individuellen Schicksale, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse und die tägliche Arbeit zu befragen; angesichts des allgemeinen Mangels an zuverlässigen Informationen über die realen Verhältnisse in der VR China besitzen diese gesammelten Berichte eine einzigartige dokumentarische Bedeutung. In den persönlichen Erfahrungen der Bauern werden die Hauptzüge der gegen das Elend der Feudalgesellschaft durchgeführten chinesischen Agrarrevolution sichtbar.

Es wird berichtet, wie man den Grundherren in den Städten oft über die Hälfte der Ernte als Pacht abzuliefern hatte; wenn diese Abgaben ausblieben, mußten für die Schulden hohe Zinsen (10 % im Monat waren keine Seltenheit) gezahlt werden. Nach den periodischen Mißernten kamen Sklavenhändler aufs Land und kauften die Kinder — meist gegen Opium — auf; in dieser Zeit mußten die Dorfbewohner froh sein, wenn sie Gras und Laub zu essen hatten, während die Grundherren große Mengen Getreide auf Lager hielten. Schwere körperliche Mißhandlungen gegenüber den Landarbeitern waren an der Tagesordnung. Die Frauen, denen die Füße geschnürt waren und die zwangsverheiratet wurden, sahen oft im Selbstmord den einzigen Ausweg aus ihren Leiden. Die Kindersterblichkeit war ungeheuer.

Während der dreißiger Jahre, als die Kuo-Min-Tang-Truppen das Land verwüsteten und die Erfolge der Landreform in der südchinesischen Räterepublik sowie die Kampfparolen der Arbeiter und Studenten in den Städten bekannt wurden, kam es in Nord-Shensi zu immer häufigeren Aufständen, Enteignungen und Landaufteilungen. „Es strömten Hunderte und aber Hunderte von armen Bauern, Pächtern, Tagelöhnern und Knechten mit ihren Spießen aus allen Dörfern der Umgebung zusammen. In der Frühe waren sie alle versammelt, und dann wurde die Revolution durchgeführt" (S. 307). Dieser spontane Prozeß setzte bereits v o r der Ankunft der Roten Armee nach dem Langen Marsch in Yenan (Ende 1935) und unabhängig vom Einfluß der KPCh ein.

Zur Zeit der antijapanischen Einheitsfront mit der KMT konnten die früher herrschenden Klassen ihre sozialen Positionen teilweise zurückgewinnen, ebenso bei der vorübergehenden Besetzung Yenans durch die Truppen Tschiang Kai-schecks 1947/48. Aber diese Rückschläge stärkten nur die Kraft der Revolution, indem sie dem Volk noch einmal die ganze Differenz zwischen den brutalen Methoden der Gutsbesitzerherrschaft und den Möglichkeiten der neuen Ordnung deutlich machten.

Schon bald nach dem endgültigen militärischen Sieg 1949 bildeten die ärmeren Bauern Liu Lings, denen das private Wirtschaften keine Existenzgrundlage abgeben konnte, „Arbeitsgemeinschaften für gegenseitige Hilfe". 1950 wurde die erste landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft gegründet, der drei Jahre später alle Dorfbewohner wegen ihrer wirtschaftlichen Erfolge beigetreten waren.

1956 schloß sich das Dorf mit 2 Nachbargemeinden zu einer „Höheren Landwirtschaftsgenossenschaft" zusammen; Boden und Vieh wurden kollektives Eigentum, und die einzelnen Bauern erhielten ihren Lohn nach abgeleisteten Tagewerken. Nun wurde auch der Bau von Deichen und Terrassensystemen möglich. Die Bildung der Volkskommune im September 1958 — ihr gehören über 5000 Personen an — war die organische Fortsetzung der

vorangegangenen, spontan gebildeten kollektiven Wirtschaftsformen. Die Volkskommunen setzten das Erziehungswerk der Revolution in einem weiter gesteckten Rahmen fort: Die Bauern lernten mit den Vorzügen der Arbeitsteilung und Kooperation nun auch verbesserte Anbaumethoden, wirtschaftliches Kalkulieren, die Planung ihrer Produktion und schließlich den Umgang mit neuen technischen Geräten kennen (1962 schaffte sich die Kommune den ersten Traktor an). Auch das — schließlich abgebrochene — Experiment der „Volkshochöfen" besaß diese Funktion: „Wir lernten die Technik, und es ist gut, etwas davon zu verstehen" (S. 147). 1962 konnten bereits 58 % der erwachsenen Bevölkerung lesen und schreiben; zum besseren Einprägen malte man die Schriftzeichen auf die Arbeitsgeräte, die dann untereinander ausgetauscht wurden. Die Heranziehung der Mitglieder zu den Verwaltungsaufgaben des Kommunestaats hatte — neben dem kostensparenden Effekt, der nun die Finanzierung von Sozialleistungen ermöglichte — eine ähnliche Erziehungsaufgabe. So erweist sich die Revolution als ein langer Lernprozeß, der sich auf immer neue Gebiete erstreckt.

Auf der Grundlage der verbesserten Agrarwirtschaft konnten sich die Mißernten (wie etwa die von 1959) nicht mehr wie vorher zu Katastrophen entwickeln. Das Lebensniveau der Landbevölkerung hat sich langsam, aber kontinuierlich verbessert: „Früher wurden wir unterdrückt, die Armen hatten kein Recht. Wir besaßen nichts. Als ich hierherkam, hatte ich nur einen Kochtopf, jetzt brauche ich mehrere Ochsenkarren, um meine ganze Habe abzutransportieren. Ich besitze ein Fahrrad und einen Zugkarren mit Gummirädern. Heutzutage kann man recht gut leben, wenn man tüchtig arbeitet" (S. 125).

Solche Aussagen widerlegen die im Westen gängigen Vorstellungen über die Funktion der landwirtschaftlichen Kollektivierung und den Charakter der Volkskommunen. Wie Myrdals Bericht zeigt, haben sich in der chinesischen Volksrepublik die Formen kollektiver Bodenbearbeitung viel zwangloser herausbilden können als etwa in Sowjetrußland, wo die Staatspartei bedeutend weniger Rückhalt bei den Massen der Bauern hatte, die noch lange Zeit nach der Agrarrevolution wegen der — im Vergleich zu den chinesischen Verhältnissen — weit besseren Landausstattung ihre Privatbesitzerideologie behalten konnten und auch nicht durch die Landesnatur zu kooperativer Arbeit gezwungen wurden; in China waren die für sichere Ernteerträge notwendigen Dammbauten, Bewässerungsanlagen etc. nur durch den Zusammenschluß der Einzelwirtschaften möglich. **Gert Meyer**

Rede von Franz J. T. Lee vor dem Sonderausschuß der UNO über Apartheid

Viele — Südafrikaner und Nichtsüdafrikaner — meinen, die Freiheitsbewegung in diesem Land sei zerschlagen. Sie halten daher eine revolutionäre Erhebung der unterdrückten Massen in Südafrika mit dem Ziel der Befreiung von der Tyrannei, der Apartheidpolitik, für unwahrscheinlich. Da sie die Hoffnung darauf verloren haben, klammern sie sich an die Idee, daß nur Interventionen von außen imstande wären, die politische Situation zu verändern. Nach dieser Konzeption sollen ökonomische Sanktionen und militärische Interventionen die südafrikanische Regierung zur Vernunft zwingen.

Angesichts der historischen Erfahrung ist dies jedoch illusionär. Zwar kann die zivilisierte Welt nicht genug tun in der Verdammung der Rassentrennung. Aber die Politik der Staaten, die wirksamen Druck auf Südafrika ausüben könnten, und das Verhalten internationaler Organisationen, die weitgehend vom Interesse der eben erwähnten Länder beeinflußt sind, legen den Schluß nahe, daß nicht das geringste reale Interesse an einer Veränderung der Situation besteht, in der die Farbigen in Südafrika leben müssen. Der Beschluß des Internationalen Gerichtshofs über den Status Südwest-Afrikas ist nur das letzte sich aufdrängende Beispiel für diesen Tatbestand. Nicht einmal die wertvolle Arbeit dieses Sonderausschusses, der Informationen gesammelt und analysiert, die Schrecken der Apartheid der ganzen Welt vor Augen gebracht und konkrete Vorschläge zu deren Überwindung gemacht hat — hat die geringsten Spuren im politischen Handeln der Völker hinterlassen. All dies zeigt, daß das Ende der Unterdrükkung in Südafrika nicht von der Intervention anderer Staaten oder Organisationen erhofft werden darf.

Die Gründe für die Erhaltung des Status quo in Südafrika sind nicht schwer zu finden. Ende 1962 waren dort die ausländischen Investitionen auf 4,222 Mrd. Dollar angewachsen, davon betrug der englische Anteil 60 Prozent, der amerikanische 11 Prozent. Im gleichen Jahr betrug die durchschnittliche Nettoprofitrate der in Südafrika operierenden amerikanischen Firmen 25 Prozent. 99 Prozent des Kapitals im Bergbau, 94 Prozent des Industriekapitals, 88 Prozent des Finanzkapitals und 75 Prozent des Handelskapitals standen unter Kontrolle des Auslands. Mit Sanktionen ge-

gen Südafrika würde sich daher das Ausland ins eigene Fleisch schneiden.
Wenn es keine Perspektive für eine radikale Änderung in Südafrika — weder von innen noch von außen — gibt, so sieht die Zukunft der nicht-weißen Bevölkerung in der Tat düster aus. Jedoch bin ich davon überzeugt, daß solche Schlußfolgerungen unhaltbar sind. Die Revolution hat eine sehr reale Chance in Südafrika. Im Laufe der letzten dreißig Jahre entwickelte sich dort ein revolutionäres Potential, das auch jetzt nicht aufhört, sich zu vergrößern. Dieser Prozeß steht in engem Zusammenhang mit der Geschichte von Organisationen, die sich um das „Unity Movement" gruppieren und außerhalb Südafrikas wenig bekannt sind. Ich glaube, daß Programm und Politik des „Unity Movements" den Schlüssel zur südafrikanischen Revolution enthalten. Daher möchte ich jene so wichtige Entwicklung kurz skizzieren.
Eine Folge der britischen Eroberung Südafrikas und der Zerstörung der Burenrepubliken war die Entstehung einer Schicht farbiger Intellektueller, die jedoch vom herrschenden englischen Bevölkerungsteil durch Privilegien materiell und psychologisch in Abhängigkeit gehalten wurden. Die englische Kolonialmacht erschien den nicht-weißen Massen als Bollwerk gegen die Brutalität der Buren. Die Existenz eines repressiven Abhängigkeitsverhältnisses unter dem Deckmantel von Schutzleistungen ist eine typische Erscheinungsform des imperialen Liberalismus. 1932 fand dann das gemeinsame Interesse der Buren und Engländer an der Akkumulation von Kapital seinen politischen Ausdruck in der vom Geld geheiligten Ehe zwischen holländischem Feudalismus und britischem Imperialismus: der Koalitionsregierung von Smuts und Hertzog. (Bereits intendiert im „Act of Union", 1910.) Produkt dieser nationalliberalen Koalition waren die drei berüchtigten Hertzog-Gesetze. Die Afrikaner wurden ihrer letzten politischen Rechte beraubt, verloren all ihr Land und ihre Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt.
Dieser Verrat des Liberalismus brachte die afrikanische Bevölkerung in Bewegung. Im Dezember 1935 fand die Gründung der „All African Convention" statt, einer repräsentativen Föderation aller afrikanischen Arbeiter-, Bauern- und sonstigen Organisationen. 500 Delegierte diskutierten hier über Maßnahmen gegen die Hertzog-Gesetze. Ein demokratisches Programm wurde erarbeitet. Seine zentralen Forderungen sind:

1. Das allgemeine Wahlrecht: das Recht jeder Frau und jeden Mannes über 21 Jahre zu wählen und in das Parlament und alle Körperschaften der Verwaltung gewählt zu werden.
2. Schulpflicht, freie und gleiche Erziehung aller Kinder sowie unentgeltliche Verpflegung, freie Lernmittel und Schulausrüstung für Bedürftige.
3. Wahrung der Menschenrechte im Justizverfahren (Habeas Corpus Rights).
4. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit.
5. Freizügigkeit und freie Berufswahl: Abschaffung der Paßgesetze, das Recht für die ganze Bevölkerung, nach eigener Wahl zu wohnen und zu arbeiten.
6. Abschaffung der „color-bar laws": gleiche Rechte für alle Bürger ohne Ansehen der Rasse.
7. Eine gerechte Neuverteilung des Landes unter die, die es bebauen.
8. Änderung des Steuersystems, das die Armen ausbeutet. Statt dessen Etablierung einer einzigen progressiven Steuer.
9. Absolute Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz; Abschaffung aller mit der Menschenwürde unvereinbaren Strafen.
10. Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, gleiche Chancen, eine Lehre abzuschließen und Arbeit zu finden, sowie die Festsetzung eines Minimallohnes für alle.

Basis der Verwirklichung der geforderten Rechte sollte eine Politik absoluter Non-Kollaboration mit den Unterdrückern und uneingeschränkte gegenseitige Solidarität sein. Die Regierung antwortete mit Einschüchterungsversuchen und Versprechen von Privilegien, denen dann auch einige der ursprünglich mit der AAC verbundenen Gruppen auf den Leim gingen. Ihren gegen die Politik der AAC gerichteten strategischen Alternativen lag allesamt der Kompromiß mit dem Liberalismus zugrunde. Vorangetrieben jedoch wurde der Freiheitskampf von denen, die sich an den radikal-demokratischen Grundsätzen des Programms der AAC orientierten und damit auch dem Prinzip der revolutionären Einheit Rechnung trugen.
1943 wurde von der Regierung ein Ministerium für Mischlingsangelegenheiten eingerichtet. Nun begannen die Mischlinge erbitterter denn je zu kämpfen. Sie befürchteten ähnliche Restriktionen, wie sie — als Resultat der Hertzog-Gesetze — die Afrikaner erdulden mußten. Jetzt konnte die Basis des Freiheitskampfes durch den Zusammenschluß aller Unterdrückten gegen den gemeinsamen Feind erweitert werden: Auf Initiative der AAC wurde „The Unity Movement of South Africa" gegründet. Zwar schlossen sich ihm nicht alle Organisationen an, u. a. der „African National Congress" und der „Indian Congress". Aber deutlich sichtbar war mit der neuen Institution die Einheit der Unterdrückten politisch artikuliert. Die Einheitsbewegung be-

kannte sich zum 10-Punkte-Programm und zur Politik der Non-Kollaboration.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1935 sah die AAC in den wandernden Landarbeitern (migratory peasantworkers) die zentrale Gruppe des Freiheitskampfes. Die Farmarbeiter bilden nicht nur die zahlreichste, sondern auch die am bittersten ausgebeutete Gruppe in Südafrika. Daher sind sie das stärkste revolutionäre Potential. Diese Gruppe wurde geduldig und intensiv über das 10-Punkte-Programm und die Politik der Nicht-Zusammenarbeit unterrichtet. Als Folge verschärfter Unterdrückung, aber auch als Resultat der jahrelangen, oft isolierten Aufklärungsarbeit des „Unity Movement" kam es 1960 zu großen Massenerhebungen. Am dramatischsten waren wohl die brutal niedergeschlagene Revolte in Pondoland, wo für Monate Bauernkomitees Regierungsfunktionen ausübten und die „Anti-Paß"-Demonstrationen von Sharpeville, Johannesburg u. a., die von der Verwoerd-Polizei durch blindes Morden erstickt wurden.

Den Aktionen dieses Jahres fehlte es zum größten Teil an adäquater Planung und Leitung; die Befreiungsfront sollte aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Die grauenhaften und doch auch wundervollen Ereignisse bewiesen daher nicht nur den Heroismus und die Unnachgiebigkeit der afrikanischen Menschen, sondern erstmalig in der Geschichte des modernen Südafrika — die schon ausdrucksfähige Existenz einer revolutionären Basis: Die Massen der Farmarbeiter waren in Bewegung geraten.

Diese neue Situation verlangte einen ihr adäquaten Organisationstyp. Zur Weckung politischen Bewußtseins und zur Ausbildung qualifizierter Kader leisteten die im „Unity Movement" zusammengefaßten Gruppen außerordentlich gute Dienste. Die Organisation der unterdrückten Massen selbst zu einer einheitlichen revolutionären Macht jedoch erforderte stärkere Zentralisierung. Dies wurde 1961 mit der Gründung einer politischen Partei, der „African Peoples Democratic Union Of Southern Africa", erreicht. Auch sie bekannte sich zum 10-Punkte-Programm und der Politik der Non-Kollaboration. Die Wendung „Southern" statt „South Africa" zeigt, daß der Freiheitskampf der APDUSA nicht isoliert, sondern Teil der Emanzipationsbewegungen auf dem ganzen afrikanischen Kontinent ist. Seit den Aufständen 1960 und der Gründung der APDUSA verschärften sich die Unterdrükkungsmaßnahmen der Rassenpolitik. Notstandsproklamationen in den Reservaten, das 90-Tage-Haft-Gesetz, das 180-Tage-Haft-Gesetz und das Sabotage-Gesetz dienen noch immer dem verzweifelten Versuch des Regimes, eine Massenbewegung zu zerstören durch brutalen Terror gegen ihre Avantgarde, durch Verbannung, Gefängnis, Folter und Mord. Jedoch gelang es der APDUSA und dem „Unity Movement", die ganze Basis der südafrikanischen Gesellschaft zu durchdringen: in Bergwerken, in den Dörfern der Reservate, in Plantagen und Fabriken, überall, wo die Unterdrückten arbeiten und leben, verbreitete sich das Programm und organisierten sich die revolutionären Kräfte.

Die aufopferungsvolle Arbeit von Mitgliedern der APDUSA trug Früchte: einige der größten Bauernorganisationen, darunter die MAKHULUSPAN und die FITA KHOMO, wurden während der vergangenen drei Jahre für die Einheitsbewegung gewonnen. Das „Unity Movement" entwickelte sich zur Massenorganisation. Die zunehmende Politisierung der Bauernorganisationen, deren Integration in die Einheitsbewegung und ihre zunehmende Bereitschaft, sich mit Strategie und Taktik der APDUSA zu identifizieren, widerspricht signifikant der These von der Demoralisierung und Schwächung des Widerstands gegen das Apartheidregime. Angesichts schärfster Verfolgung wurde die Freiheitsbewegung nicht nur größer, sondern auch bewußter und unnachgiebiger.

Mit dem quantitativen und qualitativen Fortschritt der Bewegung werden auch Akte individuellen Terrors — wie die Ermordung Verwoerds — immer seltener werden. Wir bedauern solche Vorfälle, die dem gesellschaftlichen Kampf um Freiheit und Würde widersprechen und sich aus der historischen Perspektive als vergeblich und irrational erweisen.

Die Ermordung Verwoerds bedeutet lediglich seine Ersetzung durch eine ähnliche, sogar noch reaktionärere politische Figur: das System als solches bleibt bestehen, nur seine Verwaltung wird ausgewechselt. Verwoerd war der Ideologe und Architekt der Apartheidpolitik, der gegenwärtige Premier Voster aber ist der Typ des Gestapo-Technokraten. Es sieht nämlich so aus, als sei Verwoerds Ermordung der Regierung ein willkommener Vorwand, auch noch die letzten Ritzen des totalitären Walls zu verkitten, der die Nichtweißen in Südafrika einsperrt.

Durch Niederlage und Verrat hindurch geht die Freiheitsbewegung ihrem Ziel entgegen. Weder repressive Maßnahmen noch Konzessionen der Regierung können auf die Dauer die südafrikanischen Massen von der Verwirklichung ihrer historischen Aufgabe ablenken: der Beseitigung der Apartheid und des Systems ökonomischer Ausbeutung, dem sie dient.

New York, 14. 9. 1966

Aus dem Englischen übersetzt von Bettina Decke.

International Socialist Journal

Zweimonatsschrift in englischer, französischer und italienischer Ausgabe

Nr. 19

Lelio Basso	Editorial

WEST GERMANY: THE AUTHORITARIAN SYNDROME

Wolfgang Abendroth	The Resistible Ascent of German Reaction
Heinz Brakemeier	SPD: The Spirit of Routine
Arno Kloenne	The Concept of Integrated Society
Elmar Altvater	The Lean Years
Claus Rolshausen	The Press Monopoly
Frank Deppe	Workers and Trade Unions in Post-War Germany
Meino Buening	Mitbestimmung: a Double-Edged Weapon
Reiner Diederich	Trade Unions and Automation
Hans Peter Riesche	Workers and Trade Union Bureaucracy

U.S.A.: NEW LEFT AND CORPORATE SOCIETY

Harold Jacobs James Petras	Populist Students and Corporate Society
James Jacobs	Growing Pains of the New Left

COMMENTARY

G. B. Zorzoli	Euratom: Ten Years After

Erscheint Anfang März 1967.

Preise für Einzelheft und Abonnement: DM 4,–/DM 20,–. Studenten: DM 3,–/DM 15,–.
Bezug durch Einzahlung auf Postscheckkto. 1855 59 Frankfurt – Claudio Pozzoli